

## 54. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Februar 2002

### Inhalt

#### **Bremische Häfen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Dezember 2001 (Drucksache 15/1036)

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3919
Abg. Günthner (SPD) .....	3922
Abg. Tittmann (DVU) .....	3925
Abg. Kastendiek (CDU) .....	3926
Abg. Günthner (SPD) .....	3928
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3929
Abg. Teiser (CDU) .....	3931
Senator Hattig .....	3932
Abstimmung .....	3934

#### **Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur**

3934

#### **Häusliche Krankenpflege**

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/1041)

Abg. Frau Dreyer (CDU) .....	3934
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3936
Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD) .....	3937
Abg. Frau Dreyer (CDU) .....	3939
Abg. Frau Hammerström (SPD) .....	3940
Abg. Frau Dreyer (CDU) .....	3941
Senatorin Wischer .....	3942

#### **Serviceleistungen für Ältere**

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/1042)

Abg. Steinberg (CDU) .....	3943
----------------------------	------

Abg. Frau Wangenheim (SPD) .....	3944
Abg. Tittmann (DVU) .....	3946
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3947
Abg. Tittmann (DVU) .....	3949
Staatsrat Dr. Knigge .....	3949

#### **Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Evangelischen Kirche, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-reformierten Kirche (Synode ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland)**

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001 (Drucksache 15/1026)

2. Lesung .....	3951
-----------------	------

#### **Für unteilbaren Tierschutz**

Antrag (EntschlieÙung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 24. Januar 2002 (Drucksache 15/1044)

Abg. Tittmann (DVU) .....	3951
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3952
Abg. Tittmann (DVU) .....	3953
Abstimmung .....	3954

#### **Härtefallkommission einrichten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Februar 2002 (Drucksache 15/1060)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ....	3955
Abg. Frau Iletmis (SPD) .....	3957
Abg. Herderhorst (CDU) .....	3958
Senator Dr. Böse .....	3961

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ....	3963
Abg. Herderhorst (CDU) .....	3964
Abstimmung .....	3965

### **Wasserschutzgebiet Bremen-Vegesack endlich ausweisen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. Januar 2002  
(Drucksache 15/1047)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	3966
Abg. Frau Hammerström (SPD) .....	3967
Abg. Frau Mull (CDU) .....	3969
Abg. Frau Hammerström (SPD) .....	3971
Senatorin Wischer .....	3971
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	3972
Abstimmung .....	3973

### **Interregio erhalten und modernisieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. Januar 2002  
(Drucksache 15/1048)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	3973
Abg. Kastendiek (CDU) .....	3974
Abg. Liess (SPD) .....	3975
Senator Hattig .....	3976
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) ....	3977
Abstimmung .....	3977

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 29. Januar 2002**

(Drucksache 15/1049) .....	3977
----------------------------	------

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39 vom 12. Februar 2002**

(Drucksache 15/1058) .....	3977
----------------------------	------

### **Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre herabsetzen**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 5. Februar 2002  
(Drucksache 15/1054)

Abg. Tittmann (DVU) .....	3978
Abg. Frau Hannken (CDU) .....	3978
Abg. Tittmann (DVU) .....	3979
Abstimmung .....	3980

### **Medienpolitische Entscheidungen für Radio Bremen und die Medienwirtschaft treffen – für ein Medienzentrum im Faulenquartier**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 12. Februar 2002  
(Drucksache 15/1061)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3980
Abg. Strohmann (CDU) .....	3983
Abg. Schildt (SPD) .....	3984
Senator Hattig .....	3986
Abstimmung .....	3987

### **Neufassung Seeunfall-Untersuchungsgesetz untauglich – Seeämter müssen erhalten bleiben**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. Februar 2002

(Drucksache 15/1076) .....	3987
----------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bürger, Frau Busch, Frau Emigholz, Kurpiers, Pietrzok.

**Präsident Weber**

**Vizepräsident Dr. Kuhn**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**

**Vizepräsident Ravens**

**Schriftführerin Hannken**

**Schriftführer Schildt**

-----

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

-----

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)



(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die 54. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Ich müsste jetzt auf den Zuschauerrängen eine Gruppe von Umschülern begrüßen, aber das machen wir später.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, dass nachträglich interfraktionell vereinbart wurde, den Punkt außerhalb der Tagesordnung, Härtefallkommission einrichten, mit der Drucksachen-Nummer 15/1060 zu Beginn der heutigen Nachmittags-sitzung zu behandeln.

Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Tagesordnung ein.

### Bremische Häfen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1036)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

(B) Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir möchten Sie gern jetzt am frühen Vormittag doch mit einem geschichtsträchtigen Antrag befassen und hoffen auf Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Antrag will nichts weniger, als dass die stadtbremischen Häfen in Landeshäfen überführt werden

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und die Hafenhoheit der stadtbremischen Häfen im Überseehafengebiet Bremerhavens auch in die Hoheit der Kommune überführt werden kann. Ich denke, das ist notwendig. Das ist die dritte Auflage der Debatte. Es hat eine gewisse Aktualität bekommen, weil Finanzsenator Perschau diese Frage noch einmal aufgegriffen und als sehr wichtig für die Sanierung des Bundeslandes Bremen befunden hat, meine Damen und Herren. Von daher ist der dritte Punkt in unserem Antrag der, dass der Senat einmal be-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

richten soll über die Vorstellungen, die er bereits entwickelt hat und die in bestimmten Senatsvorlagen ja schon in den Schubladen liegen.

(C)

Wir wollen jedenfalls, um das noch einmal als politische Forderung klarzustellen, dass der hoheitliche Flickenteppich endlich überwunden wird. Es kann nicht angehen, dass im Zeitalter weltweiter Globalisierung und beim Zusammenrücken der Länder im Lande Bremen selbst kleinkarierte Kolonialverhältnisse aus dem vergangenen Jahrhundert regieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zurufe von der SPD)

Wir werden in dieser Forderung unterstützt von einem BAW-Gutachten – das ist den Kollegen, die schon etwas länger im Parlament sind, sicherlich bekannt –, neuerdings aber auch durch das Papier der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Magistrat und Senat, die noch einmal ausdrücklich belegt und politisch fordert, dass die Häfen in Landeshäfen überführt werden. Wir hoffen, dass diese Forderung auch Realität wird.

Es gibt bisher, das muss ich Ihnen sagen, einen bunten Mix aus den verschiedensten Eigentumsverhältnissen, hoheitlichen Zuständigkeiten und daraus resultierend den verschiedensten politischen Entscheidungsbefugnissen in diesen wichtigen Fragen. Es gibt das Gebiet des städtischen Überseehafens in Bremerhaven, das Gebiet des Fischereihafens, das Erweiterungsgelände für den CT IV, der geplant ist, das Carl-Schurz-Gelände und die stadtbremischen Häfen der Kommune in Bremen. Alle sind verschieden in Eigentumsfragen und hoheitsrechtlich geregelt, meine Damen und Herren. Das ist unökonomisch und drückt auf die Psyche.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zuruf von der SPD: Auf Ihre?)

Meine Damen und Herren, Sie können aber diesem Chaos ganz einfach durch die Übertragung der Hoheitsrechte und die Einrichtung von Landeshäfen sofort ein Ende bereiten. Nach unserer Meinung ist Vorbild die Institution des Fischereihafens. Hier handelt es sich um einen Landeshafen, bei dem die hoheitlichen Fragen und ebenfalls die Eigentumsverhältnisse geklärt sind. Ich erinnere auch an die Einrichtung der Landespolizei.

(Abg. **K l e e n** [SPD]: Und was hat die Stadtgemeinde Bremerhaven gemacht, Herr Schramm?)

Hier ist die Frage der Landeskompetenzen auch eindeutig geregelt, und es hat nie zu Unstimmigkeiten geführt, meine Damen und Herren. Eigentum soll das Land bekommen, Hoheit die jeweils zuständigen Kommunen. Das ist doch eigentlich ganz logisch.

(A) Wir hatten 1996 hier in diesem Hause eine sehr umfangreiche und hitzige Debatte. Wenn Sie das einmal nachlesen, hat kein einziger Kollege aus den Fraktionen diese Forderung abgelehnt, weder von der CDU noch von der SPD, von uns war das sowie so die Forderung! Es wurde gefordert, diese Sache noch einmal in den Landeshafenausschuss zu überweisen und dort einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen. Im Grundsatz der Überführung der Häfen waren wir uns einig.

Es ist auch logisch: Wenn zwei Städte ein Land sein sollen, dann müssen auch beide Städte in die Lage versetzt werden, als ein Land zu handeln, meine Damen und Herren. Es darf hier keinen hoheitlichen Stachel mehr geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Lachen bei der SPD und bei der CDU)

Das ist nicht nur eine rationale ökonomische Frage, sondern auch meines Erachtens eine historisch-politische Frage von allererster Bedeutung. Sie hat viel mit Psychologie zu tun.

Das hat natürlich Herr Senator Perschau als wichtig für die Lösung der Sanierungsfrage des Bundeslandes Bremen erkannt, ich rufe in Erinnerung, auch vor ihm der ehemalige Finanzsenator Nölle, der die CDU im Wahlkampf mit dieser Forderung voranzutreiben versucht hat. Daran möchte ich die CDU noch einmal erinnern.

(B) Auch das noch einmal, um Ängsten und Vorbehalten verschiedener Fraktionäre vorzubeugen: Es geht hier nicht um die Eigentumsfrage nach dem Motto „Sie nehmen uns die Häfen“, meine Damen und Herren, wie bei Klaus Staack, der einmal in den siebziger Jahren für die SPD ein Plakat gemacht hat, auf dem es hieß „Arbeiter, die SPD nimmt euch die Villen im Tessin!“. Dieses Motto verfolgen wir in der Hafenfrage nicht, meine Damen und Herren, es geht hier um Mitbestimmung, um Hoheitsrechte und um Identitäten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Manchmal ist es gut, auch einmal die Nase in die Geschichte zu halten, meine Damen und Herren, eigentlich wäre es besser gewesen zu titulieren: Rückgabe der Hafenhoheit. Zur Erinnerung sei gesagt, dass bis 1938 Bremerhaven die Hoheit über die Häfen hatte. Erst durch die Gemeindereform der Nationalsozialisten hat Bremen die Häfen aus Angst davor, von Preußen übernommen zu werden, in seine Hoheit bekommen. Häfen als Faustpfand aus Angst vor Einverleibung nach Preußen!

Das mag damals auch politisch okay gewesen sein, wenn man sich das Ergebnis anschaut. Ich denke aber, heute ist es das nicht mehr, meine Damen und Herren. Wenn Herr Grotheer genau diese Argumen-

tation aus den unseligen Zeiten der dreißiger Jahre anführt für das Schüren von Ängsten in der aktuellen Debatte in dieser Frage, ist das, denke ich, nicht mehr modern, nicht mehr innovativ. Wenn man das Bundesland Bremen in die Zukunft führen will, dann geht an der Lösung der Frage der Landeshoheit der Häfen kein Weg mehr vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer mit dieser Keule und mit den Kastrationsängsten argumentiert,

(Lachen bei der SPD und bei der CDU)

hat die Selbstständigkeit Bremens bereits aufgegeben. Meines Erachtens ist dies auch ein vorgeschobenes Argument, weil Sie genau wissen, dass erst durch den Volksentscheid die Auflösung des Bundeslandes in Frage kommen würde. Damit kann man wirklich nicht rechnen. Sie können nicht sagen, die Bremer wollen, dass das Bundesland aufgelöst wird. Das ist hier also ein Scheinargument, das Sie vorführen, um die Ängste weiterhin zu schüren. Herr Dr. Schuster, ich muss zu Ihnen als Kandidat auch einmal sagen, von Ihnen eigentlich hätten wir eine modernere Position erwartet. Sie haben das etwas diplomatischer formuliert, aber im Kern geben Sie Herrn Grotheer ja Recht.

(D) Wir sagen, die Zukunft der beiden Städte liegt in der gemeinsamen Landespolitik. Ich finde es bemerkenswert und politisch fatal, dass auch die Bremerhavener SPD-Abgeordneten, und besonders der neue Vorsitzende des Landeshafenausschusses, Herr Günthner vorneweg, die Hafenfragen bereits abgehakt haben, meine Damen und Herren. Ich denke, Herr Günthner, Sie haben damit Bremerhaven keinen Gefallen getan. Vielleicht zitieren Sie ja hier einmal das SPD-Kommunalwahlprogramm, in dem steht, dass die Häfen in Landeshäfen überführt werden sollen. Das ist eine Forderung der SPD vor Ort! Wenn Sie sagen, die Hoheitsfrage sei bereits abgehakt, dann begehen Sie sozusagen Wahlbetrug.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zurufe von der CDU)

Dann frage ich Sie, Herr Günthner, Sie wollen hier eine Arbeitsgruppe einrichten: Was soll diese eigentlich noch machen, wenn Sie jetzt erklären, die Hoheitsfrage sei bereits gegessen? Das können Sie uns gleich noch einmal erklären.

In Erinnerung sei auch einmal gebracht, die Feier zur Gründung der Stadt Bremerhaven vor 175 Jahren auf der Theaterbühne der Stadttheaters Bremerhaven war eine gelungene Veranstaltung, meine Damen und Herren. In Erinnerung bleibt auch die gemeinsame Erklärung des Präsidenten des Senats Scherf, des Senators Perschau und des Oberbürger-

(A) meisters Schulz, die Hoheitsfrage zu einem gütigen Ende zu führen. Wenn das aber dabei herauskommt, was Herr Günthner hier proklamiert, dann, denke ich, war dieses Theaterstück ein Trauerspiel!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Günthner [SPD]: Ich habe doch noch gar nicht geredet!)

Herr Neumann, der Chef der CDU, hat natürlich Recht, Zitat: „Die SPD verhält sich abenteuerlich in dieser Frage.“ Herr Günthner und Herr Grotheer sind der Beweis dafür, meine Damen und Herren.

Es war gut und richtig, dass Senator Perschau diese Frage noch einmal aufgegriffen hat. Es war aber keine gute Idee, dass er diese wichtige politische Frage mit der Frage des kommunalen Finanzausgleiches verknüpft hat. Er möchte gern 60 Millionen DM weniger pro Jahr an Bremerhaven mit dieser Frage verbinden. Ich denke, das kann Bremerhaven natürlich nicht verkraften, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher ist es verständlich, dass ihm die Unterstützung aus Bremerhaven in dieser wichtigen Frage versagt bleibt. Es ist schade, dass der Kollege Teiser und der Kollege Röwekamp sich nicht politisch hier an dieser Stelle zu dieser wichtigen Frage einmal äußern.

(B)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Finde ich auch schade! – Heiterkeit bei der CDU)

Jedenfalls haben Sie Ihren Senator jetzt im Regen stehen lassen, und Sie haben die Hoheitsfrage in eine Arbeitsgruppe verschoben. Bei Kohl nannte man das Aussitzen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Etwas Ökonomie aber auch noch zur Versachlichung und zur Argumentation dafür, dass dies hier keine Scheindebatte ist: Die Forderung von Neumann, Chef der CDU, ist natürlich richtig, es muss sich hier um eine Win-Win-Option handeln. Das heißt, dass alle bei der Lösung dieser Frage gewinnen müssen. Das finden wir auch. Wir sagen aber auch, wenn die Häfen in Landeshäfen überführt werden würden, würden alle gewinnen. Das wäre eine Win-Win-Option! Bremerhaven gewinnt die originären Steuereinnahmen, das ist die gleiche Position, die das Bundesland Bremen bei der Klage in Berlin auf den Tisch gelegt hat, nicht mehr als Bittsteller im Finanzausgleich aufzutreten, sondern selbstbewusst die eigenen Steuereinnahmen als Finanz- und Wirtschaftskraft ins Spiel zu bringen. Dieses Ar-

gument gilt natürlich genauso für die Seestadt Bremerhaven, meine Damen und Herren.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Selbstbewusstsein ist angesagt, Imagesteigerung kann der Stadt Bremerhaven auf keinen Fall schaden!

Daneben gewinnt Bremerhaven die Planungshoheit. Auch hier würde der Mix an Planungskompetenzen endlich beseitigt werden, und die Landesinvestitionen würden aus dem Landeshaushalt finanziert werden, das heißt, der Haushalt der Kommune Bremerhaven würde stark entlastet werden, auch das wäre für die Förderung der Wirtschaftsstrukturpolitik unerlässlich.

Aber auch Bremen-Stadt, das sei den Gegnern dieser Position aus der Stadt Bremen noch einmal ins Bewusstsein gebracht, gewinnt natürlich durch diese Lösung. Bisher war es so, dass immer in einem Verhältnis von 50 zu 50 aus Stadt- und Landeshaushalt finanziert wurde, um die Häfen in Betrieb zu halten. Die Stadtkommune Bremen würde also 50 Prozent einsparen, weil das Land diese Finanzierung übernehme. Die Stadt Bremen könnte diese Millionenbeträge in die Verbesserung ihrer Struktur und in die Attraktivität der Stadt Bremen investieren. Das wäre doch eine gute Lösung, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD)

(D)

Das Land gewinnt auch, das ist der dritte Gewinner. Es gibt endlich eine einheitliche Hafenpolitik verbunden mit einer einheitlichen Wirtschaftsstrukturpolitik, eine Wirtschafts- und Hafenpolitik aus einer Hand. Es würde endlich eine historische Gleichstellung der beiden Partnerstädte geben und damit sozusagen eine Aufhebung der Diskriminierung, eine psychologische Bereinigung, ein Aufstreben, ein gemeinsames Handeln für beide Städte. Das würde das Gewicht des Bundeslandes Bremen nach außen gewaltig stärken, meine Damen und Herren. Das Land gewinnt auch dadurch, dass es die Zahlungen an die Kommune Bremerhaven aus dem Landesfinanzausgleich einspart und auch hier sozusagen den Landeshaushalt entlastet.

Fazit dieser kurzen Abrisse ist, dass wir es hier mit einem politisch unwürdigen Schauspiel zu tun haben, das dieser historisch-politischen Frage wirklich nicht gerecht wird. Wir haben in dieser wichtigen Frage bisher kein Ergebnis, meine Damen und Herren, und das haben Sie als Koalition der Angsthäsen zu verantworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Eckhoff [CDU]: Ist aber noch ein bisschen Zeit bis Ostern!)

Eingedenk der Briefe von Herrn Kunick und Herr Koschnick, die vielleicht kennt, wer schon etwas län-

- (A) ger im Hause ist, die ja hier den Untergang des Abendlandes proklamiert haben, ist es schon fast revolutionär, wenn ein Finanzsenator diese Frage noch einmal einer Lösung zuführen will. Ich denke, wenn ein bremischer Senator diese Frage lösen will, dann sollte man ihn darin auch unterstützen und nicht boykottieren. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Herr Kollege, wir müssten uns das Protokoll noch einmal anschauen. Sie haben in einer kleinen Sentenz gesagt, dass Sie sich durch den Beitrag von Herrn Grotheer sozusagen an die dreißiger Jahre erinnert fühlen. Wenn Sie das anders gemeint haben, so müssten wir das, wenn wir uns das Protokoll anschauen, noch einmal richtig stellen.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD) \*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Kollege Schramm, ich habe eigentlich bis gerade eben, bis zu Ihrer Rede, noch gedacht, wir führen hier eine ernsthafte Debatte über das Thema.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Mittlerweile, nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, habe ich aber eher das Gefühl, dass es hier um eine Kabarettvorstellung ging und nicht darum, in die Zukunft zu schauen.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber eine gute! – Unruhe bei der SPD)

Wenn Herr Schramm hier sagt, wenn man das Land Bremen in die Zukunft führen will und so weiter, und dann einen Ausflug in die dreißiger Jahre macht und über die Vergangenheit redet, aber nicht über die Zukunft spricht, dann ist das sehr wohl kabarettreif. Wir haben da jedenfalls einen anderen Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

In der Debatte im Jahr 1996 hat ein Kollege gesagt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Nicht eine Diskussion über hoheitliche Zuständigkeiten ist zurzeit besonders notwendig, sondern insbesondere die Auseinandersetzung mit der Frage, was in den bremischen Häfen für mehr Umschlag und mehr Beschäftigung und somit für die Sicherung von Arbeitsplätzen getan werden kann. Das ist die entscheidende Frage!“

(Beifall bei der SPD)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich finde, meine Damen und Herren, auch heute geht es hier um diese Frage. Wenn wir über zukunftsgerichtete Hafenpolitik reden wollen, dann muss auch benannt werden, was denn im einundzwanzigsten Jahrhundert für Hafenpolitik geschehen und vorangebracht werden soll. Ich nenne nur als Beispiel den CT IV, der vom Senat in die Planung gebracht worden ist, der umgesetzt werden soll, der hier auch ausdrücklich von der sozialdemokratischen Fraktion begrüßt werden soll.

Ich nenne da als Beispiel die Hinterlandverbindungen, kurzfristig die Umsetzung der Tunnellösung für die Cherbourger Straße. Ich nenne hier den Jade Weser Port als Ergänzungshafen zum Containerterminal. Ich nenne für den Autoumschlag das, was wir auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten haben, nämlich die Kaiserschleuse auszubauen und zu modernisieren, Liegeplätze im Osthafen zu schaffen und daneben eben auch die starke Entwicklung des Carl-Schurz-Kasernengeländes als Wirtschaftszone für Gewerbe und Dienstleister mit dem Schwerpunkt Logistik umzusetzen, meine Damen und Herren.

Das sind Maßnahmen, über die wir hier sprechen müssen, die mit Hafenpolitik verbunden sind und die auch etwas mit Zukunftsgerichtetheit zu tun haben, aber nicht die Debatte über abstrakte Fragen, Herr Kollege Schramm!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen das an der Stelle auch völlig selbstbewusst als Bremerhavener. Bremerhaven steht und fällt mit der Hafenentwicklung. Bremerhaven steht und fällt mit den Maßnahmen, die von mir eben skizziert worden sind. Die müssen auf die Weg gebracht werden, die sichern und schaffen Arbeitsplätze in Bremerhaven!

Es ist ja so, wenn jeder vierte Arbeitsplatz in Bremerhaven im Maritimsektor besteht, dass der Hafen das wichtigste Standbein in Bremerhaven ist. Insofern muss er weiterentwickelt werden. Da fehlen mir von Ihnen komplett die Lösungen. Die Summe grüner Hafenpolitik, außer dass Sie nun die Hoheit einfordern, ist ein Sich-Verabschieden von Hafenentwicklung. Das können Sie mit diesem Hause aber nicht machen, Herr Schramm!

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um die Frage von Selbstbewusstsein geht, reden Sie einmal mit den Bremerhavenern! Fragen Sie die einmal, was denen zum Hafen einfällt! Da fällt ihnen die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft ein. Denen fällt NTB ein, denen fällt der Autoumschlag ein, denen fällt die dortige Entwicklung ein, denen fällt ein, dass es während der Werftenkrise, während der großen Depression in Bremerhaven, einen Punkt gab, der immer positiv hervorgehoben wer-

(C)

(D)

(A) den konnte, eben der Umschlag am Terminal, der Umschlag im Hafen. Das fällt den Bremerhavenern ein, und daraus ziehen sie an der Stelle dann auch ihr Selbstbewusstsein und eben nicht aus der Frage, die Sie hier zu einer hoch psychologischen Frage hochstilisiert und von der Sie gesagt haben, sie wäre eine Frage von Selbstbewusstsein.

Herr Schramm, mein Selbstbewusstsein als Bremerhavener hängt mit der Hafenenwicklung zusammen, das hängt damit zusammen, dass wir am Containerterminal weitermachen können, dass der CT IV kommt, dass es im Autoumschlag weiter vorangeht. Das hat etwas mit Selbstbewusstsein zu tun, aber nicht, hier Fragen zu beschreiben, die nicht so relevant sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen – wir haben ja auch im letzten Hafenausschuss die Debatte gehabt –, Sie vom Bündnis 90/Die Grünen müssen auch irgendwann einmal Farbe bekennen und sagen, wie nach Ihrer Auffassung Hafenenwicklung aussieht. Wo wollen Sie in der Hafenpolitik hin? Nicht nur sich hinstellen und sagen, Jade Weser Port, das ist alles ganz schwierig und möglicherweise Konkurrenz zum CT IV, den CT IV wollen wir ja eigentlich nicht, aber trotzdem sagen wir jetzt, wir brauchen ihn als Argument, um sagen zu können, der Jade Weser Port funktioniert nicht! Da müssen Sie schon einmal irgendwann klare Position beziehen, die fehlt mir bei Ihnen völlig!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, dass die Debatte insgesamt eher nicht hilfreich ist. Ich hatte jetzt eigentlich vor, nach rechts zu schauen, wo gewöhnlich Herr Bürgermeister Perschau sitzt, der diese Debatte über die Verknüpfung von Hoheitspolitik mit dem innerbremischen Finanzausgleich losgetreten hat, der versucht hat, die Verschlechterung des innerbremischen Finanzausgleichs, die er für Bremerhaven durchsetzen wollte, dadurch zu versüßen, dass er gesagt hat, ich biete euch einmal die Hoheit an. Herr Perschau hat mit der Wurst gewedelt, für die er überhaupt keinen Scheck von den Bremern hatte, hat die Wurst den Bremerhavenern vor die Nase gehalten, obwohl diese Wurst in Bremen nicht abgesichert war.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Aber Herr Schulz hat voll hineingebissen! – Unruhe bei der SPD)

Dass es ein natürliches Interesse von Herrn Oberbürgermeister Schulz als Bremerhavener gibt zu sagen, ich will die Hoheit übertragen haben, ist völlig klar.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Aber er muss ja nicht in jede Wurst beißen! – Heiterkeit bei der CDU)

Das entbindet uns hier aber nicht davon, schon konkret zu sagen, wo wir denn politisch hinwollen.

(C)

Ich fand die Position, die Herr Perschau bezogen hat, etwas schwierig. Er verkündet in der „Nordsee-Zeitung“, und da ist er ja in guter Tradition, Herr Nölle hat das ja auch schon so gemacht: „Ich Sorge dafür, dass die Hoheitsrechte an die Stadt Bremerhaven übertragen werden!“ Was kommt dann dabei heraus? Letzten Endes nichts! Ich gebe da auch dem Bürgermeister, obwohl er nicht anwesend ist, an der Stelle einen guten Rat als Bremerhavener. Er sollte tunlichst vermeiden, die Bremerhavener zu veralbern, weil wir sehr wohl merken, wenn uns jemand etwas erzählt, was er letzten Endes gar nicht so meint.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, wenn ich mir anschaue, dass der Bürgermeister Perschau es offensichtlich nicht nötig hat, heute an dieser Debatte teilzunehmen, die ja durch ihn verursacht worden ist, dann hat das Ganze schon sehr stark den Eindruck, als hätte er sich einen weißen Fuß in Bremerhaven machen wollen und drücke sich jetzt dafür, im Landtag auch klar Position zu beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das fängt ja eigentlich schon ein bisschen früher an. Da hat ja auch die CDU-Fraktion ein gewisses Problem. Die SPD hat, um auch dem Antrag der Grünen entgegen zu können, einen eigenen Antrag entwickelt, in dem sie gesagt hat, wir wollen eine Lösung der Debatte unterhalb der Hoheitsfrage. Da hat die CDU-Fraktion gesagt, diesen Antrag machen wir nicht mit, den wollen wir so nicht! Das Ergebnis ist, dass wir heute nur den Antrag der Grünen vorliegen haben, aber auch das Ergebnis, dass der Senat in der letzten Woche eben diesen Text – –.

(D)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: In Ihrem Antrag stand doch gar nichts!)

Herr Eckhoff, in dem Antrag stand nichts? Dann wundert es mich aber, dass der Senat mit Ihrem Senator Herrn Perschau und mit Herrn Senator Hattig diesen Antrag verabschiedet hat,

(Zurufe von der CDU)

dass der Senat einen Senatsbeschluss gefasst hat, der vom Text her genau dem Entwurf entspricht, den die SPD-Fraktion eingebracht hat. Es ist wortgleich, Herr Eckhoff, schauen Sie es sich an!

(Beifall bei der SPD)

Das verwundert dann schon, dass die CDU-Fraktion sagt: Machen wir nicht! Die CDU-Senatoren im

- (A) Senat machen das dann mit. Es ist eine etwas merkwürdige Position, die sicherlich auch etwas damit zu tun hat, dass Sie sich als CDU in der Frage nicht klar verhalten wollen.

(Zurufe von der CDU)

Die SPD hat sich sehr klar verhalten.

(Lachen bei der CDU)

Da mögen Sie lachen. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Partei in Bremerhaven und der Partei in Bremen festgestellt, dass es in dieser Frage keine einvernehmliche Position gibt.

(Lachen bei der CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Und das haben Sie uns dann als Antrag zugeleitet!)

Herr Eckhoff, ich verstehe Ihr Gelächter nicht. Ich weiß ja nicht, wie es in der CDU ist, aber in der Sozialdemokratie gibt es zu bestimmten Fragen unterschiedliche Positionen zwischen den Genossinnen und Genossen in Bremerhaven und denen in der Stadt Bremen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Weil es diese unterschiedlichen Positionen gibt, haben wir dann gesagt, wir suchen nach einer Lösung, die für beide Seiten tragbar ist. Das ist der Vorschlag, den jetzt auch der Senat übernommen hat,

(Beifall bei der SPD)

nämlich zu sagen, wir setzen eine Arbeitsgruppe ein, die prüft, wie unterhalb der Hoheitsübertragung eine Lösung gefunden werden kann, die für alle Seiten tragbar ist. Das ist die klare Position, die wir hier vertreten.

Ich weiß ja, das finden Sie nicht sehr gut, aber ich muss doch noch einmal auf Herrn Bürgermeister Perschau zurückkommen. Ich höre Herrn Bürgermeister Perschau sonst immer, wie er durch die Stadt läuft und sagt: „Ich habe eigentlich immer die Handelskammer an meiner Seite. Ich stimme meine Position eng mit der Handelskammer ab.“ Die Handelskammer hat aber eine klare Position. Die sagt nämlich: „Hoheitsübertragung? Mit uns gibt es das nicht!“ Das sagt sie ganz klar.

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Die Bremische Handelskammer!)

Die Bremische!

Dann schaue ich mir an, dass Herr Senator Hattig, der, wie ich glaube, auch hier in der Debatte noch

das Wort ergreifen wird, sechs Jahre Präses der Handelskammer war und in der Stadt Bremen auch eine gewisse Tradition als Präses begründet hat.

(Unruhe)

Diese Tradition bedeutete dann eben auch zu sagen: Ich bin vehement gegen eine Hoheitsübertragung! Das war jedenfalls die Position, die der Präses der Handelskammer zu dem Zeitpunkt hatte. Deswegen verstehe ich an der Stelle natürlich, dass Herr Senator Hattig die gute Lösung, die die SPD-Fraktion vorgeschlagen hat, im Senat mitbeschließt. Ich finde aber das Schweigen des ehemaligen Präses der Handelskammer zu der Frage schon beredt.

Es ist schon sehr deutlich, dass Herr Bürgermeister Perschau hier ein extrem durchsichtiges Spiel getrieben und sich einen weißen Fuß in Bremerhaven gemacht hat, obwohl er wusste, dass es in der Stadt Bremen überhaupt keine Mehrheit gibt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das Wahlprogramm der SPD in Bremerhaven hat mit weißem Fuß nichts zu tun, oder wie?)

Frau Linnert, ich erkläre Ihnen das gern auch noch einmal. Ich habe das dem Kollegen Eckhoff gerade eben auch schon erklärt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gibt auch innerhalb von Parteien, jetzt dehne ich das auf die Grünen aus – –.

(Unruhe)

Es mag auch bei den Grünen anders sein, aber ich sage Ihnen, dann müssten Sie sich vielleicht auch mit den Kolleginnen und Kollegen des Umlandes einmal darauf einigen, wie denn die Hafenpolitik der Grünen an der norddeutschen Küste koordiniert wird, welche Positionen es da gibt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht es jetzt um die Hoheitsfrage, oder worum geht es hier?)

Frau Linnert, Sie haben ebenfalls keine klare Position. Ob es um die Hoheitsfrage geht, haben Sie eben gefragt. Frau Linnert, es geht am Rand auch um die Hoheitsfrage, aber mir geht es eigentlich darum, dass die Hafenentwicklung so weiterläuft, wie sie bisher läuft.

(Beifall bei der SPD)

Ich löse da keine abstrakte Frage heraus und fange an, sie abstrakt zu diskutieren, verhalte mich nicht

(C)

(D)

(A) so zu den entscheidenden Fragen, wie Sie es hier in diesem Haus eben tun. Sie verhalten sich nicht zur Hafenspolitik und sagen auch nicht, wohin es gehen soll.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss: Wir werden den Antrag der Grünen ablehnen. Ich sage aber auch noch etwas zu der Perspektive. Der Senat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Lösung unterhalb der Hoheitsfrage herbeiführen soll. Es gab auch die Position der SPD, während der Gründung von BremenPorts zu schauen, wie man an BremenPorts eine Beteiligung Bremerhavens sicherstellen kann. An der Stelle hat die CDU gemauert. Sie waren nicht einmal im Ansatz bereit, die Initiative von Herrn Böhrnsen und Herrn Töpfer prüfen zu lassen. Insofern frage ich mich, wenn es auf Ihrer Seite schon keine Bereitschaft gibt, Bremerhaven eine Beteiligung an BremenPorts einzuräumen, wie Sie denn hier allen Ernstes und ehrlich vertreten wollen, dass Sie die Hoheitsrechte auf Bremerhaven übertragen wollen. Das finde ich an der Stelle unredlich.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich sage Ihnen, der Senat hat gute Projekte auf den Weg gebracht, die die Hafentwicklung voranbringen wollen. Wir stehen da auch mit Herrn Senator Hattig in einer Linie, vertreten diese Projekte in Bremerhaven und Bremen und werden die Hafentwicklung weiter vorantreiben. Hören Sie aber bitte auf, uns mit abstrakten Fragen oder damit zu nerven, sich weiße Füße in Bremerhaven zu machen! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Günthner, das war eben eine ganz klare, deutliche Aussage Ihrer Politik, die besagt: Wir haben eine ganz klare Meinung, dass wir keine Meinung haben! Das ist eben das Problem Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren, als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) werde ich hier deutliche Worte zum Thema bremische Häfen zum Ausdruck bringen, auch wenn es den Bremern nicht gefallen wird. Ich weise von vornherein den Vorwurf zurück, ich würde hier nur als Bremerhavener agieren.

Meine Damen und Herren, die Abgeordneten der Deutschen Volksunion wissen wohl Wertigkeiten zu unterscheiden. Wir bilden uns eine Meinung, die wir dann auch verantwortungsbewusst, geradlinig, klar und deutlich im Interesse der Bevölkerung vertreten und umsetzen, und das auch in den Bereichen,

die innerhalb der Bevölkerung ziemlich umstritten sind. Die Deutsche Volksunion betreibt im Gegensatz zu den Altparteien eine ehrliche und klare Politik.

(Heiterkeit bei der CDU)

Bleiben Sie ruhig, zu dem Punkt Ehrlichkeit werde ich gleich noch etwas sagen!

Meine Damen und Herren, auch in der Frage der Hafenhoheit hat die Deutsche Volksunion eine klare Meinung und unumstößliche Aussage, ob es den Bremern nun passt oder nicht. Die Hafenhoheit gehört dahin, wo die Häfen liegen, und das ist nun einmal Bremerhaven. Diese eindeutige Sachlage hat überhaupt nichts damit zu tun, dass ich Bremerhavener bin. Das ist nun einmal Fakt, und das sollten nun endlich auch einmal die Bremer akzeptieren. Ich frage mich, welche Verlogenheit, welche Volksverdummung sich eigentlich hinter dem taktischen Spiel der Sozialdemokraten verbirgt.

(Glocke)

**Präsident Weber:** Das Wort Verlogenheit weise ich zurück!

Abg. **Tittmann** (DVU): Dann sagen wir unehrlich, das bleibt das Gleiche!

Nun komme ich zum Punkt Ihrer so genannten ehrlichen Politik. Der Bremerhavener Oberbürgermeister erklärt den Bremerhavenern bei jeder Gelegenheit, wie aufrecht er für die Hafenhoheit nach Bremerhaven kämpft. Dabei hofft er selbstverständlich auf ein paar Wählerstimmen mehr in Bremerhaven. Die Bremer Sozialdemokraten wiederum, mit dem Bremerhavener SPD-Abgeordneten Herrn Günthner, erklären, die Hafenhoheit muss in Bremen bleiben!

Ich glaube, ich habe vorhin nicht richtig gehört. Herr Günthner, Sie waren es doch, der bei der Hundertfünfundsiebzigjahrfeier zur Aussage des Oberbürgermeisters, Hafenhoheit für Bremerhaven, den Zwischenruf „das werden wir noch einmal sehen“ gemacht hat. Haben Sie das gesagt? Ja oder nein? Wenn ja, was meinen Sie damit? Ihre Aussage dürfte auch die Bremerhavener Bürger sehr interessieren.

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:  
Das hat er doch gesagt!)

Aber nicht effektiv und definitiv genug!

Hier hat nun die Bremer SPD eine Aussage für Bremen gemacht, natürlich auch in der Hoffnung, hier in Bremen ein paar Wählerstimmen mehr abzuzocken, wollen wir einmal so sagen. Ein solch verlogenes Rollenspiel hat es in der Geschichte Bremens wohl noch nie gegeben. Ich fordere Sie im Namen

(C)

(D)

(A) der Deutschen Volksunion hier und heute auf, Bremerhaven zu helfen, sein zustehendes Recht zu bekommen, und das nicht nur durch geschwafelte Lippenbekenntnisse, sondern durch klare politische Entscheidungen!

Falls Sie es vergessen haben: Das Bundesland Bremen ist nur durch Bremerhaven ein Bundesland. Die Deutsche Volksunion ist für das föderalistische System in Deutschland, dazu gehört das Bundesland Bremen mit Bremerhaven in wichtiger Funktion. Ich erwarte also, dass auch die Bremer Sozialdemokraten diesem Antrag zustimmen werden und endlich ihr falsches Rollenspiel aufgeben.

Von der CDU erwarte ich, wie es der Finanzsenator Herr Perschau schon angekündigt hat – übrigens Herr Dr. Scherf auch, bei dem man inzwischen ja nicht mehr weiß, ob er noch Mitglied der SPD oder schon der CDU ist –, sich geschlossen für die Hafenhoheit in Bremerhaven einzusetzen und zu entscheiden.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wer Bremen stärken will, muss für eine hoheitliche Zuordnung für Bremerhaven stimmen und sonst gar nichts! Darum stimmen auch Sie diesem Antrag Drucksache 15/1036, Bremische Häfen, uneingeschränkt zu!

Eines dürfte auch klar sein: Die Frage der Hafenhoheit ist nicht die Angelegenheit irgendeiner Arbeitsgruppe, sondern des Senats. Hier sollte der Senat zu seiner Verantwortung stehen und sich nicht schäbig aus seiner Verantwortung stehlen. – Ich danke mich!

(B)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Hafenhoheit hat wieder einmal in den letzten Wochen die Öffentlichkeit in und um Bremerhaven und Bremen sehr intensiv beschäftigt. Die Anlässe waren zum einen die Fragestellung, die zwischen den beiden Kommunen auf Finanzebene diskutiert worden ist, wie es mit dem Finanzausgleich zwischen den beiden Städten und dem Land aussieht, und zum anderen sicherlich auch die Reden auf der Hundertfünfundsiebzigjahrfeier, die das Thema noch einmal richtig hochgebracht haben, auf der dann diese Problematik und Thematik einer breiten Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht worden ist.

Die Grünen haben nun hier einen Antrag zu dieser Thematik eingebracht. Ich muss aber feststellen, dass er sich nicht so besonders durch Ernsthaftigkeit auszeichnet. Die Rede von Ihnen hier, Herr Schramm, erinnerte mich auch eigentlich eher an eine schlechte Büttenrede, die im Karneval keiner hören wollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich glaube, Herr Schramm, dass Sie sich als Bremerhavener und den Bremerhavenern selbst keinen großen Gefallen tun, wenn Sie versuchen, so ernsthafte Fragestellungen und Themenstellungen mit solchen Floskeln, Herabwürdigungen und sonstigen Emotionen zu klären. Das ist eigentlich nur ein Zeichen der Schwäche und kein Zeichen der Stärke.

Wie ist überhaupt die Ausgangslage? Die Sachlage ist nicht nur für Bremer und Bremerhavener nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Die Hafengruppe Bremerhaven besteht eigentums- und hoheitsrechtlich aus einem Flickenteppich. Die Überseehäfen befinden sich weitestgehend im Eigentum der Stadt Bremen, die auch die Hoheitsrechte ausübt. Der Fischereihafen ist ein Landeshafen mit hoheitlichen Zuständigkeiten Bremerhavens. Die Industrie- und Gewerbeflächen, die sich an das Hafengebiet anschließen, sind in der hoheitlichen Verantwortung Bremerhavens, die bei zahlreichen Grundstücken auch Eigentümerin ist. Im Bereich der Carl-Schurz-Kaserne ist die hoheitliche Übertragung auf Bremerhaven zum Teil auch schon vorgenommen worden.

Die Anhäufung von Zuständigkeiten, die sich zum Teil auch in historischen Entwicklungen begründen, stellen insbesondere bei größeren Infrastrukturmaßnahmen sicherlich nicht den Idealfall für reibungslose Planungsabläufe dar. Dem Eindruck, Herr Schramm, den Sie aber in diesem Zusammenhang in Ihrem Antrag von den Grünen erweckt haben, will ich an dieser Stelle eindeutig widersprechen. Eine einheitliche Hafenpolitik im Land Bremen steht nicht in Zweifel, weder was die Vergangenheit der großen Koalition noch was die Zukunft angeht. Sei es CT III a, die Fischereihafenschleuse oder BremenPorts, alle Entscheidungen sind in enger Abstimmung mit den Vertretern Bremerhavens vorgenommen worden.

Es gibt auch eine große Übereinstimmung in der großen Koalition mit Bremerhaven in den wesentlichen Zielen der Hafenpolitik der kommenden Jahre. Dies zeigen auch die Entscheidungen zu den beiden Planungsabschnitten zum CT IV oder die Diskussionen über den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, die den Hafenstandorten im Land Bremen im internationalen Wettbewerb eine Perspektive geben und die Voraussetzungen für die Investition in Infra- und Suprastruktur darstellen.

Ich glaube, dass bei diesem Suggestivvorwurf eher die eigene Position der Fraktion der Grünen der geistige Vater war, denn zu allen hafenpolitischen Grundsatzenfragen haben sich die Grünen zwischenzeitlich aus dem Konsens verabschiedet und für das Land Bremen standortpolitisch eine Position der Sackgasse eingenommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t  
[Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Schmarren!)

Erklären Sie doch offen und ehrlich, Herr Schramm, was Sie in der letzten Landeshafenausschusssitzung

(C)

(D)

(A) unwidersprochen gelassen haben, dass Sie zum Beispiel gegen den Ausbau von CT IV sind! Was heißt das aber für Bremerhaven? Das bedeutet den Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen und den Verlust an Perspektive für die anspruchsvollen Kunden in diesem Bereich. Wenn Sie an dieser Stelle von einer einheitlichen Hafenspolitik sprechen, widerspricht sich das selbst.

(Beifall bei der CDU)

Für den Bereich der Hafen- und Wirtschaftspolitik ist doch die entscheidende Frage: Was nützt dem Standort, ohne dabei ordnungspolitische Grundsätze zu verlassen? Die Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Attraktivität der Hafengruppen Bremen und Bremerhaven und dabei natürlich auch die Sicherung und der Ausbau von Arbeitsplätzen müssen im Mittelpunkt stehen. Das muss der Antrieb sein und nicht irgendwelche emotionalen Aspekte.

Dass daneben weitere Fragestellungen wie die Verbesserung der Abstimmungsprozesse, höhere Effizienz und Transparenz eine Rolle spielen sowie die Aktivierung des Fiskalvermögens zur Finanzierung weiterer Infrastruktur, liegt auf der Hand. Neben den hafenspolitischen Fragestellungen stehen in diesem Zusammenhang auch rein fiskalische Fragestellungen auf der Agenda. Die Gewerbesteuer, die im stadtbremischen Gebiet anfällt, fließt nach Bremen. Hier steht die Absicht des Landes scheinbar im Widerspruch, die Steuerkraft Bremerhavens anzuheben. Da beim kommunalen Finanzausgleich zwischen den beiden Kommunen diese entsprechend angepasst wird, ist es unter dem Strich erst einmal ein Nullsummenspiel.

(B) Die CDU-Fraktion hat sich im Gegensatz zu unserem Koalitionspartner an dieser Stelle sehr stringent verhalten und ist diese Thematik auch entsprechend angegangen. Wir wollen die Fakten und Konsequenzen möglicher Entscheidungen auflisten und prüfen und abschließend bei einer Entscheidung vor dem Hintergrund der von mir genannten Parameter eine Abwägung der Vor- und Nachteile vornehmen. Erst nachdenken, wohin es geht, und dann loslaufen, das ist eine Prämisse, die offensichtlich einigen in diesem Hause abgeht.

(Beifall bei der CDU)

Ein Hinweis an meinen Kollegen Herrn Günthner: Der Antrag, den uns die SPD eingereicht hat, unterscheidet sich in einem ganz wesentlichen Punkt von der Beschlusslage des Senats. Sie müssen sich einmal beides durchlesen! Sie haben die Hoheitsfrage abschließend für sich beantwortet. Sie wollen nicht die Übertragung der Hoheitsrechte von Bremen nach Bremerhaven. In der Beschlusslage des

Senats ist diese Frage bewusst offen gelassen. Das ist der qualitative Unterschied,

(Beifall bei der CDU)

und deswegen auch die veränderte Sachlage hier an dieser Stelle. Ich glaube, es ist noch einmal ganz wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

Die CDU-Fraktion begrüßt daher auch den Beschluss des Senats, das Thema in einer Arbeitsgruppe gründlich aufzuarbeiten. Die Vor- und Nachteile müssen in fiskalischer und hafenspolitischer Hinsicht ohne Vorurteile dargestellt werden. Die Rolle von BremenPorts wird in diesem Zusammenhang den Sinn der Umwandlung des ehemaligen Hansestadt Bremischen Hafenamtes in eine GmbH unterstreichen. Mit dem operativen Handling und dem Management aus einer Hand wird sich der Service der Hafenkunden weiter verbessern.

Wenn Sie, Herr Günthner, an dieser Stelle von der Beteiligung Bremerhavens sprechen, kann ich Sie nur daran erinnern, wie denn Senatsvorlagen – und das war ja auch eine Senatsvorlage – abgestimmt werden. Wenn das von Ihnen wirklich ein so bedeutendes Postulat gewesen wäre, dann hätten Sie oder Ihr Vorgänger, Wilfried Töpfer, doch an entscheidender Stelle ein entsprechendes Veto einlegen können. Das haben Sie nicht getan. Wenn Sie sich jetzt an dieser Stelle hinstellen und sagen, das muss aber eine unabdingbare Voraussetzung sein, dann ist das in meinen Augen ungläubwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Das Ergebnis der Untersuchung wird dann auch die weiteren Handlungsnotwendigkeiten für Senat und Parlament aufzeigen. Die Stringenz, die wir anfordern und die jetzt hoffentlich vom Senat auch umgesetzt wird, war leider bei den handelnden Personen nicht immer zu erkennen.

In diesem Zusammenhang muss ich zum Vorwurf, den Sie unserem Finanzsenator gemacht haben, Herr Perschau würde sich einen weißen Fuß in Bremerhaven einhandeln, sagen, den finde ich nun wirklich etwas abenteuerlich! Wenn einer hier versucht hat, sich einen weißen Fuß einzuhandeln, war es Bürgermeister Dr. Scherf, der nach meinem Kenntnisstand wirklich ohne Kenntnis der einzelnen Problematiken kilometerweit vorausmarschiert ist. Ich glaube also, hier sollte man dann schon ein bisschen offen und fair agieren und nicht einfach so tun: Ihr habt da ein Problem, und jetzt versucht ihr, auf Kosten anderer zu agieren. Meine Damen und Herren, das ist nicht redlich an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Dass Oberbürgermeister Schulz am Ende von Ihrer Fraktion im Regen stehen gelassen worden ist,

(C)

(D)

(A) nun gut, das ist leider so. Das zeigt mir zumindest, dass das Motto „laut gebrüllt, halb umgesetzt“ nicht immer zutrifft. Ich hoffe, dass der Regen kein saurer Regen war, den er da empfangen hat, so dass wir die weiteren Fragestellungen, Positionen und Aspekte in diesem Zusammenhang dann ernsthaft und rational diskutieren und entscheiden können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir wird zugerufen, ich solle einmal fragen, welche Position die CDU hat. Das mache ich jetzt einmal an dieser Stelle. Welche Position haben Sie denn dazu?

(Abg. F o c k e [CDU]: Wir machen doch nicht dauernd Zwischenrufe! – Heiterkeit)

Hat sich Ihre Position, Herr Kastendiek, vom Jahr 1996 bis heute überhaupt nicht geändert? Sie haben gesagt, der Senat hat in seinem Papier die Frage der Übertragung der Hoheitsrechte offen gelassen beziehungsweise die SPD hätte sie abgeschlossen und der Senat hätte sie offen gelassen. Der Senat hat genau den gleichen Text übernommen, Herr Kastendiek.

(B)

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Nein! – Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe hier beide Seiten.

(Zurufe von der CDU)

Der Text stimmt wortwörtlich mit dem Text des SPD-Antrags vom 4. Februar 2002 überein, meine Damen und Herren. Es ist wortwörtlich der Inhalt des Textes.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Es ist der Text, der mit der klaren Ansage herausgegeben worden ist, dass die SPD-Fraktion eine Lösung unterhalb der Hoheitsfrage möchte. Wenn also der Senat diese Position übernimmt, dann deutet das nur darauf hin, dass die Mitglieder der CDU im Senat offensichtlich die Position der SPD an der Stelle auch übernommen haben, nämlich eine Lösung unterhalb der Hoheitsfrage anzustreben.

(Glocke)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

**Präsident Weber:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mützelburg?

(C)

Abg. **Günthner** (SPD): Bitte!

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, sind Sie in der Lage, diese Texte zur Kenntnis zu geben, weil nicht alle Abgeordneten, die hier sind, wissen, über welche Formulierungen Sie sich hier mit der CDU-Führung streiten? Wenn Sie nicht dazu in der Lage sind, erklären Sie uns bitte, warum Sie das nicht sind!

Abg. **Günthner** (SPD): Ich gebe Ihnen die Texte gern zur Kenntnis. Ich muss sie jetzt aber nicht verlesen, oder wollen Sie sie gern verlesen haben? Es wäre etwas mühsam, zweimal den gleichen Text vorzulesen.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Ehrlich gesagt, einmal würde uns reichen, dann könnte die CDU sagen, wo es abweicht! – Heiterkeit)

Ich glaube, die CDU ist nicht in der Lage zu sagen, wo es abweicht, weil es nämlich keine Abweichungen in den Texten gibt.

(D)

(Zurufe von der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt eingehen, weil ich schon finde, dass man sich noch etwas stärker mit der Rolle von Herrn Perschau auseinander setzen muss. Herr Perschau sagt, und ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, in einem Interview in der „Nordsee-Zeitung“: „Voraussetzung für ein erfolgreiches Übertragungsverfahren ist ein positives Votum des Landtages.“ Es geht hier also um die Übertragung der Hoheit. Herr Perschau sagt: „Wir müssen uns einer Mehrheit im Landtag sicher sein, sonst hat das Ganze keine Chance.“ Ich glaube, Herr Perschau hat überhaupt nicht verstanden, worum es eigentlich wirklich geht und wer beschließen muss, wenn die Hoheit übertragen wird. Das ist nämlich die Stadtbürgerschaft. Die hätte er entsprechend befassen müssen.

Dass Herr Perschau jetzt eher zu einem Schwarzer-Peter-Spiel übergeht, nachdem er sich erst in Bremerhaven einen weißen Fuß gemacht hat, geht auch aus einem wörtlichen Zitat in der „Welt“ hervor, das ich auch mit Genehmigung des Präsidenten gern einmal vortragen möchte: „Wenn in Bremerhaven nun gesagt wird, die Wechselwirkung zwischen Hoheitsübertragung und kommunalem Finanzausgleich sei

(A) nicht gewollt, verliert das Thema Hoheitsübertragung an Bedeutung.“

Was heißt das? Das bedeutet doch im Klartext, dass Herr Perschau bereit war, die Hoheitsübertragung ins Feld zu führen, um den Bremerhavenern einen schlechten innerbremischen Finanzausgleich zu versüßen. Das Zitat beinhaltet nichts anderes. Der clevere Versuch des Bürgermeisters Perschau, zwei Themen miteinander zu vermengen, um ein Thema komplett zu beerdigen, nämlich die Hoheitsübertragung, die auch in der CDU nicht wirklich irgendjemand möchte, um dann weiterhin nicht klar zu sagen, wohin er eigentlich möchte!

Wir haben klar gesagt, dass wir eine Lösung unterhalb der Hoheitsfrage wollen. Herr Kastendiek, das ist eine sehr klare Position! Wir sagen, wir haben als Instrument für die Hafenenwicklung BremenPorts geschaffen. BremenPorts soll auch das Instrument in einer solchen Frage sein. Ich würde Sie schon bitten, für die CDU-Fraktion noch einmal klar zu sagen: Wollen Sie nun, was Ihr Bürgermeister hier immer erzählt, die Hoheitsrechte an Bremerhaven übertragen haben, oder wollen Sie es nicht, oder haben Sie sich noch nicht entschieden?

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

(B) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Günthner hat sich ja noch einmal zu Wort gemeldet, bevor der Senator Gelegenheit hatte, in die Debatte einzugreifen. Ich will mich dann aber auch noch einmal zu dieser Frage melden.

In der Debatte, die schon oftmals zitiert wurde, die wir im Jahr 1996 in diesem Hause geführt haben, wurde mehrmals von den Seiten der Fraktionen gesagt, es würde mir niemals gelingen, in dieser Frage einen Keil zwischen die Fraktionen der CDU und der SPD zu treiben. Vielleicht ist es mir damals nicht gelungen, aber ich denke, heute ist es ein Musterbeispiel für die Spaltung in dieser Frage. Meine Damen und Herren, wenn wir das erreicht haben und das deutlich wird, ist es immerhin doch ein Erfolg, den diese Debatte zu verzeichnen hat!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zuruf der Abg. Frau H a m m e r s t r ö m  
[SPD])

Einem Redner vorzuwerfen, er würde auch einmal emotional reagieren, ist, denke ich, kein guter Vorwurf. Emotionen beleben die Debatte, wenn es nicht dabei bleibt, Emotionen zu äußern. Ich denke, ich habe hier einige Sachargumente vorgetragen,

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

von denen kein einziges bisher von Ihnen widerlegt worden ist. Das zeigt doch, wie gut man Emotionen mit Sachargumenten verbinden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz kurz wurde vom Präsidenten die Bemerkung gemacht, ich hätte die Äußerungen von Herrn Grotheer in die Ecke der Nationalsozialisten gebracht. Das war überhaupt nicht meine Absicht. Ich habe versucht, die Argumente, die damals in der historischen Situation gefallen sind, noch einmal zu verdeutlichen. Das war eine neutrale Wiedergabe der Position Bremens während der historischen Phase damals. Das ist einfach nur wiedergegeben. Das sind Fakten und hat mit einer Bewertung der Aussagen von Herrn Grotheer nun wirklich nichts zu tun, meine Damen und Herren.

Herr Günthner, eines ist deutlich geworden: Die SPD-Fraktion hat eine neue Position in dieser Frage. Sie will eine Lösung unterhalb der Hoheitsfrage anstreben und hat damit die Hoheitsfrage abgehakt. Sie fallen damit weit hinter die Positionen aus dem Jahr 1996 zurück, in denen sich alle Fraktionsmitglieder auch der SPD ganz anders geäußert haben. Sie haben jetzt diese Frage für sich schon gelöst, ohne den Bericht des Senats überhaupt abzuwarten. Ich denke, das ist politisch keine gute Situation, und ich denke, Sie müssen dann das SPD-Wahlprogramm für die künftigen Wahlkämpfe auch entsprechend verändern.

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Das lassen Sie einmal unsere Sorge sein, Herr Schramm!)

Uns würde interessieren, wie Sie die Differenzen zur Position mit dem Oberbürgermeister in dieser Frage klären, der noch auf der Hundertfünfundsigzigjahrfeier der Gründung der Stadt Bremerhaven ganz andere Töne geäußert hat. Ich denke, das ist wirklich eine Position der Sozialdemokraten, die den Bremerhavenern keinen Gefallen tut, meine Damen und Herren.

Sie versuchen, die Debatte auf die Position der Grünen zu bestimmten Sachprojekten zu lenken. Das ist aber überhaupt nicht die Frage. Hier geht es um Hoheitsfragen, um Psychologie,

(Zurufe von der SPD)

um Identitäten und um Geschichte. Ihnen fehlt jedes politische Gespür, in dieser Frage Position zu beziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zuruf des Abg. B e c k m e y e r [SPD])

(C)

(D)

(A) Sie haben BremenPorts natürlich angesprochen, das ist eine wichtige Frage, um die Beteiligung Bremerhavens in dieser Gesellschaft zu garantieren und zu gewährleisten. Wir haben auf Antrag Ihres Fraktionskollegen Herrn Töpfer diese Frage ausführlich im Landeshafenausschuss diskutiert. Die lapidare Position des Senats war, es geht einfach nicht. Es gab von Ihnen keine Position, die dagegen stand. Sie haben kein Veto eingelegt. Sie haben diese Position einfach akzeptiert und werfen jetzt dem Senat vor, dass er diese Frage so entschieden hat. Ich finde, das ist unglaublich und sehr doppelzüngig, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Zuruf des Abg. G ü n t h n e r [SPD])

Das ist ein Vorwurf an die CDU, der aber an Sie zurückgeht. Sie haben doch diese Position gar nicht mehr vertreten, seitdem Sie Vorsitzender des Landeshafenausschusses sind und Ihre Pirouetten um 360 Grad in zwei Tagen vollzogen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen, wir müssen erst die Hoheitsfrage klären und dann die Beteiligung an BremenPorts. Das wäre die richtige Aufgabe einer Arbeitsgruppe, meine Damen und Herren.

(B) Herr Kastendiek, Sie werfen uns vor, diese wichtige Frage hier in einem Antrag zu thematisieren.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Wie Sie  
das gemacht haben!)

Das ist aber ein merkwürdiger Vorwurf. Es war doch gerade Ihr Senator Perschau, CDU, der im Rahmen der Sanierungspolitik diese Frage aktuell aufgeworfen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Recht, meine Damen und Herren! Setzen Sie sich einmal mit Herrn Perschau zusammen und lassen sich die Argumente auf den Tisch legen, dann wüsten Sie, wie brisant und politisch wichtig es ist, in dieser Frage zu einer Lösung zu kommen! Das wäre auch für Ihre Position im Landeshafenausschuss mehr als hilfreich, meine Damen und Herren.

Es geht hier in dieser Debatte nicht um die Position der Grünen zu CT IV oder anderen Projekten, Wilhelmshaven und so weiter. Wir haben diese Debatten hier zuhause geführt und unsere Positionen dargelegt. Wir sagen ja, wir sind gegen CT IV, weil er keine Zukunftsperspektive hat, haben das aber auch begründet. Das ist doch eine Position, die man nachvollziehen kann, gerade wenn man die Situation der öffentlichen Haushalte vor Augen hat und

eine nachhaltige Finanzpolitik anstrebt, meine Damen und Herren. (C)

Das wollen Sie doch immer im Bund. Das wollen wir hier auch in Bremen praktizieren. Das ist doch gut und nicht schlecht! In dieser Frage geht es aber doch gar nicht um CT IV, hier geht es um die Hoheit, um Identitäten,

(Lachen bei der SPD)

um das Image, um die originäre Steuerkraft der Kommune im Land Bremen, damit Bremerhaven nicht als Bittsteller im kommunalen Finanzausgleich dasteht und dann immer solche Forderungen aufgegriffen werden können, sie müssten wieder in ihrer Rentnermentalität bestärkt werden und bräuchten Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleich. Diese Position ist doch für Bremerhaven negativ, und das wollen wir abschaffen. Wir wollen das Image Bremerhavens durch diese Frage stärken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Günthner, was Sie von der CDU unterscheidet, ist zumindest, dass die CDU diese Frage offen lässt und es noch einige kluge Köpfe gibt, die nachdenken. Im Gegensatz zu Ihnen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg.  
Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Die  
kennen nicht einmal den Text! Die wissen  
gar nicht, worüber sie nachdenken sollen!)

(D)

Sie werden diesen psychologischen Widerspruch der beiden Kommunen durch solche Lösungen nicht hinbekommen. Das ist zumindest einigen Leuten in der CDU deutlich geworden. Das ist einfach so, Sie müssen diese Frage für die Zukunft klären. Sie können Sie nicht abhaken, meine Damen und Herren, das wird Bremerhaven nicht auf die Sprünge helfen.

Von daher sagen wir: Die Positionen und Fakten liegen auf dem Tisch, wir brauchen keine Arbeitsgruppe à la Kohl.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Wir machen  
Projekte, Sie machen Psychologie, Herr  
Schramm, das ist das Problem!)

Wenn Sie meinen, diese Frage wäre offen, dann fordern Sie den Senat auf, wie wir das getan haben, den Bericht vorzulegen, die Fakten auf den Tisch zu legen, und dann können wir hier in Ruhe darüber debattieren. Es würde mich freuen, Herr Kollege Teiser, wenn Sie oder Ihr Kollege Herr Röwekamp hier auch einmal als Bremerhavener Abgeordneter zu diesem Bericht des Senats, den Sie ja auch schon kennen, offen Stellung nehmen, damit diese offene Fra-

(A) ge dann endlich einer endgültigen Lösung zugeführt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes geht mein Dank an den Kollegen Herrn Schramm, der mich eben so freundlich angekündigt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. F o c k e [CDU]: Als klugen Kopf!)

Manche Zwischenrufe treffen einfach zu, Herr Focke!

Meine Damen und Herren, normalerweise ist zu diesem Thema eigentlich alles gesagt worden in der heutigen Debatte, allerdings gibt es Dinge, die man nicht so im Raum stehen lassen kann. Lieber Herr Kollege Günthner, Ihre Attacken auf Bürgermeister Perschau gehen völlig ins Leere.

(Zurufe von der SPD – Abg. Frau H a m - m e r s t r ö m [SPD]: Das waren doch keine Attacken!)

(B)

Ich werfe Ihnen das aber nicht so sehr vor, wie ich es vielleicht sonst machen würde, weil ich bei Ihnen Unkenntnis in verschiedenen Sachzusammenhängen festgestellt habe. Deswegen will ich jetzt etwas für Aufklärung sorgen, aus welchen Gründen Bürgermeister Perschau nicht etwa in seinem Kämmerlein gesessen und versucht hat, sich irgendwie in Bremerhaven beliebt zu machen, sondern wie es dazu gekommen ist, dass Bürgermeister Perschau in Verbindung mit der Frage der Hoheit über die Häfen in den Medien gestanden hat.

Es hat eine Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene zwischen Bremen und Bremerhaven gegeben. Die haben lange über Finanzen geredet und gerechnet. Sie sind dann zu einem Ergebnis gekommen, das ich angesichts dessen, dass die Presse da oben sitzt, hier zum Schutze Bremerhavens nicht im Detail darstellen möchte. Aufgrund dieser Tatsache gab es auch einen Punkt, an dem man geschaut hat, wie man denn das originäre Steueraufkommen Bremerhavens irgendwie erhöhen kann. Da war auch die Frage, wohin die Gewerbesteuern aus den Häfen gehen. Unter diesem Aspekt und unter dem Aspekt, dass CT IV nicht mehr ausschließlich auf stadtbremischem Gebiet liegt, ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass die Frage der Hoheit diskutiert werden muss.

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

Unser Bürgermeister hat gesagt, wenn es nach ihm als Finanzsenator ginge, könnte man auch über diese Hoheitsfrage reden.

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: So war das!)

Daran kann ja nichts Schlimmes sein. Er ist dabei von Herrn Dr. Scherf unterstützt worden, der gesagt hat, darüber könne man reden. Der Oberbürgermeister in Bremerhaven ist einen Schritt weiter gegangen. Er hat sich dieses Papier der beiden Verwaltungsbereiche Finanzen Bremen und Bremerhaven zu Eigen gemacht und gesagt, der Bürgermeister von Bremen und er als Oberbürgermeister seien sich einig, dieses Papier so umzusetzen, und das, was Bremerhaven im Finanzausgleich weniger bekomme, solle ausgeglichen werden, allerdings nicht für konsumtive, sondern für investive Aufgaben.

Der Oberbürgermeister in Bremerhaven ist als Wirtschaftsdezernent für investive Aufgaben selbst verantwortlich. Dies wiederum führte dazu, dass seine Mitdezernenten seine Auffassung nicht teilen wollten, dass künftig das Geld nur in sein Ressort geht und sie es konsumtiv einsparen sollten, und haben deswegen erklärt: Lieber Kollege im Magistrat, das ist mit uns nicht zu machen. Hier können Sie erst einmal den Schlusstrich ziehen, was die Bremerhavener SPD und deren Auffassungen zu diesen Papieren betrifft.

(D)

Die Diskussion ist dann in den Senat und in die Bürgerschaft gekommen. Sie sollte in diese beiden Bereiche verlagert werden, nämlich an vier von Ihnen und vier von uns. Das werden Sie auch noch wissen, das sind die Vier-plus-vier-Gespräche über die Hafenhoheit. Daraufhin hat in einem Koalitionsausschuss unser Koalitionspartner SPD in Bremerhaven deutlich gemacht, dass das überhaupt nicht in Frage komme, dass sich da irgendwelche Bürgerschaftsabgeordneten unterhalten. Da solle der Senat mit dem Magistrat ganz allein verhandeln.

Ich war sehr erleichtert, habe das meinem Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt, der das seinem Kollegen Böhrnsen mitgeteilt hat, dass wir auf dieser Basis keine Gespräche führen können, wenn das der Oberbürgermeister in Bremerhaven selbst machen möchte. Dazu ist er aufgefordert. Das Ergebnis dieser Gespräche ist die jetzt eingesetzte Arbeitsgruppe, die das alles noch einmal behandeln soll.

Nun kommen wir noch zu einem letzten Punkt, der die Unterschiede zwischen dem, was Sie hier sagen, und was der Senat hier an Intention in ein Papier eingebracht hat, betrifft. Hierin steht nämlich: „die Instrumente für eine gemeinsame und einheitliche Ausübung der Hoheitsrechte in verbindlicher Kooperation zwischen dem Land und den beiden Kommunen zu optimieren“. Gestatten Sie mir und meiner Fraktion, dass wir zumindest unter diesem

(A) Aspekt davon ausgehen, dass da gegebenenfalls, wenn sich herausstellt, dass es für beide Seiten vielleicht sogar sinnvoll sein könnte, neben allen anderen auch das Ergebnis einer Hoheitsübertragung herauskommen könnte, weil die von allen anderen Hafenfragen völlig losgelöst ist!

Wenn Sie dann hier sagen, die Hoheitsfrage müsse unterhalb der Hoheitsfrage gelöst werden, ist das ein Widerspruch in sich. Unterhalb der Hoheitsfrage gibt es keine Hoheit, also können Sie unterhalb der Hoheitsfrage auch keine Hoheitsfrage lösen, weil dann die Hoheitsfrage vom Tisch ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. G ü n t h n e r [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich konstatiere ja durchaus, und ich weiß mich mit dem einen oder anderen in Ihrer Fraktion gemein, die an dem Tag, als Herr Grotheer in der Zeitung stand, logischerweise der Auffassung waren, dass es im Leben so ist: Wer die Nase als Erster hinaus hält, der bekommt als Erster eines darauf. Das war nun einmal einer der Ihren, und nun werfen Sie uns nicht vor, dass das nicht einer von uns war. – Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Senator Hattig.

**Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn mich meine vor der Pisa-Studie erworbenen Schulkenntnisse nicht völlig verlassen, dann kennen wir die Meereseenge bei Messina aus den Irrfahrten der Odyssee. Diese Meereseenge ist eng, tief und wird durch Fallwinde gefährlich, und die Sirenen schmeicheln dem Ohr so, dass man die Gefahren übersieht. Das habe ich mir gerade während der ganzen Debatte überlegt,

(Heiterkeit und Beifall)

um mich zu fragen: Wie trenne ich Emotionen von der Sache? Das könnte man auch ganz einfach ausdrücken, worum ich mich ja immer bemühe, jedenfalls meistens: Ungekochte Eier haben dünne Schalen!

Lieber Herr Schramm, um Ihre Bildsprache noch etwas zu erweitern, Sie sprachen von kleinkarierten Kolonialverhältnissen! Ich möchte Ihnen sagen: Alle ehemaligen Kolonialherren haben heute nur noch Ärger mit den Kolonien.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Solcherart eingestimmt bin ich nun gefordert, mich der Sache zuzuwenden, um dabei die Emotionen tun-

lichst zu vermeiden, siehe rohe Eier! Zunächst zwei generelle Bemerkungen, die aber meiner Meinung nach durchaus in dem Kontext notwendig sind: Der Senator für Wirtschaft und Häfen, gleich welcher Kategorie und welchen Parteibuches, hat die Aufgabe, in einem scharfen Wettbewerbsumfeld dafür zu sorgen, dass die bremischen Häfen wettbewerbsfähig sind, möglichst noch ein Stück weiter als der gegebene Wettbewerb. Das alles muss er unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten prüfen und tun. Das ist die erste Feststellung.

Die zweite Feststellung ist: Wenn man darüber hinaus glaubt, ordnungspolitische beziehungsweise hoheitliche Aspekte zu finden, oder meint, sie suchen zu müssen, so sind diese, so gefunden, ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten zu prüfen. Dabei gelten, auch das versuche ich zu vereinfachen, folgende Kriterien: Flexibilität und Leistungsfähigkeit an den Kajen, daraus resultierende Akzeptanz vor allen Dingen bei den Großkunden und die konsequente Umsetzung erfolgreicher Investitionen in die Hafeninfrastuktur- und die Hafensuprastruktur. Soweit einmal zum Grundsätzlichen!

Wenn wir uns dann, Herr Schramm, Sie haben die Historie auch bemüht, mit selbiger beschäftigen, so kann man feststellen, dass es nach der Gemeinde-reform, die Sie erwähnt haben, den Grundsatz gibt, dass hafenbezogenes Gelände der Stadt Bremen und stadtbezogenes Gelände der Stadt Bremerhaven zugeordnet werden soll. So sind wir beim CT II, beim CT III, beim Carl-Schurz-Gelände und jetzt beim CT IV verfahren.

Mit dieser Praxis ist sichergestellt worden, dass sich in Bremerhaven zum Beispiel die Containerterminals CT II und CT III am Markt entwickelt haben, wir ein weltweit erfolgreiches Hafenkompodium anbieten und in der Seestadt, das bitte ich aufzunehmen, 25 Prozent aller Arbeitsplätze direkt vom Hafenumschlag und von der Seegüterlogistik abhängig sind. Im Gegenzug hat man dann unentgeltlich Grundstücke im Umfeld Alter Hafen auf das Eigentum der Seestadt Bremerhaven übertragen. Das ist, wie gesagt, beispielhaft.

Wenn man das zusammenfasst, kann festgestellt werden, dass in der Vergangenheit Hoheitsrechte bei der Hafenentwicklung wechselseitig zu Gunsten Bremens und bei der städtebaulichen Entwicklung Bremerhavens zu Gunsten Bremerhavens angepasst wurden. Ebenso ist festzuhalten, dass aus den unterschiedlichen Hoheitsrechten und damit verbundenen pragmatischen Anpassungen, lassen Sie es mich so ausdrücken, bisher keine Behinderungen der jeweiligen Entwicklung festzustellen sind. Daraus meine Schlussfolgerung: Eine Selbstzweckdebatte bringt in der Sache nichts!

Gestatten Sie mir auch den Hinweis, dass den Kunden die hoheitliche Zuordnung ohnehin völlig egal ist! Beispiel: Maersk Sealand, die größte Con-

(C)

(D)

(A) tainerreederei und wichtigster Kunde des Wilhelm-Kaisen-Terminals, schickt die größten Containerschiffe der Welt nur aus zwei Gründen nach Bremerhaven: erstens, weil die Schiffe dort schnell, wirtschaftlich und professionell abgefertigt werden und zweitens, weil die wachsende Containerfracht via Bremerhaven zügig in Europa verteilt beziehungsweise nach Übersee verschifft werden kann.

Es ist die Frage, was es den Häfen nutzt, aber nicht, was es den Emotionen nutzt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gilt dann aber auch für Bremen und das Umland!)

Dies vorausgeschickt: Es ist für eine einheitliche Hafenpolitik im Land Bremen gleichwohl nützlich, die leistungsfähigen und kongruenten Handlungsstrukturen für die Häfen ständig weiterzuentwickeln. Das erfordert schon der intensive Wettbewerb. Mit der Gründung der privatrechtlich organisierten BremenPorts Management und Services GmbH und Co. KG hat der Senat bereits bei den Hafenverwaltungen, ich sage es einmal so, alte Zöpfe abgeschnitten. Die Ziele sind klar definiert: Hin zu mehr Flexibilität, zu verbesserter Wirtschaftlichkeit, zu einer größeren Kundennähe! Ein Welthafen braucht moderne Managementinstrumente, mit BremenPorts haben wir dafür eine erste Voraussetzung geschaffen. Diese Strukturen gilt es weiter zu schärfen und zu verbessern.

(B) Der Senat hat sich deshalb in seiner Sitzung am 12. Februar dieses Jahres intensiv mit der Fragestellung auseinandergesetzt, welche weiteren Weichenstellungen erforderlich sind, um die einheitlichen Handlungsstrukturen für die Hafengruppe Bremen/Bremerhaven zu optimieren und die Kooperation der Gebietskörperschaften untereinander zu verbessern. Gibt es weiteren Handlungsbedarf für eine einheitliche Hafenpolitik, und wie ist dieser gegebenenfalls zu konkretisieren? Dazu hat der Senat eine Arbeitsgruppe beauftragt,

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Genau!)

die folgende Zielsetzung hat: Erstens, die Aufgabenstellung für BremenPorts ist für eine umfassende Hafenplanung und Hafenverwaltung gegebenenfalls zu erweitern, zweitens, es ist zu prüfen, inwieweit BremenPorts zur Finanzierung von Hafeninfrastrukturinvestitionen zukünftig einen Beitrag leisten kann, indem Hafenflächen als Sondervermögen aktiviert werden. In diesem Zusammenhang, aber nur in diesem, sind auch die Finanzbeziehungen zwischen der Seestadt Bremerhaven und Bremen einzubeziehen einschließlich des kommunalen Finanzausgleichs.

(C) Es sollen drittens die Instrumente für eine abgestimmte und so einheitliche Ausübung der Hoheitsrechte in verbindlicher Kooperation zwischen dem Land und den beiden Kommunen verbessert werden. Der Senat wird spätestens im August dieses Jahres zu den hier dargestellten Fragen den Bericht der Arbeitsgruppe diskutieren und gegebenenfalls zusätzliche Vorschläge unterbreiten.

Lassen Sie mich deshalb heute nur kurz Folgendes feststellen! Erstens, die Vergangenheit hat gezeigt, dass der gegebene Zustand keine Behinderung der dynamischen Entwicklung der bremischen Häfen, insbesondere in Bremerhaven, dargestellt hat. Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Richtig!)

Mit ihren zielgerichteten Investitionen in Kajen- und Schleusenprojekte hat die Freie Hansestadt Bremen das Vertrauen der Reeder und Verloader in unsere Häfen deutlich gestärkt. Wir haben den Containerterminal III in Betrieb genommen, den CT III a auf den Weg gebracht, die Planungen für CT IV aufgenommen, die Fischereihafendoppelschleuse erweitert und saniert, und die Planungen für die Kaiserschleuse sind angeschoben. Das ist eine, wie ich meine, konsequente und am Bedarf orientierte Hafenpolitik, die untrennbar mit den Sanierungsanstrengungen der großen Koalition verbunden ist.

(D) Wenn hier die Beziehungen – wie war der Ausdruck, man hat sie gern an der Seite – mit der Handelskammer bemüht werden, so erlaube ich mir den Hinweis, dass wir uns um wechselseitige Einsicht bemühen. Es gibt keine Abhängigkeiten besonderer Art. Die Handelskammer ist so unabhängig wie der Senator, der hier steht. Die Probleme und ihre Einsicht verbinden uns, und ich kann erfreulich feststellen, dass wir ein hohes Maß an so gewonnener Übereinstimmung haben.

Zweitens, die Debatte um die Hoheitsfrage bedarf einer kühlen und sachlich ökonomischen Betrachtung. Für den Erfolg unserer Häfen spielt die Hoheitsfrage ohnehin keine wesentliche Rolle. Alle Maßnahmen müssen weiterhin zu einer international hervorragenden Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen führen. Eine Diskussion, ich wiederhole es, der Hoheitsfrage um ihrer selbst willen macht keinen Sinn, sie ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Bau von CT IV unternimmt Bremen erhebliche Anstrengungen, um die Wirtschafts- und Finanzkraft Bremerhavens zu stärken. Bei einer Investitionssumme von rund 450 Millionen Euro ist die jetzige Diskussion unbedingt so zu konzentrieren: Wie kommen wir zu einer schnelleren und unbürokratischen Realisierung dieser Großinvestitionen in Kooperation zwischen Bremen und Bremerhaven,

- (A) und mit welchen Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass diese Großinvestition wie in der Vergangenheit eine Erfolgsbedingung der weiteren Hafenentwicklung wird? Wie stärken wir die breimischen Häfen, und wie fördern wir dazu unsere Zusammenarbeit? Damit beschäftigt sich die Arbeitsgruppe. Das Ziel war, das Ziel ist und das Ziel bleibt eine einheitliche und erfolgreiche Hafenpolitik, und dafür stehe ich. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1036 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg.  
T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

- (B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur**

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### **Häusliche Krankenpflege**

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002  
(Drucksache 15/1041)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Krankenkassenbeiträge bleiben stabil, die Leistungen für die Versicherten werden verbessert, so sprach es im Wahlkampf 1998 der jetzige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Inzwischen sind die Krankenkassenbeiträge zum 1. Januar dieses Jahres deutlich angestiegen, und die Leistungen für die kranken Menschen wurden drastisch gekürzt. Festzustellen ist, die Gesundheitsreform der Bundesregierung ist gescheitert!

Am Beispiel der häuslichen Krankenpflege, meine Damen und Herren, sind die erheblichen Verschlechterungen für die Kranken deutlich nachzuweisen, und dies wird im Bericht des Senats auch ungeschminkt dargestellt. Die Defizite sind wie folgt zusammenzufassen: Patienten, die nach der Krankenhausentlassung Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung benötigen, müssen dies jetzt selbst bezahlen. Älteren Patienten, bei denen aufgrund von Vorerkrankungen und der altersgemäßen verlängerten Erholungsphase die Verweildauer in der Klinik nicht oder nur marginal verkürzt werden kann, werden Leistungen der Grundpflege nicht mehr gewährt. Für die Medikamentenvergabe, für Verbandswechsel und Blutdrucküberwachung verweigern sich die Kassen mit dem Hinweis auf Angehörige. Dabei bleibt völlig unberücksichtigt, dass selbst bei entsprechender Anleitung die Interpretation der Daten und die Wundbeobachtung keine Laientätigkeit darstellen, sondern selbstverständlich von ausgebildeten Pflegekräften übernommen werden müssen.

Psychisch Kranke und die spezifischen Alterserkrankungen wie Demenz sowie die geriatrischen Krankheitsbilder sind ohne häusliche Versorgung, meine Damen und Herren, und wenn die Patienten dann noch die geriatrische Tagesklinik besuchen können, für die wir alle hier im Parlament gemeinsam eingetreten sind, dann gibt es im häuslichen Bereich schon gar keine Hilfe mehr, eine Situation, meine Damen und Herren, die so nicht akzeptiert werden kann, vor allem vor dem Hintergrund, dass durch die Einführung der Fallpauschalen im stationären Bereich eine weitere Verschlechterung in der häuslichen Krankenpflege eintreten wird. Auch dies führt der Senat in seinem Bericht aus.

(C)

(D)

(A) Die CDU-Fraktion teilt die Einschätzung des Senats. Wir haben deshalb auch einen Antrag an unseren Koalitionspartner gegeben, der den Senat auffordert, über den Bundesrat initiativ zu werden, damit die Situation in der häuslichen Krankenpflege verbessert werden kann. Diesen Antrag hat die SPD nicht unterstützt, so dass die Situation weiterhin so unbefriedigend bleiben muss, wie sie sich zurzeit leider darstellt. Hier stützt die SPD anscheinend die Position der Bundesregierung, die sich ebenfalls jeder Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweigert hat, so im November 2001, nachdem die CDU-Bundestagsfraktion beantragt hatte, eine Schiedsstelle zur häuslichen Krankenpflege einzurichten. Die rotgrüne Mehrheit hat dies zu Lasten der Pflegebedürftigen leider abgelehnt.

Genauso ging es der Initiative zur Gesetzesänderung im September 2001. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das Problem deutlich beschrieben. Es gibt und gab den Versuch der Krankenkassen, in den Vergütungsverhandlungen auf Länderebene den ambulanten Pflegediensten Dumpingpreise für ihre Leistungen aufzuzwingen, die die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Betriebe bedrohen und eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten in der häuslichen Krankenpflege unmöglich machen. Auch diese Initiative hat Rotgrün im Bundestag abgelehnt. Die Dumpingpreise sind jetzt da, die ersten Verbände sind leider aus den Tarifverträgen ausgestiegen, die schwere Arbeit der Pflegekräfte wird so zum tariffreien Raum. Da mutet die Initiative der Bundesregierung, Pflegekräfte über eine Greencard-Regelung ins Land zu holen, wirklich zynisch an.

(B) Meine Damen und Herren, die Öffnung des Anwerbestopps löst nicht die Probleme im Bereich der häuslichen Pflege. Auch diese Frauen unterliegen, und das ist gut so, genau wie die bundesdeutschen Pflegekräfte arbeitsrechtlichen und sozialversicherungspflichtigen Bedingungen. Das bedeutet, diese Kräfte sind, gleiche Qualifikationen natürlich unterstellt, genauso zu bezahlen wie die deutschen Pflegekräfte, daran halten wir als CDU-Fraktion unabdingbar fest.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund allerdings, meine Damen und Herren, dass 4,3 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Arbeit sind, ist dies fast eine absurde Situation. Die CDU-Fraktion wird diesen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Problem gibt es bei der häuslichen Krankenpflege für Kinder. Seit Monaten laufen die Eltern der kranken und pflegebedürftigen Kinder Sturm, weil die Versorgung ihrer schwerkranken Kinder mit einem Katheter nicht mehr gesichert ist. In der Anhörung im Bun-

destag zu diesem Thema hat Frau Staatssekretärin Schach-Walch zugesichert, dass auf Fachebene Überlegungen angestellt werden, wie die unerträgliche Lage der betroffenen Eltern und deren Kinder umgehend verbessert wird. Das, meine Damen und Herren, war am 7. November des vergangenen Jahres, passiert ist bis zum heutigen Tag leider nichts.

(C)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz noch einmal die Situation der Pflegekräfte skizzieren! Erstens, in diesem Beruf sind zu 85 Prozent Frauen tätig, zweitens, die Arbeit der Pflegekräfte ist zunehmend unbefriedigend, weil viele der Hilfen, die für die Kranken im häuslichen Bereich so dringend erforderlich sind, nicht mehr erbracht werden dürfen. Die Kosten werden nicht erstattet, und eine erbrachte Leistung ohne Kostenerstattung gefährdet den eigenen Arbeitsplatz der pflegenden Frauen. Drittens, durch die ständige Überforderungssituation der Pflegekräfte ist inzwischen eine Krankenstandsquote von 25 Prozent zu verzeichnen, die zu neuen gefährlichen Engpässen in der Versorgung Kranker beiträgt.

Wir, die CDU-Fraktion, werden dies deutlich benennen, und wir, die CDU-Fraktion, fordern Abhilfe. Die SPD-Kollegin Frau Arnold-Cramer hat in der Debatte am 30. August hier im Hause ausgeführt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Was ich nicht verstehen kann, ist, dass Leistungen nicht verordnet werden, die durch eine im Haushalt des Patienten lebende Person, die die Pflege im erforderlichen Umfang selbst durchführen kann, erbracht werden. Das bedeutet für viele Frauen und Mütter, die die Leistungen in der Regel erbringen, dass sie zusätzlich belastet werden. Diese Belastungsgrenze für die pflegenden Angehörigen ist schon lange überschritten, und eine weitere Belastung ist für mich nicht mehr zumutbar.“

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie haben übrigens Recht, Frau Arnold-Cramer, wir teilen das als CDU-Fraktion. Umso unverständlicher bleibt die Verweigerung für den gemeinsamen Antrag nach einer Initiative des Senats in der Länderkammer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können zwar die Zustimmung zum Antrag verweigern, das ist Ihr gutes Recht, doch Sie müssen es den kranken Menschen erklären, warum die SPD bekannte und im Senatsbericht offen ausgedrückte Missstände bestehen lassen will! Die CDU-Fraktion wird sich an diesem Doppelspiel nicht und zu keiner Zeit beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Verkürzung der Liegezeiten im Krankenhaus will, und das wollen wir alle, wer ambulante Systeme vorrangig, zu-

(A) mindest aber gleichrangig in den ambulanten Bereich verlagern möchte, der muss die Mittel aus dem stationären Bereich in den ambulanten Bereich verlagern. Dies ist das erklärte Ziel und der erklärte Weg der CDU-Fraktion. Nur so können wir auf Dauer sicherstellen, dass kranke Menschen medizinisch und pflegerisch qualitativ hochwertig versorgt werden, denn die vorrangige Aufgabe unseres Gesundheitswesens ist es nämlich immer noch, Leben zu retten, Krankheit zu heilen, Leiden zu lindern und Sterbenden zu helfen. Es ist Zeit, die Bundesregierung an dieser Stelle heute daran zu erinnern.

(Zuruf der Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD])

Sie können sich ja gleich melden, Frau Hammerström, ich mache noch eine zweite Runde!

Ich schließe versöhnlich, meine Damen und Herren, mit einem Zitat unseres Bundeskanzlers Gerhard Schröder aus seiner Rede am 4. Februar auf dem deutschen Industrie- und Handelskongress zum Thema Standort Deutschland, Zitat: „Wenn wir es nicht schaffen, die eigenen Leute zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen, dann werden wir jede Legitimation für Einwanderung verlieren.“ Der Mann hat Recht. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident Weber:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, auf die Defizite in der häuslichen Krankenpflege einzugehen, aber auch auf Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die wir hier im Land Bremen geben können, um Problemen wirksam entgegenzutreten zu können.

Häusliche Krankenpflege ist ein nicht unwichtiger Teilbereich der ambulanten Versorgung. Von daher kann ich mich nicht nur auf die Mitteilung des Senats zur häuslichen Krankenpflege beziehen, sondern ich muss auch die Vorlage über die Situation in der ambulanten Pflege, die in der letzten Sitzung der Deputation für Arbeit und Gesundheit beraten wurde, einbeziehen.

Unsere gemeinsame Zielvorstellung ist absolut, die ambulante Versorgung auszubauen und zu verbessern. Dazu gehört natürlich auch die ambulante Krankenpflege. Das ist ein wichtiger Teil der Versorgungsstruktur. Dieser Zusammenhang muss benannt werden, da wir hier fachlich korrekt, denke ich, diskutieren wollen.

Alle Gesundheitspolitikerinnen und Gesundheitspolitiker wissen, dass es besonders an den Übergän-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

gen und Schnittpunkten der verschiedenen Versorgungsbereiche zu Problemen und zu Defiziten kommt. Das abzustellen war ja auch das Ziel der Gesundheitsreform 2000, und zwar die Bereiche ambulant und stationär besser miteinander zu verzahnen. Die gesetzlichen Regelungen dafür sind geschaffen, doch in der Umsetzung hapert es noch gewaltig, da gebe ich Ihnen Recht, aber zum Teil liegt es auch an der Blockade der Organe der Selbstverwaltung.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Richtig!)

Die Diabetesversorgung ist dafür ein gutes Beispiel hier in Bremen. Wir haben es schon oft diskutiert: Beide sind nicht in der Lage, sie zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Gespräche sind leider immer noch nicht fruchtbar verlaufen.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass es reichlich Versorgungslücken gibt. Diese müssen hier benannt werden. Es muss dann auch auf Bundes- und auf Länderebene an der Schließung dieser Lücken gearbeitet werden. Nehmen wir hier einmal ein Beispiel von der Länderebene! Die Verordnung von häuslicher Krankenpflege ist nach den Richtlinien nur vom zuständigen Vertragsarzt auszustellen. Problem: Was passiert, wenn die Entlassung aus dem Krankenhaus an einem Wochenende erfolgt? Der Vertragsarzt ist in der Regel am Wochenende nicht erreichbar. Das ist eine Versorgungslücke!

Jetzt, meine Damen und Herren, ein gutes Beispiel zur Bearbeitung von Versorgungslücken: Abweichend von der Bundesrichtlinie wurde hier eine Regelung im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen und der Krankenhausgesellschaft Bremen getroffen. Ein entsprechendes Formular ist erarbeitet worden, das den Übergang von stationär zu ambulant regelt. Das ist, denke ich, ein gutes Beispiel aus Bremen, dem andere Bundesländer folgen könnten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch nicht alle Probleme sind so leicht zu lösen! So fehlt uns bis jetzt noch immer eine besondere Vereinbarung, die die Versorgung der Alkohol- und Demenzkranken nicht nur sichert, sondern auch verbessert, besonders unter dem Aspekt, dass mit einer Zunahme gerade dieser Patientengruppe zu rechnen ist. Hier ist der Schwerpunkt auf die Prophylaxe und auf die aktivierende Pflege zu legen, meine Damen und Herren. Eine zunehmende Pflegebedürftigkeit ist so zu verhindern, ebenso ansteigende Krankenhausaufenthalte.

(C)

(D)

(A) Diese Patientengruppe wird häufig in Krankenhäuser eingeliefert, weil Probleme mit der Nahrungsaufnahme auftreten. Oft ist ein starkes Flüssigkeitsdefizit die Ursache. Das führt bei älteren Menschen dann wieder zu Verwirrtheit, weiterhin landet eine große Anzahl dieser Patienten wieder im Krankenhaus, und dann beisst sich hier der Hund wieder in den Schwanz. Hier müssen Vereinbarungen zielgerichtet getroffen werden, besonders unter dem Aspekt der Prävention, der in den Vordergrund zu stellen ist.

Prophylaktische Maßnahmen sind angezeigt. Prophylaxen werden aber nicht gesondert im Leistungsverzeichnis ausgeführt. Auch da hat das Bundesministerium die Selbstorgane aufgefordert, dies zu regeln. Dieses Spiel wird immer wieder gespielt, indem gesagt wird, der Bund solle es regeln. Der Bund hat aber den beiden Erbringern die Aufgabe erteilt, das untereinander zu regeln, und da sind auch die Ansatzpunkte. Zum Beispiel werden Prophylaxen nur gewährt, wenn Grundpflege verordnet worden ist. Ich sehe da ein Problem, aber das müssen wir lösen, und ich denke, das können wir auch lösen. Oft entfallen daher leider die Prophylaxen.

Ich denke, wir müssten uns endlich einmal darauf konzentrieren, was zu tun ist. Deshalb halte ich den Vorschlag, der in der letzten Deputationssitzung vom Gesundheitsamt gemacht worden ist, einen runden Tisch einzurichten, für eine gute Idee. An diesem Tisch sollten die Pflegekasse, das Gesundheitsamt, Sozialhilfeträger sowie der Senator für Arbeit und Gesundheit teilnehmen. Die Probleme, die sich in der häuslichen Krankenpflege ergeben, könnten dann nicht nur erörtert, sondern auch ausgeräumt werden. Es können Initiativen angestoßen werden, die in die Gesundheitsministerkonferenz einfließen und von dort weiterbefördert werden. Wenn die Patienten dann noch ein Mitspracherecht an diesem runden Tisch bekämen, dann wäre dies für uns Grüne, und ich bin sicher, auch für Sie, eine gute Lösung.

Der runde Tisch könnte auch die Aspekte der Versorgungssituation der Pflegebedürftigen im Allgemeinen diskutieren und erfassen. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen halten diesen Ansatz für absolut richtig, meine Damen und Herren.

Die Versorgungsdefizite und Probleme in der häuslichen Krankenpflege liegen aber nicht allein an den Richtlinien der Verordnung häuslicher Krankenpflege, die vom Bundesausschuss der Ärzte und der Krankenkassen beschlossen wurden, denn häusliche Krankenpflege wird auch von den Pflegekassen, dem Sozialamt und anderen finanziert. Deshalb sind auch die Probleme nicht mit einer einfachen Bundesratsinitiative vom Tisch zu wischen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau L e m k e -  
S c h u l t e [SPD]: So ist es!)

Wir wissen alle, dass die Leistungsverweigerung und die Verschiebung von Kosten in andere Bereiche, zum Beispiel von der GKV in die Pflegeversicherung, existieren. Wenn wir die Situation der häuslichen Krankenpflege verbessern wollen, dann ist es für uns Grüne nur sinnvoll, das Thema ganzheitlich anzugehen. Wir müssen ebenfalls dafür sorgen, dass eine gute ambulante Versorgungsstruktur vorhanden ist und dass eine integrative Versorgung aufgebaut wird, besonders unter dem Aspekt, dass sich die Liegezeiten in den Krankenhäusern verkürzen werden.

In der Zukunft gibt es ein weiteres Problem, nämlich den zunehmenden Pflegekräftemangel. In Bremerhaven ist ein Drittel der Ausbildungsplätze an den Krankenpflegeschulen nicht besetzt. Ich denke, das dürfen wir hier nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen uns Wege überlegen, um diese Situation zu verbessern. Deshalb schlage ich Ihnen vor, lasse Sie uns das Thema häusliche Krankenpflege noch einmal unter den ganzen Aspekten, die wir hier aufgezeigt haben, in der Gesundheits- und Arbeitsdeputation beraten! Ich denke, dann können wir auch für Bremen hier wichtige Schritte tun, um Versorgungslücken zu schließen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verweildauer der Patientinnen und Patienten in den Kliniken ist in den letzten Jahren Gott sei Dank kontinuierlich gesunken. Das ist nicht nur aus Kostengründen sinnvoll. Wir alle wissen, dass die psychische Stabilität eines kranken Menschen ganz wesentlich seinen gesundheitlichen Fortschritt beeinflusst und dass das belastende Krankenhausklima, das nicht nur durch das Pflegepersonal und die Ärzte zu verantworten ist, auf Dauer eher belastet als heilt. Für uns Sozialdemokraten gilt daher uneingeschränkt der Grundsatz ambulant vor stationär.

(Beifall bei der SPD)

Es muss also das erste Ziel sein, die Patientinnen und Patienten, soweit medizinisch vertretbar, frühzeitig in Anschlussbehandlungen oder in die häusliche Pflege zu entlassen. Das setzt organisatorisch eine gut funktionierende Vernetzung des Sozialdienstes der Krankenhäuser mit den ambulanten Pflegediensten voraus. Es gab Befürchtungen, dass nach In-Kraft-Treten der Richtlinien über die Verordnung

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) von häuslicher Krankenpflege dieser reibungslose Übergang von stationärer Pflege in die ambulante Pflege beeinträchtigt werden könnte, denn laut Bundesrichtlinie sind allein Vertragsärzte für die Ausstellung der Verordnungen für die häusliche Pflege zuständig.

Nach der Mitteilung des Senats ist bezüglich dieser Fragestellung im Einvernehmen zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und der Krankenhausgesellschaft in Bremen die aus meiner Sicht einzig richtige Lösung getroffen worden. Die von den Krankenhäusern ausgestellten Verordnungen auf häusliche Krankenpflege werden von den Krankenkassen in Bremen uneingeschränkt akzeptiert.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen weiteren, recht unkomplizierten Weg haben sich die Krankenkassen in Bremen bei der Genehmigung der häuslichen Krankenpflege geeinigt. Verschreibt ein Arzt einem Patienten die häusliche Pflege, so ist von dem Patienten davon auszugehen, dass diese unmittelbar erbracht werden kann. Bis zu einer endgültigen Genehmigung übernimmt die Krankenkasse alle bis zu diesem Zeitpunkt angefallenen Kosten. Diese Maßnahme trägt dazu bei, Vertrauen in die häusliche Krankenpflege zu erzeugen und einen gerade in der Anfangsphase der Richtlinien gegebenen verwaltungstechnischen Mehraufwand zu reduzieren.

(B)

Die neuen Richtlinien beinhalten zwei wichtige Ziele, zum einen ist es die Sicherung der Qualität und zum anderen die Wirtschaftlichkeit der Leistungsversorgung. Dass die Wirtschaftlichkeit der verordneten Maßnahmen einer Prüfung unterzogen werden muss, ist vor dem Hintergrund des Solidarprinzips der Krankenkassen, meine ich, selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD)

So bleibt es nicht aus, dass sich unter anderem bei der so genannten einfachen Behandlungspflege seit Einführung der Richtlinien die Genehmigungspraxis verändert hat. Im Bericht des Senats heißt es zu diesem Punkt, dass die Patienten selbst, die Angehörigen oder die Bezugsperson diese pflegerischen Maßnahmen durchzuführen haben. Es handelt sich hierbei zum Beispiel um die selbständige Blutzuckerkontrolle durch die Patientinnen und Patienten. Dadurch werden, und das ist an diesem Punkt sehr positiv zu bewerten, die Eigenständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit der Patienten für ihre eigene Gesundheitsversorgung gefördert, und das ist ein Punkt, den, denke ich, alle nur unterstützen können.

(Beifall bei der SPD)

Schlimm wäre es, wenn zum Beispiel Patientinnen und Patienten mit motorischen Einschränkun-

gen diese Leistung auch abverlangt würde. Im Bericht des Senats wird aber ausdrücklich erwähnt, dass in diesen Fällen die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen auf ärztliche Verordnung hin erfolgt. Diese Praxis hat sich, wie ich in verschiedenen Gesprächen feststellen konnte, bisher in Bremen auch recht gut bewährt.

(C)

Frau Dreyer ist schon auf meinen anderen Lieblingsspunkt eingegangen, nämlich auf die Unterstützung der im Haushalt lebenden Personen. Ich sehe das, was Frau Dreyer vor mir zitiert hat, klar, aber Frau Dreyer, die CDU hat immer den Gedanken der Unterstützung der Angehörigen als selbstverständlich, als das hohe Muss und Soll im Hintergrund gehabt. Das sehe ich ein bisschen anders als Sie, und da, denke ich, unterscheiden wir uns!

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt ist in der häuslichen Krankenpflege eine Diskussion über die Abgrenzung der einzelnen Leistungen untereinander und zur Pflegeversicherung ausgebrochen. Die Behandlungspflege ist ganz klar eine Leistung der Krankenkasse. Sie steht jedem bedürftigen Kranken auf ärztliche Verordnung zu. Die Leistungen der Grundpflege, und das ist das Widersinnige, kommen nur Patienten zugute, bei denen die Pflegebedürftigkeit nach der Voraussetzung der Pflegeversicherung festgestellt worden ist. Patientinnen und Patienten aber, die vorübergehend in der gleichen gesundheitlichen Situation sind wie die Patientinnen und Patienten mit anerkannter Pflegestufe, erhalten eine andere, nicht so umfangreiche Leistung bezahlt.

(D)

Der Qualitätsunterschied, und das will ich hier noch einmal kurz erläutern, weil es für viele doch ein recht unbekanntes Thema ist, stellt sich wie folgt dar: Die reine Behandlungspflege ist ausschließlich eine medizinische Leistung, um akute Krankheitszustände zu verbessern. Die Grundpflege beinhaltet demgegenüber zusätzlich vorbeugende, das heißt so genannte prophylaktische Maßnahmen. Das bedeutet, dass Hautrötungen rechtzeitig behandelt werden können, bevor sie sich zu einem Dekubitus entwickeln. Ähnliche Regelungslücken, das muss man hier feststellen, gibt es auch bei chronisch kranken Menschen.

Die Akzeptanz und der Erfolg der häuslichen Krankenpflege ist für die SPD-Fraktion ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel. So müssen die Krankenkassen sicherlich ihren Verhandlungspartnern einen in einzelnen Bereichen zu modifizierenden Maßnahmenkatalog vorlegen. Das geschieht nicht, wie Sie, Frau Dreyer, uns vormachen wollten, über einen Antrag, dem wir ja nicht beigetreten sind, sondern die Selbstverwaltungsorgane der beteiligten Kassen und Verbände haben dies zu regeln. Wir können mit unseren Diskussionen dazu beitragen, dass diese Gedanken in die richtigen Bahnen ge-

- (A) lenkt werden, aber wir haben uns da nicht einzumischen. Das müssen die Beteiligten gefälligst selbst untereinander regeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Grundsätzlich kann ich aber nur sagen, dass mit der Einführung der Rahmenrichtlinien die Qualität in der häuslichen Krankenpflege insgesamt verbessert wird.

Ein anderer Punkt, der sich aus der vermehrten Inanspruchnahme der häuslichen Pflege ergibt, muss hier doch noch angesprochen werden, und zwar der bessere Informationsaustausch und die Verzahnung aller Institutionen, ambulant wie stationär, die sich mit der häuslichen Pflege beschäftigen. Neue Angebotsstrukturen müssen von den Trägern der Pflegeleistung entwickelt werden. So ist die Kurzzeitpflege eine Einrichtung, in der Pflegebedürftige während des Urlaubs ihrer Angehörigen versorgt werden. Zunehmend finden aber auch Patienten dort Aufnahme, die nach einem Krankenhausaufenthalt aus verschiedenen Gründen noch nicht zu Hause leben können. Auch das Angebot von Tageskliniken findet eine gute Nachfrage.

- (B) Die Erfahrung zeigt, und das wird in der Antwort des Senats auch deutlich, dass alle Angebote auch speziell auf die zunehmenden Bedarfe und Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden müssen. Hier bestehen in der Tat noch Defizite.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Punkt kommen, den Frau Dreyer auch schon angesprochen hat, das ist die Arbeitsplatzsituation in den Pflegeberufen! In der Antragsbegründung, die wir eingebracht haben, steht, dass durch die Veränderung der häuslichen Krankenpflege Arbeitsplätze in den Sozialstationen oder aber auch bei den Pflegediensten gefährdet sind.

Meine Damen und Herren, diejenigen von Ihnen, die in der letzten Woche auf der großen Demenzveranstaltung im Bürgerhaus Neue Vahr gewesen sind, konnten dort die Information mitnehmen, und das sind auch genau meine eigenen Erfahrungen in diesem Bereich, dass die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen der Pflege das Angebot weit übersteigt und sie auch in Zukunft weiter zunehmen wird. Was sich aber arbeitsplatzgefährdend in diesem Dienstleistungssegment bemerkbar macht, sind, und das konnte auch von dieser Veranstaltung ganz klar mitgenommen werden, die geäußerten Klagen über die Unzuverlässigkeit und Unpünktlichkeit der Pflegedienste.

Wenn sich hier nicht die Qualität steigert, wird es auch den Patientinnen und Patienten schwer zu vermitteln sein, die häusliche Krankenpflege anstelle oder zur Verkürzung eines Krankenhausaufenthaltes zu wählen und zu akzeptieren. Wir wollen aber genau, dass die Pflege vom stationären auf den am-

- bulanten Bereich verlagert wird. Da haben wir noch viel zu tun. – Danke! (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, darf ich nun auf der Besuchertribüne die von mir bereits heute Morgen angekündigte Gruppe von Umschülern einer Maßnahme des Arbeiterbildungszentrums recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Hammerström, wir konnten ja bereits der Presse entnehmen, dass die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD die Meinung vertritt, dass der Gesetzgeber mit der häuslichen Krankenpflege nichts zu tun hätte. Ich dachte, es handele sich um einen Fehler der Presse, weil ich mir schlicht nicht vorstellen konnte, dass eine Abgeordnete nicht über die parlamentarischen Gepflogenheiten informiert ist. Frau Kollegin Hammerström, Ihre Zwischenrufe und natürlich auch die Ausführungen von Frau Arnold-Cramer bestätigen das aber leider hier im Haus. Ich bin Ihnen aber gern behilflich, damit sich diese Fehler nicht weiter verfestigen. (D)

Meine Damen und Herren, das Sozialgesetzbuch, in dem die häusliche Krankenpflege geregelt ist, ist ein Bundesgesetz, erlassen durch den Gesetzgeber, hier den Deutschen Bundestag. Wenn dieses Gesetz zu den bekannten und im Bericht noch einmal skizzierten Benachteiligungen für kranke Menschen führt – und das ist so, das hat der Senat in dieser Antwort noch einmal deutlich gemacht –, muss der Gesetzgeber nachbessern. Die Legislative in Berlin ist zum Handeln aufgefordert, und wir als CDU-Fraktion tun das hier an dieser Stelle heute noch einmal ganz deutlich.

Über die Länderkammer, also den Bundesrat, können gesetzliche Initiativen an die Bundesregierung und den Bundestag herangetragen werden. Die hessische Landesregierung macht das gerade zum Thema Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen, hier zum Schwerpunkt Demenzkranke. Bremen hätte sich zum Thema häusliche Krankenpflege hier sehr gut einbringen können oder auch eine eigene Initiative zur Verbesserung der Situation auf den Weg bringen können. Soviel zum Verfahren, Frau Hammerström und Frau Arnold-Cramer!

Sie versuchen hier ja, die Verantwortung auf den Bundesausschuss der Kassen und der Ärzte zu verschieben. Sie gestalten aber nur die Richtlinien nach einem geltenden Gesetz. Wenn das Gesetz lücken-

(A) haft ist, dann sind eben auch die Richtlinien lückenhaft, meine Damen und Herren. So einfach ist der Zusammenhang!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Bei Ihnen, bei uns nicht!)

Melden Sie sich doch einfach!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anstatt die seit langem geäußerte Kritik der Verbände und großer Teile der Ärzteschaft zu berücksichtigen, hat das Bundesgesundheitsministerium der Regierung Schröder die Richtlinien des Bundesausschusses im Frühjahr 2000 genehmigt, denn das Verfahren ist so, dass die Richtlinien durch das Bundesministerium genehmigt werden müssen. Dadurch ist nicht die patientenfreundliche und kostensparende häusliche Krankenpflege gefördert worden, denn das war ja das Versprechen, vielmehr hat die Bundesregierung billigend in Kauf genommen, dass bestimmte Leistungen nicht mehr erbracht werden können. Die jetzige restriktive und bürokratische Handhabung der Richtlinie und die Reduzierung der verordnungsfähigen Leistungen ist eine kurzfristige Maßnahme, die ausschließlich den Pflegebedürftigen schadet.

Die Verantwortlichkeit ist klar, die Bundesregierung muss handeln, und dazu fordere ich sie hier noch einmal auf. Lassen Sie also, meine Damen und Herren von der SPD, aber bitte auch von den Grünen, das Werfen von Nebelkerzen, und investieren Sie Ihre Energie bitte in eine bessere Versorgung der Kranken, die die Hilfe dringend brauchen!

(B)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]:  
Gleichfalls!)

Nun, meine Damen und Herren, flüchten sich die SPD und auch die Grünen in die Behauptung, dass die Pflegeverbände Verträge unterzeichnet hätten. Das ist nun wirklich unwahr, oder Sie sind nicht informiert, Frau Hoch! Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, der privaten Pflegeverbände BDA, VDAB und BAD haben gestern das Scheitern der Verhandlungen in einer gemeinsamen Presseerklärung erklärt. Das ist im Internet nachzulesen und abzufordern.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Koalition bekommt ja auch keine gemeinsame Presseerklärung hin!)

Da die Defizite der Richtlinien nicht mit der Bundesrahmenempfehlung beseitigt werden können, haben die Pflegeverbände, die ich eben noch einmal aufgezählt habe, den Gesetzgeber – und jetzt bitte genau aufpassen, das ist der Deutsche Bundestag – zum Handeln aufgefordert.

Sie sehen, meine Damen und Herren, ruhige Hand und runde Tische allein lösen dieses Problem wahr-

lich nicht. Ich denke, wir können dieses Thema noch einmal, Frau Hoch hat es vorgeschlagen, in der Deputation für Arbeit und Gesundheit aufrufen. Ich denke aber auch, wenn Missverständnisse bei den Koalitionspartnern zu dem Antrag der CDU geführt haben, dann werden wir Ihnen den Antrag gern noch einmal zuleiten. Wir haben das Verfahren jetzt ja miteinander geklärt. Wir werden das Thema einmal noch in der Deputation für Gesundheit behandeln, diese Anregung nehme ich sehr gern auf, Frau Hoch, und ich denke, wir werden auch noch zu einem gemeinsamen Antrag kommen. Das ist jedenfalls meine Hoffnung, und das ist wohl auch die Hoffnung der Kranken, die der Pflege so dringend bedürfen. – Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war nicht unbedingt die Woche der Presseerklärungen der CDU. Herr Eckhoff fing in der Woche an und hat in einer Stellungnahme der Verbraucherzentrale zum Thema BSE gefordert, die BSE-Tests müssten nun unbedingt privatisiert werden. Was haben wir nun davon? Jetzt haben wir sie privatisiert, sie sind aber weder kostengünstiger noch effektiver geworden.

(D)

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau D r e y -  
e r [CDU]: Ja, weil der Senat die Kontrolle nicht ausübt!)

Das war nicht die Kontrolle, Frau Kollegin, das wissen Sie auch ganz genau! Sie haben ja auch in der letzten Deputationssitzung verhindert, dass wir noch ausführlich über dieses Thema sprechen konnten, weil es Ihnen nicht so ganz in den Kram passte. Das nur einmal dazu!

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Frau Hammerström, Sie sollten bei der Wahrheit bleiben!)

Herr Eckhoff ist leider nicht da! Die BSE-Kontrollen sind nun nicht staatlich, nicht effektiv und auch nicht kostengünstig gewesen, weil wir wahrscheinlich noch etliches zurückzahlen müssen. Dann kommt die Presseerklärung von Ihnen, Frau Kollegin. Wer 16 Jahre lang in der Bundesregierung die Probleme im Gesundheitswesen nicht voreinander bekommt, sollte sich schämen, solche Presseerklärungen in die Welt zu setzen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(A) Warum kämpfen Sie eigentlich nicht mit offenem Visier? Sie waren doch gerade beim VDAK, da hat man Ihnen doch auch gesagt, dass das, was Sie hier fordern, nicht die Aufgabe der Politik ist, sondern der Selbstverwaltungsorgane, des Bundesausschusses, der Ärzte und der Krankenkassen. Ich kümmere mich gern gesundheitspolitisch um ganz viele Dinge, aber gerade von dieser Seite kam immer wieder: Lassen Sie das in der Selbstverwaltung, was in die Selbstverwaltung gehört!

(Beifall bei der SPD)

Nun richten wir uns danach, und es ist auch wieder nicht richtig. Wir können uns darüber aber gern noch einmal in der Deputation austauschen.

Wir sollten die Defizite, die in diesem Bericht angesprochen sind, aber auch ernst nehmen. Die SPD-Fraktion hat es getan. Ich erinnere daran: Der Bericht zur ambulanten Pflege, der in der letzten Deputations Sitzung vorgelegt worden ist, war Ausfluss des Frauengesundheitsberichtes. Ich habe diesen Bericht für die SPD-Fraktion angefordert, weil ich fand, dass es gerade bei den ambulanten Pflegediensten und in der Pflege Defizite gibt. Sie haben in der Deputation weder zum Frauengesundheitsbericht noch zu den Themen, die im Bericht aufgeführt worden sind, auch nur ein Wort gesagt. Im Gegenteil, Sie haben sogar für die CDU-Fraktion geäußert, mit dem Frauengesundheitsbericht hätten Sie sich leider noch nicht auseinander gesetzt.

(B)

Der Frauengesundheitsbericht hat einen sehr großen Teil, in dem es genau um die ambulante häusliche Pflege geht.

(Beifall bei der SPD)

In dem Teil geht es um die mithelfenden Familienangehörigen, es geht um die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten, die lediglich 26 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegediensten ausmachen. Nein, pardon, das ist der Bericht der ambulanten Pflege, den ich angefordert habe. Der recht hohe Anteil von Nichtvollzeitkräften in den ambulanten Pflegediensten führt doch zwangsläufig auch zu der Misere, die wir haben. Wir sollten uns einmal darüber austauschen, warum es so wenig Vollzeitkräfte sind. Sie selbst haben es aber auch hier angesprochen.

Die Fachkraftquote ist unheimlich niedrig. Je niedriger die Fachkraftquote in einem Pflegedienst ist, desto eher können sich Qualitätsmängel einstellen. Wer hat denn dafür gesorgt, dass jetzt ein Qualitätssiegel für die ambulanten Pflegedienste hergestellt wird? Wir sind froh, dass die Bundesregierung durchgesetzt hat, dass sich ab dem 1. Januar 2004 nach dem dann gültigen Pflegequalitätssicherungsgesetz alle Anbieter prüfen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Hintergrund der Debatte, die wir momentan führen. Es geht Ihnen nicht um das, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben. Es geht auch den Pflegeverbänden teilweise darum, dass ihnen so ein bisschen die Felle wegschwimmen. Warum haben wir denn teilweise schwarze Schafe dabei? Insofern bin ich heilfroh, dass die rotgrüne Bundesregierung oder Bundeskanzler Schröder, den Sie hier auch immer so gern erwähnen, dafür gesorgt haben, dass ab dem 1. Januar 2004 das Pflegequalitätssicherungsgesetz in Kraft tritt.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte Ihre Presseerklärung noch verstanden, wenn Sie auf die Missstände in Bremerhaven hingewiesen hätten. Die Stadt Bremen hat uns für den ambulanten Pflegebereich hervorragendes Datenmaterial geliefert. Wenn Sie jetzt gesagt hätten, also das, was Bremerhaven uns da geliefert hat, ist kritikwürdig, dann hätte ich das gut verstanden.

Die SPD-Fraktion muss sich, glaube ich, nicht vorwerfen lassen, dass sie sich nicht mit diesem Thema beschäftigt. Ich finde, die Fragen, ob ein Patient bei Dekubitus medizinische Behandlungspflege oder Grundpflege erhält, interessieren, glaube ich, hier nicht, sie gehören in die Deputation. Wir sollten solche Fachfragen dort abarbeiten.

Frau Kollegin, ich muss Ihnen aber vorwerfen, dass ich dort von Ihnen inhaltlich zu Ihren Forderungen, die Sie hier stellen, absolut nichts höre. Ich finde, mit dieser Presseerklärung haben Sie sich und uns überhaupt keinen guten Dienst erwiesen. Ich weiß auch, dass Ihre eigenen Kollegen mit diesem Rundumschlag, den Sie gemacht haben, nicht so ganz zufrieden waren. – Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal gemeldet, weil Frau Hammerström hier die Behauptung aufgestellt hat, die CDU-Fraktion hätte zum Thema BSE die Debatte in der Deputation verhindert.

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:  
Das habe ich doch überhaupt nicht gesagt!)

Das ist falsch, meine Damen und Herren! Wir haben im Gegenteil einen Bericht der Verwaltung über BSE, über die Kontrollmöglichkeiten und über die Kontrollfunktionen zu den staatlichen Untersuchungs-

(A) einrichtungen wie auch zu den privaten Labors erbeten. Dies ist uns auch zugesichert worden.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Habe ich doch gesagt! – Vizepräsident  
R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Frau Hammerström, noch einmal zur Klarstellung: Sie haben über Frauengesundheitsberichte, schwarze Schafe und so weiter viel gesagt. Es hörte sich alles nicht so richtig überzeugend an. Ich hätte mir nämlich gewünscht, Sie hätten nun einmal sehr konkret gesagt, wie Sie die missliche Situation der Kranken im häuslichen Bereich verbessern wollen. Der Senat hat dazu Stellung bezogen und es noch einmal deutlich ausgedrückt. Ich habe von Ihnen leider keine Vorschläge gehört, ich bedauere das sehr. – Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, Ihnen sehr aufmerksam in dieser Debatte zuzuhören und habe eigentlich nicht so richtig verstehen können, worum Sie eigentlich auch mit dem Senat streiten. Frau Dreyer, ich glaube, um das in großer Deutlichkeit zu sagen, und dies ist auch von den anderen Fraktionen so gesagt, aufgewiesen und auch nicht bestritten worden, dass an dieser Scharnierstelle zwischen den auf der einen Seite sich verkürzenden Krankenhausaufenthalten und auf der anderen Seite der häuslichen Pflege an vielen Stellen noch Lücken sind, dass diese verschiedenen Schrauben, an denen man dreht, immer dazu führen, dass, wenn ich an der einen drehe, sich dann an der anderen Stelle auch etwas bewegt und dass an dieser Stelle noch Defizite vorhanden sind.

Diese Defizite sind ja auch im Bericht des Senats an Sie aufgrund Ihrer Fragestellung überaus deutlich vorgetragen und auch nicht geleugnet worden. Jetzt haben Sie es sozusagen aufgehängt, und ich spüre so ein bisschen, dass es eigentlich darum ging, die rotgrüne Bundesregierung zu kritisieren.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Da wäre ich einmal vorsichtig, was Sie sagen, Frau Senatorin!)

Ich habe Ihre einleitenden Sätze so verstanden! Sie sagten, die Gesundheitsreform der Bundesregierung sei gescheitert.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Das ist leider so! Fakten sind Fakten!)

Ich kann mich nur Frau Hammerström anschließen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussion mit dem Kollegen Seehofer, der auch recht zweifelt war, eine Gesundheitsreform durchführen zu müssen, und der es in seiner Zeit nicht geschafft hat. Insofern, denke ich, wäre es doch gut und klug anzuerkennen, dass sich diese Bundesregierung in der Tat massiv dafür eingesetzt hat, im Gesundheitsbereich zu Reformen zu kommen, die sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten zum Wohle der Bürger angestrebt werden.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Der Erfolg hat sich leider nicht eingestellt!)

Dass es ohne Zweifel, Frau Dreyer, an dieser Stelle noch sehr viele Ecken gibt, die noch nicht rund sind, wird niemand bestreiten können, aber ich denke, dass diese Bundesregierung immer davon geleitet war, nicht Patienten unterschiedlicher Klassen zu schaffen, also nicht über Wahl- und Regelleistungen zu diskutieren. Das ist zum Beispiel eine Zielvorstellung, die mir außerordentlich am Herzen liegt und die ich hier noch einmal unterstreichen kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich habe es so begriffen, und, Frau Hoch, da nehme ich Ihre Anregung sehr gern auf, dass man sich, glaube ich, irrt, wenn man dieses Problem nur einseitig betrachtet, sondern dass man es insgesamt vernetzt betrachten muss, und dazu dient wirklich eine intensive Diskussion in der Deputation. Ich halte dies für sinnvoll.

Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, dass Maßnahmen zur Reform im Gesundheitswesen immer auch – auch das wissen wir alle gemeinsam – in dem Spannungsbogen zwischen Kostendämpfung auf der einen Seite und notwendigen patientenbezogenen Leistungen auf der anderen Seite stehen. Der Bericht macht ja deutlich, dass im Bereich der häuslichen Krankenpflege die runde Lösung noch nicht gefunden worden ist und dass wir über weitere Wege nachdenken müssen, die das regeln. Auch dies ist dann im Gesamtkontext zu sehen und nicht nur einseitig unter dem Begriff häusliche Krankenpflege, sondern es ist komplexer zu betrachten.

Selbstverständlich werden wir diesen Ansatz in der nächsten Legislaturperiode bei dem Weiterführen der Reform im Gesundheitswesen im Auge behalten. Wir werden von unserer Seite auch einfordern, dass es überall dort, wo im Augenblick noch Lücken entstanden sind, wo die Wege noch nicht überbrückt worden sind, zu besseren Lösungen kommt, gerade und insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei der Einführung der neuen Krankenhausfinanzierung auf der Grundlage der Fallpau-

(C)

(D)

(A) schalen dann möglicherweise an der einen oder anderen Stelle noch weitere Probleme auftreten, wenn die bestehenden Versorgungslücken nicht gelöst worden sind.

Die angestrebte weitere Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus ist ja so ein Punkt, der dazu führen könnte, dass es im weiteren Bereich noch zu Problemen kommt. Dass man da angemessene Lösungen braucht, die zu einer Verzahnung zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich zu entwickeln sind, steht außer Frage. Die gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens müssen eben im Interesse der Patientinnen und Patienten künftig noch besser aufeinander abgestimmt werden. Da ist noch viel zu tun, das ist nicht zu bestreiten.

Gleichzeitig möchte ich aber auch darauf hinweisen, Sie legen ja sonst so großen Wert darauf, dass vieles privat gemacht wird oder dass man den Einrichtungen nicht staatlicherseits hineinregiert. Wir reden hier über die eigenständige Rolle der Selbstverwaltung im Gesundheitsbereich. Es ist immer darauf abgehoben worden, dass diese Rolle auch von den Beteiligten wahrgenommen werden will und auch soll. An dieser Stelle müssen Sie doch auch zugeben, dass Sie nicht schlicht auf die Bundesregierung verweisen können, sondern dass die Organe der Selbstverwaltung hier einen hohen Stellenwert haben und dass sie auch an dieser Stelle gefordert sind.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Lösungen einzustellen und Lösungen möglich zu machen.

Natürlich werden wir uns gleichzeitig bemühen, und es ist von meinen Vorrednerinnen angesprochen worden, im Land Bremen im Rahmen unserer Möglichkeiten im Gespräch mit den Krankenkassen vor Ort Lösungen zu finden, die eine angemessenere Praxis möglich machen, die dann möglicherweise unnötige bürokratische Hindernisse abbauen und die für die Patientinnen und Patienten beziehungsweise für die notwendige Versorgung der Kranken zu adäquaten Lösungen führen. Daran werden wir selbstverständlich weiterarbeiten, und wir werden auch mit Blick auf die nächste Legislaturperiode – ob mit einer rotgrünen oder nur roten Bundesregierung – an dem Thema einer guten Gesundheitsreform weiterhin arbeiten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1041, Kenntnis.

## Serviceleistungen für Ältere

(C)

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002  
(Drucksache 15/1042)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Steinberg.

Abg. **Steinberg** (CDU)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich sehr herzlich für den ausführlichen Senatsbericht zum Thema Serviceleistungen für Ältere. Dass unser gemeinsamer Antrag notwendig war und auch bleibt, wurde seitens des Senats beziehungsweise der Fachverbände bestätigt, denn im Bremer Altenplan von 1997 wurde damals schon indirekt erkannt, dass insbesondere über den Hilfe- und Pflegedienst hinaus weitere Informationen über Maßnahmen notwendig sind. Bis hin zu den Schwerpunkten von Aufgaben und Arbeiten im Bereich Dienstleistungszentren, auch DLZ genannt, ist praktisch alles Wesentliche aufgezeichnet worden und verdient große Anerkennung und Bestätigung unsererseits.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Für die Zukunft muss aber eine neue Art des Nachweises von Serviceleistungen erstellt werden, die den individuellen Möglichkeiten eines Prophylaxeangebots gerecht werden kann. Das heißt, es muss eine Neuordnung der Angebote entwickelt werden, wobei die Erfahrungen der Dienstleistungszentren einbezogen werden sollten, soweit es möglich ist. Hierzu gehören auch die Erfahrungen aus der Nachbarschaftshilfe einschließlich der Betreuung von älteren Menschen. Obwohl es in Bremerhaven keine Dienstleistungszentren gibt, sollten, wenn möglich, auch die Erfahrungen der Seniorenbetreuungsorganisationen beachtet und integriert werden.

(D)

Darüber hinaus sollten die Angebote der Begegnungsstätten verbessert dargestellt werden. Die einzelnen Programme der Angebote müssen spezifiziert aufgeführt und dargestellt sein, um eine noch effizientere Auslastung der Einrichtungen zu erreichen. Eine Kooperation mit anderen Trägern wie Kirchen und Verbänden ist daher wünschenswert und zu empfehlen. Die Vielfältigkeit der Arbeit und der Angebote gebietet, dies zum Wohle aller Nutzer der Einrichtungen zu tun.

Regelmäßige und ausreichende Informationen bei Maßnahmen in der Altenhilfe und bei den Erholungsangeboten sind vorhanden und reichen derzeit aus. Hierzu gehören auch die allgemeinen Sozial- und Pflegedienste sowie die Wohnberatung. Deshalb brauchen wir derzeit hierfür keine neue Bündelung zu entwickeln.

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ganz anders sieht es in den übrigen Offertenbereichen aus. Die zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen und Hilfen für ältere Menschen sollten besser und somit übersichtlicher gebündelt werden. Das gilt konkret auch für folgende Adressaten: erstens, Aktivitäten in den Selbsthilfegruppen, zweitens, Angebote des Seniorenbüros Bremen, drittens, Angebote des Freiwilligen Sozialen Dienstes Bremerhaven, viertens, Angebote der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz, fünftens, die große Liste der Vereinigungen und Organisationen innerhalb der Freiwilligenagentur Bremen, sechstens, Netzwerk freiwilliger und ehrenamtlicher Initiativen in der Bremer Heimstiftung, siebtens, Projekt im Bereich ambulanter Projektförderung.

Sicherlich können nach Prüfung noch weitere Seniorenangebote hinzukommen. Auf jeden Fall muss für die große Anzahl der Nutzer auch eine neue Organisationsstruktur der privaten und ehrenamtlichen sowie der staatlichen Tätigkeit einbezogen werden und erkennbar sein. Deshalb muss als Folgemaßnahme und in Kooperation mit Trägern und Anbietern eine neue Angebotsform, vielleicht auch als Katalog, entworfen werden. Die Kriterienreihenfolge und Schwerpunkte können neu festgelegt werden. Eine Abstimmung mit vorhandenen Fachschriften, zum Beispiel „Rostfrei“, ist zu empfehlen.

(B) Die Angebote können nach Stadtteilen, nach Fach- und Sachlichkeit oder auch ganz einfach nach dem Alphabet geordnet sein. Es müsste aber nach meiner Ansicht eine praktische Ordnungsform den Zuschlag bekommen. Somit sind die unterschiedlichsten Angebote katalogisiert, besser erkennbar, und die älteren Menschen werden es dankbar zur Kenntnis nehmen.

Die Seniorenvertretung sollte möglichst frühzeitig in vielen Aufgaben als politischer Partner der älteren Generation in Bremen und Bremerhaven hinzugezogen werden. Darüber hinaus muss die Seniorenvertretung einen besonderen Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit bekommen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Es ist erfreulich, dass in der Seniorenarbeit zwar viel im Land Bremen erreicht wurde, aber die sich kontinuierlich weiter vermehrenden Angebote, wie schon im Bereich der Seniorenarbeit dargestellt, müssen immer wieder neu angepasst werden. Die CDU ist überzeugt, dass wir gemeinsam diese vielfältigen Chancen nutzen können. Wir erwarten außerdem von der Deputation für Soziales, Jugend und Senioren, dass sie sich in Zukunft konstruktiv für das Thema Serviceleistungen für ältere Menschen einsetzen wird. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wangenheim.

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns liegt der Bericht über Serviceleistungen für ältere Menschen im Land Bremen vor. Ich möchte mich dem Dank von Herrn Steinberg an die Mitarbeiter des Ressorts für diese wirkliche Fleißarbeit anschließen.

(Beifall bei der SPD)

An meine Kollegen in der CDU-Fraktion sage ich noch einmal: Wenn wir uns erinnern, vor der Antragstellung ging der Antrag diverse Male hin und her, bis wir uns über die Fragen einig waren, und heute stelle ich fest, wir haben noch etwas vergessen: Welche Angebote sind zukünftig nötig? Schade finde ich auch, dass wir heute nur zehn Minuten Redezeit für einen solchen Bericht von fast zwölf Seiten haben, in dem sich Bremen einmal darstellt. Wir reden über ein Fünftel unserer Bevölkerung, denn über 120 000 Menschen sind in diesem Land älter als 65 Jahre.

Zum Bericht gilt es, den sozialen, den ehrenamtlichen und den wirtschaftlichen Aspekt für das Land Bremen zu betrachten. Der Bericht zeigt auf, dass die Altenpolitik im Land Bremen sehr früh präventiv angelegt ist. Dies gilt besonders für die ambulante Altenhilfe mit der Leitlinie, lebenslagenbezogene, soziale und gesundheitliche Benachteiligungen, die sich im Alter verstärken, auszugleichen und zu überwinden.

(D) Wir haben in unserem Land ein differenziertes Hilfsangebot, das die Nutzerinteressen berücksichtigt, was allen älteren Menschen die gleichen, aber altersgerechten Möglichkeiten freier und eigenverantwortlicher Entfaltung im persönlichen wie im sozialen Leben sichern soll.

Auffällig sind in den beiden Kommunen allerdings die unterschiedlichen Systeme. Diese habe ich mir nach den mahnenden Worten unserer Senatorin Adolf im August – sie hat da gesagt, wir führten hier bei diesem Thema nur eine kommunalpolitische Debatte – genauer angesehen. Ich muss allerdings zu dem Ergebnis kommen, die Bremerhavener Angaben und Zahlen sind auch in diesem von mir so gelobten Bericht sehr mager. Hier hoffe ich zukünftig auf Besserung. Über den kurzen Weg zum neuen Sozialdezernenten wurde mir dies zugesagt. Ihnen allen liegt der Bericht vor, ich möchte nun auf einige Punkte eingehen.

Der Sozialdienst Ältere Menschen, zukünftig der Sozialdienst Erwachsene, wurde reduziert. Ich lerne im Arbeitskreis der Dienstleistungszentren, hier gibt es Probleme, Entscheidungen dauern zu lange. Hier muss geprüft werden, wie wir zu besserem und schnellerem Handeln für die Hilfebedürftigen kommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

- (A) In Bremerhaven gab es immer nur den Sozialdienst Erwachsene. Vielleicht können wir auch hier etwas voneinander lernen.

Zur Wohnberatung! Auch dieses Angebot mit nur noch vier Mitarbeiterinnen für die Stadt Bremen wird bei zukünftigem Bedarf nicht reichen. Hier könnte ich mir die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie Verbraucherzentrale und Architektenkammer vorstellen. Bremerhaven hat hier auch andere Konstellationen.

Der Bericht zu den Dienstleistungszentren übersteigt fast zwei Seiten. Ich finde, sie werden sehr ausführlich und deutlich dargestellt, ihre Aufgaben sind breit gefächert. Ich will nicht, dass es weiter solche Fälle gibt, aber ein Dienstleistungszentrum hat an dieser Stelle dann eine Lösung gefunden, und das ist für mich Service, der dann für Angehörige und ältere Menschen stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Der Zuschnitt der Bereiche für die Dienstleistungszentren wurde vor 25 Jahren festgelegt. 7000 Personen über 60 Jahre wurden als Maß genommen. Hier muss auch noch einmal geprüft werden, ob dieser Bereich der heutigen Versorgung für ältere Menschen noch schlüssig ist. Das sind auch Erfahrungen, die ich aus dem Arbeitskreis mitnehme.

- (B) Bremerhaven hat dieses Angebot nicht. Sozialstationen und ambulante Dienste übernehmen die Leistungen der Pflegekassen. Die Seniorenbetreuung in Bremerhaven gibt Beratung, Antragshilfen und so weiter vor, ein Besuchsdienst ist durch zwei ABM-Kräfte organisiert. Da muss man auch noch einmal genauer schauen.

Der Bereich der Begegnungsstätten ist eben auch schon von Herrn Steinberg angesprochen worden. Dieser Bereich hat schon immer mit einem großen Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter gearbeitet und davon sehr profitiert. Mit 450 Ehrenamtlichen neben den hauptamtlichen Leiterinnen ist es in Bremen möglich, dass sich täglich zirka 2000 Besucherinnen in 36 Einrichtungen treffen können. In Bremerhaven gibt es sechs Seniorentreffpunkte der Stadt und weitere von ASB, AWO, Kirchen, Betreuungs- und Erholungswerk, die aber keine täglichen Angebote haben. Zahlen fehlen mir hier.

Als weiteren Schwerpunkt möchte ich noch die Erholungsmaßnahmen herausheben. Diese werden in Bremen von vier Trägern angeboten für 1150 Personen. Dies ist auch nur durch eine ehrenamtliche Betreuung möglich. In der Seestadt bietet das Betreuungs- und Erholungswerk Seniorenerholung an, leider ohne Zahlen.

Die Selbsthilfegruppen älterer Menschen: Auch hier finden wir in dem Bericht ein breites Spektrum von Angeboten, welche überwiegend von Ehrenamtlichen geleistet werden. Das Seniorenbüro Bremen

hat eine tolle Entwicklung genommen, ein engagierter Vorstand mit vielen Freiwilligen mit monatlich 1680 Stunden.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde auch toll, dass sie einmal darlegen, welche Leistung sie eigentlich erbringen. Diese Freiwilligen haben es geschafft, ein Angebot für jüngere Ruheständler zu schaffen, und sie führen Fahrten mit einer intensiven Vor- und Nachbereitung durch.

Als neunten Punkt möchte ich den Bericht zur ambulanten Hospizarbeit in Bremen ansprechen. Fünf Vereine in unseren beiden Städten und ein Träger der Krankenpflege engagieren sich in dieser Arbeit. Ehrenamtliche Sterbebegleitung entlastet Angehörige und steht Alleinstehenden zur Verfügung. 142 Ehrenamtliche, überwiegend Frauen, haben 231 Begleitungen durchgeführt. Ein großes Lob verdienen diese Freiwilligen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Durch dieses Angebot bekommen auch viele Angehörige wieder einen anderen Bezug zum Tod. In Bremerhaven müssen die Kranken- und Pflegekassen in die Pflicht genommen werden, um Lösungen im Josephshospital endlich zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Die Seniorenvertretung: Da habe ich dem nichts hinzuzufügen, was Herr Steinberg hier gesagt hat. Für mich ist auch noch die ambulante Projektförderung wichtig. Alle Punkte, die hier aufgeführt sind, stützt die SPD-Fraktion, da nur über diesen Weg eine Weiterentwicklung und Anpassung auf Notwendigkeiten gegeben ist. Mit diesen Projekten kann sich Altenpolitik weiterentwickeln.

Was ich an dem Bericht bemängeln möchte, ist die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Hier teile ich die Meinung meines Vorredners, hier müssen wir wirklich zu einer offensiveren Darstellung kommen, wie wir die ganzen Angebote dieser Stadt auch den Menschen zugänglich machen, die sie interessieren.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Zum Freiwilligenbereich möchte ich nur kurz sagen, dass er für mich wichtig ist. Da hat sich vieles entwickelt, ich denke, auch mit steigenden Tendenzen. Für mich und die SPD-Fraktion war aber klar, dass die Freiwilligenarbeit mit den Serviceangeboten für Senioren nicht unbedingt das einzige Angebot ist, sondern dass es nur ein zusätzliches Angebot sein kann.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Ein Abschlussatz! In dem Resümee des Berichtes ist für die SPD-Fraktion wichtig, Bremen hat ein regionales Unterstützungsnetz. In diesen Strukturen gilt es, die Zielgruppen einzubinden, die noch unzureichend versorgt sind. Das ist besonders die hohe Zahl der Demenzzkranken, die ambulant versorgt werden. Berücksichtigt hat dieser Bericht nicht, dass sich Lebensbilder, Bedürfnisse und Interessen der älter werdenden Menschen in den letzten Jahren gravierend verändert haben und dass dieser Prozess immer schneller fortschreiten wird.

Meine Fraktion wird diesen Bericht als Arbeitspapier nutzen, wir haben ein gutes Fundament und können darauf auf- und umbauen. Bremen und Bremerhaven sollen altenfreundliche Städte bleiben. Die Altenpolitik der SPD ist hier vorzeigbar. – Ich danke für Ihr Zuhören!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit der Drucksache 15/1042 wieder einmal mit dem sehr wichtigen Thema Serviceleistungen für Ältere. Nachdem ich mich schon im März 2001 ausführlich zum Thema Serviceleistungen für Ältere geäußert habe und mich intensiv mit der verspäteten Mitteilung des Senats – dieser Bericht sollte uns ja eigentlich schon im November 2001 vorgelegt werden – befasst habe, kann ich meine Ausführungen kurz fassen.

Dieser verspätete Bericht bestätigt nämlich genau meine Befürchtung meiner damals gemachten Aussagen. Er zeigt deutlich auf, dass eine gesellschaftliche Mitwirkung von älteren Menschen kaum oder fast gar nicht stattfindet. Dieser Bericht zeigt auch eindeutig auf, dass Ihre Politik im Bereich der Senioren katastrophal gescheitert ist. Ich frage mich: Wann endlich wollen Sie die Grundvoraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Seniorinnen und Senioren überhaupt erst einmal in unserer Gesellschaft mitwirken können?

Anstatt hier nun schon über ein Jahr endlose Alibidiskussionen über Serviceleistungen für Ältere zu führen, sollten Sie schnellstens effektive Anträge einbringen, die wir dann hier zum Wohl der älteren Menschen beschließen können, anstatt hier planlos jahrelang über unendliche Berichte zu diskutieren. Sie wissen doch nicht erst seit gestern, dass die in dem Bericht beschriebenen Maßnahmen, zum Beispiel Begegnungsstätten, Veranstaltungen der Altenhilfe, Erholungsmaßnahmen, Selbsthilfegruppen und so weiter, bei weitem nicht ausreichen, um ein gesellschaftliches Mitwirken von älteren Menschen zu fördern! Also, hier kann von einer effektiven Ser-

viceleistung für Ältere nun wirklich nicht die Rede sein! (C)

Das Traurige an der ganzen Sache ist, dass wir uns hier gestern mit drei Anträgen, darunter sogar einem Dringlichkeitsantrag, mit der Thematik Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten befasst haben. Anscheinend sind Ihnen die Sorgen der älteren Menschen nicht so wichtig, dass Sie es bis heute kaum geschafft haben, konkrete, effektive Anträge zum Wohl von Seniorinnen und Senioren einzubringen. Sie sollten hier lieber einmal vorrangig Anträge einbringen, die sich damit beschäftigen, ältere Menschen kompetent zu beraten, die Opfer von Gewalttaten geworden sind.

Sorgen Sie in erster Linie einmal dafür, dass unsere älteren Menschen nicht fortlaufend und andauernd durch eine Rentenlüge belogen und betrogen werden! Sorgen Sie lieber dafür, dass unsere Senioren durch Ihre Politik nicht um einen gerechten, sozialen, abgesicherten Lebensabend betrogen werden! Sorgen Sie lieber dafür, dass nicht so viele Seniorinnen und Senioren durch Ihre Politik am Rande des Existenzminimums leben müssen, das zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, meine Damen und Herren!

Zu einer besonderen Serviceleistung für Ältere gehört aber auch, dass die etablierten Altparteien zuerst einmal mit einer verbesserten Gesundheitsreform dafür sorgen sollten und müssen, dass unsere älteren Menschen nicht einsam, krank und verlassen in irgendeinem viel zu überteuerten Altenheim würdelos dahinvegetieren müssen. Unsere Senioren können nur dann in unserer Gesellschaft wieder mitwirken, wenn ihnen Achtung, Würde und Respekt entgegengebracht werden. (D)

Unsere Eltern waren es damals, die Deutschland nach dem Krieg mit einer in der Welt einzigartigen und einmaligen Aufbauleistung und ohne Gastarbeiter mit viel Schweiß, Not, Elend und unsagbaren Entbehrungen mit eigenen blutigen Händen aufgebaut haben, und sonst keiner. Bevor wir uns hier über Serviceleistungen für Ältere unterhalten, sollten Sie erst einmal dafür sorgen, dass diesen einmaligen Menschen, unseren Trümmerfrauen, für immer und ewig ein Denkmal gesetzt wird. Das haben unsere älteren Menschen mehr als verdient.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volkunion setzt sich selbstverständlich vehement für eine verbesserte Serviceleistung unserer älteren Menschen ein.

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:  
Seit wann das denn? Schwätzer!)

Darüber hinaus aber wird die Deutsche Volkunion rigoros dafür sorgen, dass unsere Senioren wieder den Respekt, die Achtung und die Würde zurückbekommen, also den Stellenwert in unserer Gesell-

(A) schaft erhalten, den sie auch aufgrund ihrer einmaligen Aufbauleistung verdienen.

Meine Damen und Herren, zur Serviceleistung für ältere Menschen gehört auch, dass Sie es nicht länger zulassen, dass unsere tapferen, mutigen und anständigen Wehrmachtssoldaten durch eine unanständige und nachweislich verlogene Pseudowanderzirkusausstellung auf das Niederträchtigste verunglimpft und beleidigt werden.

(Zurufe von der SPD)

Unsere Wehrmachtssoldaten waren auch nach Aussage von ausländischen anerkannten Militärgeschichtskern die fairsten, die mutigsten und die anständigsten Soldaten der Welt. Dass diese Tatsache hier niemals vergessen wird, dafür werde ich im Namen der Deutschen Volksunion immer und zu jeder Zeit sorgen, denn das sind wir unseren älteren Menschen auf immer und ewig schuldig. Auch das gehört zu einer verbesserten Serviceleistung für ältere Menschen.

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn es um die Würde älterer Menschen geht, und das, denke ich, haben alle Fraktionen hier im Haus gemeinsam, geht es zuallererst darum, dass man die Würde während die Menschen nicht einfach pauschal zum Opfer macht. Das ist, glaube ich, was Sie, Herr Tittmann, hier machen. Sie tun so, als ob die bloße Tatsache, dass man in Deutschland ein älterer Mensch ist, ganz klar bedeutet, er oder sie ist zum Opfer geworden. Das aber gerade nimmt die Menschen nicht ernst, das aber gerade zeigt, das Sie nicht begriffen haben, dass es darum geht, auch ältere Menschen als stark und selbstbewusst, mit Rechten ausgestattet,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

unser Gemeinwesen gestaltend, selbstbewusst die eigene Lebensleistung, die auch Irrwege in sich birgt, wie das bei allen Menschen so ist, wahrzunehmen.

Das gerade trauen Sie den älteren Menschen nicht zu. Sie nehmen den Leuten ihre Würde,

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Nein!)

indem Sie einfach so tun, als ob derjenige, der hier 65 ist, arm, ausgegrenzt, missachtet, einsam, isoliert ist, und dann muss man natürlich, nachdem man ordentlich viel Angst gemacht hat, sich auf die Rattenfänger der DVU einlassen. Das ist ein so primiti-

ves Muster, glauben Sie bloß nicht, dass Sie viele Leute finden werden, die darauf hereinfliegen! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Es geht darum, Altenhilfen so zu machen, dass sie emanzipativ sind, dass sie älteren Menschen helfen, selbstbewusst zu sein, diese Gesellschaft mitzugestalten, bis weit hinein in das hohe Alter.

Zur Würde der Wehrmachtssoldaten! Ich weiß nicht, welche Kategorien Sie anwenden. Ich beurteile Menschen nach dem, was sie selbst getan haben, und es gibt Wehrmachtssoldaten, die haben Verbrechen begangen, und es gibt welche, die haben das nicht getan. Die, die es nicht getan haben, waren Wehrmachtssoldaten in einem verbrecherischen Krieg, aber es gibt individuelle Verbrechen von Wehrmachtssoldaten, und glauben Sie ja nicht, dass Sie irgendjemandem einen Gefallen damit tun, wenn man darüber Schweigen breitet. Es ist wichtig, darüber zu reden, um zukünftigen Generationen die Chance zu geben, aus dem, was dort passiert ist, nämlich aus Gehorsam um jeden Preis und der Missachtung von Menschenwürde, Konsequenzen zu ziehen. Sie tun niemandem einen Gefallen mit dem, was Sie hier als Position vertreten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU) (D)

Ich will jetzt aber gern etwas zu dem Altenplan des Senats sagen, der auch aus unserer Sicht korrekt, umfänglich, in einigen Bereichen etwas geschönt ist, darauf will ich gleich noch einmal eingehen. Vielleicht muss man auch noch einmal sagen, das viele Anfordern von Berichten ersetzt keine Politik, vor allen Dingen ersetzt es keine Schwerpunktsetzung. Es hat keinen Zweck, das große Angebot, das es in Bremen unstreitig gibt – das habe ich ja auch gestern schon gesagt, dass Bremen da eine Großstadt mit einem guten Angebot ist –, immer wieder nur so ungewichtet nebeneinander aufzuzählen. Das hilft uns altenpolitisch nicht weiter, sondern wir haben hier gemeinsam die Pflicht, uns zu überlegen, an welchen Punkten es welchen Handlungsbedarf gibt, wie dieser Altenplan und die Altenhilfe in Bremen in Zukunft entwickelt werden sollen. Das ist etwas anderes, als immer wieder aufzuzählen, wie viele und schöne Angebote wir hier haben.

Ich habe dem Bericht entnommen, dass das Sozialressort an einem neuen Altenplan arbeitet. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie der vorherige Altenplan erarbeitet wurde, nämlich mit einer ganz breiten Beteiligung von Trägern und Verbänden. Ich fand damals, dass es auf der einen Seite ein sehr aufwendiges Verfahren gewesen ist, dass es aber an vielen Punkten zu ganz guten Ergebnissen und auch zu einer neuen Verständigung geführt hat. Ich sage

(A) jetzt nicht, dass man dieses Verfahren nach doch so relativ kurzer Zeit noch einmal anwenden sollte, aber ich würde von Herrn Staatsrat Knigge doch gern erfahren, welches Verfahren hier bei der Erarbeitung des neuen Altenplans vorgesehen ist. Vielleicht kann man ja einen Kompromiss zwischen dem aufwendigen „alle beteiligen“ und dem „die Verwaltung macht das im stillen Kämmerlein und legt irgendwann etwas vor“ finden. Ich würde schon Wert darauf legen, dass man da auch an der einen oder anderen Stelle im Entstehungsprozess Einfluss nehmen kann.

Frau Wangenheim hat auch darauf hingewiesen, ein zentrales Defizit der Altenhilfe in Bremen ist, dass der Sozialdienst nach dem Bundessozialhilfegesetz, der von den Sozialzentren organisiert wird, von ihnen ausgeht, für den es auch eine rechtliche Verpflichtung gibt, mit dem Sozialdienst Ältere Menschen zusammengelegt wurde. Das allein ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, dass es in dem Bereich zu starken Stelleneinsparungen gekommen ist und dass es Sozialzentren gibt, in denen dieser gesamte Sozialdienst nur noch aus 0,75 Stellen besteht, wo man sich weder vertreten kann noch wo es eine Art von Leitungsverantwortung gibt.

Herr Dr. Knigge, ich sage es noch einmal, ich hoffe, dass Sie es irgendwann begreifen werden, aber die Kopfgeburt, wie Sie hier die Sozialzentren organisiert haben, ist einfach nicht praxistauglich. In den Bereichen und an den Punkten werden ältere Menschen auch die Zeche dafür zahlen, dass man da eine so genannte Verwaltungsreform, ohne dass man sie auf ihre Realitätstauglichkeit hin überprüft hat, einfach so umsetzen wollte und sich im Grunde vorher nicht ausreichend mit den Folgen in der Praxis beschäftigt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die wichtige Funktion der Dienstleistungszentren ist auch schon erwähnt worden. Dem können sich die Grünen anschließen. Es ist auch bekannt, dass wir seit vielen Jahren finden, dass es ein sehr gutes Modell ist, wie man Hilfen organisieren kann, nämlich stadtteilbezogen und mit Nachbarschaftshilfe. Aber noch einmal: Dieser Senat verantwortet es, dass Verträge mit den Dienstleistungszentren geschlossen wurden, ihnen aufgenötigt wurden, in denen die Hilfen, die öffentlichen Mittel für die Dienstleistungszentren in den nächsten Jahren um 30 Prozent zurückgefahren werden trotz steigender Zahl der älteren Bevölkerung in Bremen. Auch das halten wir für einen kapitalen politischen Fehler, und wir werden auch weiter darauf hinweisen.

Das Seniorenbüro wird hier viel gelobt. Ich weise auch darauf hin, aus mir nicht ganz verständlichen, zum Teil wohl auch ideologisch begründeten Motiven ist das Seniorenbüro nach wie vor nicht abgesichert. Da feiern wir uns mit 1000 Ehrenamtlichkeits-

stunden und wissen ganz genau, dass das an die absolute Belastbarkeitsgrenze der Menschen geht, die da tätig sind. Ich weiß, die Ferienmaßnahmen sind abgesichert, aber die anderen Angebote des Seniorenbüros nicht. Auch das finde ich, ehrlich gesagt, kein besonderes Ruhmesblatt.

Wir möchten auch, dass Sie mehr Werbung für die Altenangebote machen, die es in Bremen auf Stadtteilebene gibt, aber wir möchten auch, dass im Marketingkonzept Bremens, wie sich Bremen als Standort überregional darstellt, die gute Infrastruktur für ältere Menschen, nicht nur stationäre, sondern auch ambulante, eine Rolle spielt. Ich habe Ihnen das gestern auch schon gesagt, in Zukunft wird das Zurückziehen von älteren Menschen in die Großstädte wieder eine größere Rolle spielen, und wenn Bremen sagt, wir wollen Einwohner gewinnen, dann ist diese Zielgruppe wichtig. Da wäre es ganz toll, wenn sich das große Wirtschafts- und Tourismusmarketing unserer Stadt vielleicht einmal ein bisschen bewegen würde und sich auch den Sozialbereich, den man ja sonst in diesen Kreisen nur mit der Kneifzange anfasst, doch einmal genauer anschaut, ob da nicht vielleicht doch etwas für uns möglich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das zentrale Problem bei den Hilfen für ältere Menschen – das hängt auch mit der Debatte von eben zusammen, aus der kann man sehen, dass der Senat hier selbst nur sehr begrenzt gestalten kann – ist die doch schlimme Unterausstattung im Bereich der Pflege. Da finde ich auch, dass es an der Zeit ist, dass man das Schwarzer-Peter-Spiel „wer hat 16 Jahre regiert, und wer hat es jetzt vier Jahre lang auch nicht geschafft“ beenden sollte. Das gegliederte System in Deutschland mit den vielen verschiedenen Kostenträgern, Rehabilitationsträgern, Rentenversicherungsanstalt, Pflegeversicherung, Krankenversicherung und dem Sozialhilfeträger, um nur die wichtigen zu nennen, fordert ein Schwarzer-Peter-Spiel heraus, das letztendlich ein Ergebnis hat: Es geht zu Lasten der Betroffenen, und es ist übrigens massiv bürokratiegebärend.

Wenn die Politik in den nächsten Jahren nicht den Mut hat, da ein paar Strukturen zusammenzulegen, dann werden weiter Schwächere die Zeche zahlen für ein System, das vielleicht einmal sinnvoll gewesen ist, das sich aber längst zu etwas entwickelt hat, bei dem keiner mehr Verantwortung für ein Ergebnis übernehmen muss, wo jede einzelne Institution, jeder einzelne Kostenträger Scheuklappen trägt und nur noch seinen eigenen Bereich sieht. Das ist ganz bestimmt nicht im Sinne der Sache. Es setzt sich ja auch in der Verwaltungswissenschaft immer mehr durch, dass man Kosten- und Ergebnisverantwortung zusammenlegen muss, und unser gegliedertes System verhindert genau das. Das wird die große

(C)

(D)

- (A) Reformaufgabe der nächsten Jahre sein. Auch das wird Kosten senken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht kann ich als letzten Satz darauf hinweisen, dass die rotgrüne Bundesregierung die Reformschritte, die man da gehen kann, jetzt auch langsam angegangen ist. Das Rehabilitationsgesetz, also das SGB IX, das klare Verantwortung für Rehabilitationsleistungen, auf die auch ältere Menschen Anspruch haben, regelt, ist ein Reformschritt in die richtige Richtung, und die Verbesserung der Versorgung für demenzkranke ältere Menschen im Rahmen der Pflegeversicherung, finde ich, gehört auch mit in den Leistungskatalog der rotgrünen Bundesregierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein lieber Herr Kollege Kastendiek!

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: War das jetzt eine Beleidigung, oder?)

(B)

Nein, selbstverständlich sind Sie nicht mein lieber Herr Kollege, das wäre ja noch schöner! Wo kämen wir denn da hin?

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber ich finde es immer so putzig, wie Sie sich dann hier wie Rumpelstilzchen aufführen.

Bevor Sie mich hier gleich wieder, wenn ich zurückgehe, blöd von der Seite anquatschen, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich im Gegensatz zu Ihrem Kanzlerkandidaten Stoiber hier noch nie von einer durchrassten Gesellschaft gesprochen habe, und es ist schon bemerkenswert, wenn Ihr Parteifreund, der rechtspolitische Bundestagsfraktions-sprecher Norbert Geis öffentlich im Fernsehen erklärt, Deutschland den Deutschen! Also, bleiben Sie einmal schön auf dem Teppich, oder soll ich weitere Aussagen Ihrer Parteifreunde zitieren? Darum machen Sie sich lieber einmal Sorgen, bevor Sie mich anmachen, damit haben Sie genug zu tun!

(Glocke)

**Vizepräsident Ravens:** Herr Kollege Tittmann, wir haben das Thema „Serviceleistungen für Ältere“ und keine rechtspolitischen und keine wehrmachtspolitischen Themen.

Abg. **Tittmann** (DVU): Nein, aber ich denke, das muss hier einmal klargestellt werden, weil jedes Mal, wenn ich zurückgehe – –.

(C)

**Vizepräsident Ravens:** Nein, dann müssen Sie sich anders zu Wort melden, das geht nicht!

Abg. **Tittmann** (DVU): Liebe Frau Linnert, Sie haben mich eben als Rattenfänger beschimpft und betitelt. Nun wollen wir hier auch einmal die Eigenschaften einer Ratte klären. Ratten sind besonders widerstandsfähig, haben eine sehr hohe Erfahrung und Lebenserwartung.

(Unruhe)

Sie kommen unter jeden Lebensumständen zurecht, Hunger, Kälte und Winter, und wenn Sie hier schon lange weg sind, da gibt es immer noch Ihrer Meinung nach Rattenfänger, die dann hier noch vorhanden sind, aber Sie sind dann schon lange weg, und das ist auch gut so! – Danke!

(Unruhe)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

**Staatsrat Dr. Knigge:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist gut, zum Thema zurückzukommen!

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Thema heißt „Serviceleistungen für Ältere“, ein Thema, das gegenwärtig schon von großer Bedeutung ist, das uns aber auch in der Zukunft noch weit aus stärker begleiten wird und auch begleiten muss, denn wir kennen alle die demographische Entwicklung, wir werden eine ältere Gesellschaft. Wir brauchen also in der Zukunft tendenziell mehr Serviceleistungen als weniger, weil mehr Ältere auch auf entsprechende Dienste und Angebote angewiesen sein werden.

Ich freue mich, dass dieser Bericht bei Ihnen auf so positive Resonanz gestoßen ist. Er ist in der Tat eine gute Grundlage für die weiteren Arbeiten, die wir uns vorgenommen haben. Wir haben ja angekündigt, dass wir den Altenbericht Ende dieses Jahres vorlegen werden, Frau Linnert, und wir werden das sicher nicht im stillen Kämmerlein tun. Das wäre für Bremen auch ein absolutes Novum, dass etwas im stillen Kämmerlein passieren würde, und besonders für das Sozialressort wäre das ein absolutes Novum.

(Abg. **Frau Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schaffen Sie auch nicht!)

(A) Da können Sie ganz beruhigt sein, wir werden die Beteiligungskultur, die wir zu schätzen wissen, auch bei diesem Thema sehr pflegen.

Wenn wir über Serviceleistungen für Ältere sprechen, haben wir ein ganz buntes und breites Angebot in der Stadt, und ich möchte doch einige Punkte hervorheben, weil es mir wichtig ist, noch einmal die Bedeutung dieser Angebote zu betonen. Zunächst einmal ist es wichtig, dass wir in Bremen schon sehr frühzeitig begonnen haben, entsprechende Angebote zu entwickeln. Das kann man auch besonders gut bei dem Thema Dienstleistungszentren deutlich machen. Seit 26 Jahren kennen wir entsprechende Dienstleistungszentren, und sie sind aus unserer Landschaft nicht mehr wegzudenken. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unseres Versorgungsangebotes.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gibt es da unterschiedliche Wege, die in beiden Städten gegangen worden sind. Bremerhaven hat da eine andere Tradition mit den Sozialstationen. Dies heißt aber nicht, dass das Angebot dort im Einzelfall schlechter sein muss, aber es gibt unterschiedliche Ansätze, die sich dort entwickelt haben.

(B) Ich bin den Wohlfahrtsverbänden sehr dankbar, dass wir dieses Angebot auch in sehr schwierigen Zeiten aufrechterhalten konnten. Wenn hier der Vertrag mit den Dienstleistungszentren angesprochen worden ist, dann ist richtig, dass wir dort Kürzungen verkraften mussten, aber wir haben es geschafft, in Abstimmung mit den Trägern diese Einsparungen so zu vereinbaren, dass wir dieses Angebot in den Dienstleistungszentren bis 2005 sichern konnten, auch mit einer Sicherheit für die Träger. Das ist auch wichtig, und hier wurde keineswegs etwas aufgenötigt, sondern es war ein Vertrag, zu dem sich zwei gleichberechtigte Partner zusammengefunden haben.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist wichtig, dass wir auch durch die Ergebnisse rotgrüner Politik in Berlin jetzt unser Versorgungsangebot noch ein Stückchen ausweiten werden und auch ausweiten können. Ich nenne da besonders den Kreis der demenziell erkrankten Personen. Hier gibt es erweiterte Möglichkeiten, und wir werden sehr sorgfältig prüfen, dass wir die Möglichkeiten vor Ort mit einem entsprechenden Angebot auch darstellen können.

Was ältere Menschen im verstärkten Umfang brauchen, sind Begegnungsstätten, sind Orte der Kommunikation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit den Dienstleistungszentren auch bei den Begegnungsstätten eine längerfristige Sicherheit verankern können,

(C) ten, dass wir diese 37 Stätten, die wir in den Stadtteilen haben, nicht nur halten können, sondern dort auch ein verstärktes Angebot machen können.

Hier wurde schon erwähnt, dass das Seniorenbüro auch eine wichtige Rolle spielt. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, im Bereich der Reisen auch die Diskussion über die steuerliche Bewertung dieser Vorgänge zu einem guten Ergebnis und Ende geführt zu haben. Hier konnten wir uns auch mit den Damen und Herren vom Seniorenbüro verständigen und auch ein einvernehmliches Ergebnis mit dem Finanzamt erzielen.

Ich nehme sehr gern auf, dass wir unsere Angebote noch stärker transportieren müssen, dass wir offensiver mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit auf die Menschen zugehen müssen. Es ist richtig, es hilft nicht, nur gute Angebote zu entwickeln, sondern wenn man Gutes tut, muss man auch darüber reden,

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Genau!)

in diesem Fall nicht nur darüber reden, sondern auch den Betroffenen sagen, wo sie auch Angebote vorfinden können, damit besonders die, die wir nicht automatisch erreichen, diese Angebote auch tatsächlich in Anspruch nehmen.

(D) Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt hervorheben, den ich für ganz wichtig erachte! Ich glaube, wenn wir an die Bevölkerungsentwicklung in Bremen und Bremerhaven denken, dann müssen wir uns verstärkt der Personengruppe der älteren Menschen in beiden Städten zuwenden. Wir müssen verstärkt auch überlegen, wie wir nicht nur die Bevölkerungszahl der Älteren halten können, sondern wie wir uns als Städte für ältere Menschen attraktiver machen können.

Ich habe vernommen und beobachtet auch mit Interesse, dass es gerade auch bei Älteren durchaus wieder einen Zuzug in die Städte gibt. Viele ältere Menschen wollen gerade im Alter in den Innenstädten wohnen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

um hier Angebote kultureller und sozialer Art direkter und schneller in Anspruch nehmen zu können. Hier brauchen wir ein besseres Angebot im Wohnungsbau, hier brauchen wir auch Anreize.

Wir sind dabei, ein solches Konzept zu entwickeln, und ich hoffe sehr, dass wir da auch mit neuen strategischen Antworten verstärkt diese Personengruppe der Älteren erreichen, damit wir mehr ältere Bewohnerinnen und Bewohner in Bremen und Bremerhaven künftig haben werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1042, Kenntnis.

**Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Evangelischen Kirche, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-reformierten Kirche (Synode ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland)**

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1026)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 52. Sitzung am 23. Januar 2002 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer das Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Evangelischen Kirche, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-reformierten Kirche, Drucksache 15/1026, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

**Für unteilbaren Tierschutz**

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten  
Tittmann (DVU)  
vom 24. Januar 2002  
(Drucksache 15/1044)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selten hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine so große Empörung

in der deutschen Bevölkerung ausgelöst wie das Urteil vom 15. 1. 2002. (C)

Meine Damen und Herren, das ist ein Freibrief für Tierquälerei, denn beim Schächten wird mit einem langen, spitzen Messer ein Schnitt quer durch die Halsschlagader, Luft- und Speiseröhre des unbetäubten Tieres geführt. Bis das Tier unter furchtbaren Qualen langsam, unter großen Schmerzen und bei vollem Bewusstsein ausgeblutet und verendet ist, dauert es oft zirka 15 Minuten. Die mit dem Schächten verbundenen Todesqualen beschränken sich aber nicht nur auf den Schnitt am Hals, sondern es beginnt schon mit dem Hereinführen der Tiere in den Schlachtraum. Es ist also ein relativ langer Zeitraum des unendlichen Leidens, den das Tier bei vollem Bewusstsein durchsteht. Das ist entsetzlich, ekelhaft, widerlich und pervers.

Die Karlsruher Richter bezogen sich bei ihrem Urteilsspruch auf das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der Religionsfreiheit. Nun frage ich Sie allen Ernstes, wie lange wird es wohl noch dauern, bis zum Beispiel afghanische Scharfrichter in Deutschland steinigten und Hände abhacken dürfen

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/  
Die Grünen)

oder aber afrikanische Medizinmänner in Deutschland ihren Voodoo Ritualen nachgehen dürfen, wenn sie ihre religiösen Motive glaubhaft machen? Wozu brauchen wir denn überhaupt noch Gesetze? Lasst sie doch einfach alle machen, was sie wollen und woran sie glauben! Da laufen dann demnächst die Frauen alle in langen Säcken mit Gitterfensterchen umher, jeder Junge, jedes Mädchen wird dann beschnitten, angeklagte Satanisten werden dann freigesprochen, weil sie ja an Satan glauben, und, meine Damen und Herren, die Hexenverbrennungen im Mittelalter waren ja schließlich im Namen der Religion auch erlaubt! Ich frage Sie: Darf denn im Namen des Glaubens alles erlaubt sein? Hier sage ich eindeutig: Nein! Das hat für mich mit Religionsfreiheit nichts mehr zu tun. So geht das nicht! (D)

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Das hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun!)

Für mich sind das grausame, blutige Rituale, die durch gar nichts zu rechtfertigen sind. Hier müsste ein generelles Schächtverbot ausgesprochen werden. Ich sage im Namen der Deutschen Volksunion klar und deutlich: Wer in Deutschland lebt, hat sich auch an die deutschen Tierschutzgesetze zu halten und sonst gar nichts! Das deutsche Tierschutzgesetz verbietet das Schächten und das Schlachten von Tieren ohne vorherige Betäubung. Daran hat sich jeder zu halten, basta! Für mich ist es unerträglich, dass das Leiden der Tiere, diese Tierquälerei, in Deutschland auch noch gesetzlich verankert wird.

(A) Meine Damen und Herren, dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird von sehr vielen Menschen in Deutschland zu Recht abgelehnt. Dieses Urteil ist nicht im Namen des deutschen Volkes gesprochen worden. Dieses Urteil ist ein fürchterlicher Rückschritt ins letzte Jahrhundert, der das Leiden von tausenden Tieren nach sich ziehen wird. Wenn es erlaubt wird, dass Tieren bei vollem Bewusstsein qualvoll die Kehle durchgeschnitten wird, dann geben Sie nicht nur jenen gemäßigten Religiösen Recht, die sich hier in Deutschland integrieren wollen, sondern den Extremisten unter ihnen. Hier wird eine falsch verstandene Integrationspolitik auf die Schlachtbank gezerrt, meine Damen und Herren! Darum wird dieses Urteil eine weitere Integration von Ausländern in Deutschland sichtlich erschweren. Es wäre besser gewesen, wenn das Verfassungsgericht aus Gleichheitsgründen das Schächten generell verboten hätte.

Dieses erschreckende Urteil zeigt deutlich, dass eine Verankerung des Tierschutzgesetzes im Grundgesetz unerlässlich ist, denn nur wenn das Tierschutzgesetz im Grundgesetz verankert ist, also wenn der Tierschutz Verfassungsrang besitzt, kann eine ernsthafte Abwägung zwischen dem Tierschutz und anderen Werten der Verfassung erfolgen. Die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz ist zudem auch eine wichtige Voraussetzung dafür, den Schutz der Tiere auch gegen die Ansprüche einer profitorientierten Wirtschaft durchzusetzen. Tiere sind eben keine Sache, sie sind Lebewesen und Mitgeschöpfe, die auch dementsprechend zu behandeln sind.

(B) Meine Damen und Herren, Tierschutz hat für die Deutsche Volksunion oberste Priorität. Darum habe ich auch im Namen der Deutschen Volksunion hier schon einige Anträge für den Tierschutz eingebracht, zum Beispiel Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, gegen die schrecklichen Tierversuche an der Universität und so weiter, die Sie alle gemeinsam zum Schaden des Tierschutzes scheinheilig abgelehnt haben. Herr Dr. Kuhn hat sich sogar noch darüber lustig gemacht! Sie waren es doch, der so großspurig behauptet hat, Tittmanns Anträge zum Tierschutz brauchen wir nicht, das wäre alles Blödsinn und Humbug.

Nun frage ich Sie, Herr Dr. Kuhn: Wie kommt es dann, dass die Grünen zirka einen Monat später einen fast wortgleichen DVU-Antrag gegen die Affenversuche an der Bremer Universität hier eingebracht haben? Wie kommt es dann, dass der Tierschutzverein auch heute noch die gleichen Forderungen stellt, zum Beispiel Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz und so weiter? Wo Sie doch damals zur Ablehnung der DVU-Anträge noch behauptet haben, das haben wir doch schon alles, das brauchen wir doch nicht, alles unnütz! Irgendetwas kann an Ihrer Begründung nicht stimmen! Deshalb rate ich Ihnen und Ihrer Fraktion, anstatt mit den letzten pazifistischen grünen Mitgliedern einen exotischen, pazi-

fistischen grünen Streichelzoo einzurichten, sollten Sie lieber diesem Entschließungsantrag der Deutschen Volksunion im Sinne des Tierschutzes zustimmen!

(C)

Meine Damen und Herren, das Erlauben des grausamen Schächtens ist ein Schlag ins Gesicht für jeden tierliebenden Menschen, der noch Achtung vor dem Leben unserer Mitgeschöpfe hat. Darum schauen Sie sich dieses Bild genau an, und stimmen Sie zum Wohl dieser armen, geschundenen, gequälten Kreaturen dem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, Sie haben ein Problem: Sie können noch so viel Kreide des Tierschützers fressen, Sie sind innerlich so von dem Gift des Antisemitismus zerfressen, dass er Ihnen doch aus allen Poren dringt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf der Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich werde Ihnen das beweisen, Herr Tittmann! Ich komme gleich dazu. Sie schreiben in Ihrem Antrag, den Sie uns hier vorgelegt haben, die Bürgerschaft solle, ich darf zitieren: „diese Art von Ritualmord ablehnen“.

(D)

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Genauso ist es!)

„Ritualmord“ ist genau das Brand- und das Hasswort, mit dem seit 800 Jahren so viele blutige Pogrome hier in Europa ausgelöst worden sind. Es war nämlich der absurde Vorwurf des „Ritualmords“, Juden würden aus religiösen Gründen zu ihrem Fest Pessach Christen Kinder töten, schlachten und das Blut unter ihr Brot Matze mischen, und mit diesem tödlichen Hasswort belegen Sie eine Form des Tötens von Schlachttieren, das in langer Tradition von gläubigen Juden und vielen gläubigen Muslimen in Befolgung religiöser Gebote, so wie sie sie verstehen, ausgeübt wird.

Herr Tittmann, das erinnert nicht an Bilder und Artikel im „Stürmer“? Das ist reinste antisemitische Propaganda, die, wie damals die Nazis, sich die Sorgen, die Diskussionen von Tierschützern entstellend zunutze machen will. Da beißt die Maus keinen Faden ab, das ist genau das Gleiche, und das belegen Sie in Ihrem Antrag, da können Sie noch so viel von Tierschutz reden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Genau diese martialische Schilderung, die Bilder, die Sie vorführen, in der Tat, das sind schreckliche

(A) Bilder. Was meinen Sie, was für schreckliche Bilder ich und jeder andere Ihnen hier zeigen könnten vom ganz normalen Schlachten in jedem deutschen Schlachthof, wenn wir uns nicht – und ich glaube, da gibt es keinen Konsens – insgesamt von dem Verzehr von Tieren verabschieden wollen! Es gibt ja Leute, die mit guten Gründen und selbst dafür stehen, dass wir das machen, aber wir tun das nicht.

Ich kann Ihnen über jedes Schlachten, über jedes Töten von Tieren solche Bilder zeigen und schon gar über das Töten von Tieren beim Jagen! Ich habe noch nie gehört, dass Sie und Ihre Vorgänger gegen das Jagen und das Töten der Tiere dabei irgendwie Stellung genommen hätten. Ich kann Ihnen das sowohl zeigen als auch vorführen. Es ist nicht angenehm, es ist nicht schön. Wir müssen aber, glaube ich, gemeinsam in einer Abwägung versuchen, das Leid, das den Tieren dabei in der Tat zugefügt wird, und darüber kann man gar nicht hinwegreden, so gering wie möglich zu machen.

Da kann man erst einmal sagen, die Wissenschaft wird von beiden Seiten in Anspruch genommen. Diejenigen, die das Schächten für eine legitime Methode halten, nehmen dafür in Anspruch, dass der durch gut ausgebildete Schlachter rituell vollzogene einmalige Schnitt zu einer raschen Bewusstlosigkeit des Tieres führt. Das kann man, und das haben die Tierschützer immer getan, bezweifeln. Beide Seiten führen wissenschaftliche Ergebnisse ins Feld. Ich gestehe, dass ich durchaus Verständnis für die Haltung habe, die sagt, bewiesen, dass das ganz bewusstlos macht, ist es nicht. Ich habe viel Verständnis für die Argumente der Tierschützer, aber es ist eine Abwägungsfrage.

Das ist der große Vorteil dieses Beschlusses, dieses Urteils des Bundesverfassungsgerichts, dass es diese Abwägung in vernünftiger und verantwortlicher Weise vornimmt. Ich darf aus dem Beschluss zitieren: „Er hat das Ziel, den Grundrechtsschutz gläubiger Muslime und Juden zu wahren, ohne damit die Grundsätze und Verpflichtungen eines ethisch begründeten Tierschutzes aufzugeben“, unter anderem – und das ist ganz entscheidend! – dadurch, dass der vorhandene graue Markt an Schlachtereien aufgehoben wird, dass das legalisiert wird, was nämlich Folgen für die Ausbildung und für die Bedingungen hat, in denen das alles vor sich geht, und dass durch weitere behördliche Auflagen alles dafür getan wird, dass den zu schlachtenden Tieren eben alle vermeidbaren Schmerzen und Leiden erspart werden.

Das Gericht hat auch nahe gelegt, dass in der Tat eine neue Erwägung passieren müsste, wenn der Tierschutz im Grundgesetz stünde. Ich weiß nicht, wie das dann ausgeht. Keiner soll sich den Illusionen hingeben zu sagen, damit wäre das Ergebnis klar. Das ist genauso wie in unserer Landesverfassung. Wie das Ergebnis dann aussieht, ist ganz offen. Ich bin aber auch nach wie vor dafür, und die

Berliner Koalitionsfraktionen haben in der Tat bereits lange vor der DVU einen Antrag in den Bundestag eingebracht, das ins Grundgesetz zu schreiben. Darauf bezog sich auch meine Kritik an Ihnen, dass Sie mit Sachen kamen, die längst eingebracht waren. Ich hoffe nach wie vor sehr, dass im Bundestag auch eine Zweidrittelmehrheit dafür zustande kommt.

Die Tierschutzverbände haben nach wie vor eine prinzipiell andere Haltung. Sie respektieren jedoch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts und sagen, es ist gut, dass endlich durch weitere Zusatzbestimmungen wenigstens alles getan wird, dass in allen Formen des Schlachtens den Tieren so wenig Leid wie möglich zugefügt wird. Die Richter haben dafür gesorgt, dass Gleichheit herrscht, und sie haben auch hervorgehoben, dass allen, die hier bei uns in Deutschland leben, seien es Christen, Juden oder Muslime, das Recht zugestanden werden muss, religiöse Auffassungen auch bei solchen Dingen in Anspruch zu bringen. Insofern halte ich dieses Urteil, wie auch immer die Diskussion weitergeht, für einen Beitrag für den sozialen Frieden, der gleichzeitig auch die Belange eines recht verstandenen Tierschutzes durchaus berücksichtigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann. (D)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, Ihnen spreche ich hier jedes moralische Recht ab, sich überhaupt zum Thema Tierschutz zu äußern. Sie und Ihre Fraktion waren es doch, die alle, aber auch alle Anträge, die die Deutsche Volksunion hier zum Thema Tierschutz eingebracht hat, abgelehnt haben. Also kommen Sie jetzt nicht hier nach vorn und halten mit einem weinerlichen Gesicht solche Büttreden!

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach haben unsere Verfassungsrichter wahrscheinlich keine Achtung vor der Kreatur,

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Und Sie keine Achtung vor der Verfassung!)

denn sonst hätten sie nicht ein solch beschämendes Urteil gesprochen. Das sage ich in aller Deutlichkeit: Dieses Urteil wirft tiefe Schatten auf unsere Rechtsprechung. Was meinen Sie, was bei einer Volksbefragung herausgekommen wäre? Da bin ich einmal gespannt.

Für die Deutsche Volksunion ist es unerträglich, dass diese Art von Tierquälerei auch noch offiziell von höchster Stelle abgesegnet worden ist. Dieses Urteil ist ein Skandal sondergleichen. Ich frage mich, in welchem Jahrhundert, in welchem Land wir ei-

(A) gentlich leben, wo so eine Schande möglich ist! Die Deutsche Volksunion wird sich jedenfalls auch weiterhin rigoros gegen jegliche Tierquälerei und un- eingeschränkt für den Tierschutz einsetzen. Ich bin mir darüber hinaus ziemlich sicher, dass sich alle Tierfreunde vehement gegen diese Tierquälerei zur Wehr setzen werden und Ihnen, den Altparteien, bei der nächsten Wahl in Bremen und Bremerhaven für Ihre unredliche Politik die verdiente Quittung geben werden.

Eines dürfte sogar Ihnen klar sein, dass dieses Urteil zum Schächten die weitere Integration von Ausländern in Deutschland deutlich erschweren wird. Weil das Urteil bei jedem Menschen einer Hochkultur tiefe Verachtung hervorrufen muss, kann ein solches Steinzeiturteil niemals, aber auch niemals im Namen des Volkes ergangen sein. Es erging wohl eher im Namen eines fatalen Integrationswahns, der das Ziel verfolgt, sich nahezu kompromisslos fremden Religionen anzupassen und unterzuordnen.

Meine Damen und Herren, die Ethik des Tierschutzes bleibt mit dem Schächten auf der Strecke. Meine Toleranz für den unwürdigen Umgang mit den armen Kreaturen findet dort ihre Grenze, wo ihnen unnötiges Leid und unmenschliche Qualen zugefügt werden. Lassen Sie es nicht zu, dass der Koran offensichtlich über deutschem Recht steht! Ich finde, es ist eine bodenlose Frechheit und Anmaßung, wenn ich letzte Woche im „Weser-Report“ die Aussage eines türkischen Gastarbeiters lesen muss, der da sagt, das Schächten sei damals im Dritten Reich von den Nazis verboten worden, also müsse wahrscheinlich auf Grundlage dieser Tatsache das Schächten jetzt in Deutschland wieder eingeführt werden. Das kann es ja wohl nicht sein!

(B) Ich bin es einfach Leid und habe es satt, wie viele Millionen andere Deutsche auch, mich immer und immer wieder bis in alle Ewigkeit von hier lebenden Gastarbeitern, von Ausländern, mit solch anmaßenden Vorwürfen andauernd erpressen zu lassen. Das habe ich nicht nötig, und das deutsche Volk hat das nicht nötig, und schon gar nicht von Personen, die einer Nation angehören, die die Armenier auf das Grausamste und Schrecklichste niedergemetzelt haben, meine Damen und Herren.

Damit es hier ein für alle Mal klar ist, ich sage es in aller Deutlichkeit: Es steht doch jedem Ausländer, jedem Gastarbeiter frei, wenn es ihm in Deutschland nicht gefällt, wenn ihm unsere deutschen Gesetze nicht gefallen und wenn er sich nicht an deutsche Gesetze halten möchte, Deutschland von heute auf morgen zu verlassen. So einfach ist das!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wir sprechen über das Verfassungsgerichtsurteil!)

Das wäre auch im Interesse der hier anständig lebenden Ausländer.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion wird jedenfalls demokratisch rigoros dafür kämpfen, (C)

(Zuruf von der SPD: Wie wäre es einmal mit dem deutschen Verfassungsgericht?)

dass Deutsche in Deutschland durch Ihre Politik nicht zu Menschen zweiter oder dritter Klasse gemacht werden.

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/1044 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab. (D)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.08 Uhr)

\*

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.47 Uhr.

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

#### **Härtefallkommission einrichten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 12. Februar 2002  
(Drucksache 15/1060)

Als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Böse, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Güldner.

(A) **Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst kurz schildern, worum es bei unserem Antrag, der Ihnen heute hier in der Bürgerschaft vorliegt, Härtefallkommission einrichten, geht!

Es geht darum, dass im Ausländerrecht, und darum handelt es sich ja letztendlich hier, Ermessensspielräume sind, die Ausländerbehörden in den Kommunen und Kreisen unterschiedliche Möglichkeiten der Entscheidung in bestimmten Fällen, zum Beispiel in Fragen von Aufenthaltsgewährung, Aufenthaltsbeendigung und ähnlichen Dingen, einräumen. Es geht also um diese Ermessensspielräume und um Entscheidungsmöglichkeiten von Behörden, die unterschiedlich ausfallen können, aber jeweils trotzdem rechtmäßig und gesetzmäßig bleiben.

Es geht auch, und das ist natürlich ein ganz wichtiger Aspekt der Begründung für eine solche Kommission, um humanitäre Aspekte, zum Beispiel wenn Migranten oder Migrantinnen sich hier langjährig straffrei aufgehalten haben, eine Ausbildung möglicherweise noch beenden oder sich aber hier über lange Jahre sehr gut integriert haben und auch eine gute Integrationsprognose vorliegt.

Worum es nicht geht bei Fällen, die möglicherweise vor einer solchen Kommission landen: Es ist kein Gnadenakt im Ausländerrecht, und es ist auch kein Aushebeln des Ausländergesetzes oder gar des Rechtsstaates. Hier haben wir in der Tat einige sehr merkwürdige Interpretationen und Stellungnahmen gehört, zum einen im Ausländerausschuss dieses Parlaments von einem Mitarbeiter des Senators für Inneres, Kultur und Sport, der meinte, eine solche Härtefallkommission als rechtsfreien Raum bezeichnen zu müssen, was sehr merkwürdig ist. Er unterstellt quasi, dass es in vier Bundesländern aktuell, und jetzt kommt das Saarland mit absoluter Mehrheit der CDU noch dazu, also in fünf Landesregierungen ganz offensichtlich einen rechtsfreien Raum in diesem Bereich gibt. Ich werde Herrn Müller aus dem Saarland gleich noch zitieren, dann kommen wir darauf zurück, und Sie werden sehen, was es damit auf sich hat. Das ist schon sehr abenteuerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber auch der Vorsitzende der Jungen Union in Bremen, Kollege Rohmeyer, hat sich dazu in der „taz“ vom 10. Januar 2002 geäußert. Dort hat er zum Punkt Härtefallkommission gesagt – und zwar bezogen auf den Koalitionspartner SPD in diesem Fall, der das ja auch befürwortet –, man wolle das Ausländerrecht unterhöhlen, und die SPD stelle mit dem Vorschlag für eine Härtefallkommission den Rechtsstaat in Frage.

Herr Rohmeyer, nun habe ich Sie hier schätzen gelernt als einen Abgeordneten, der sehr merkwürdige Ansichten zur Bildungspolitik hat. Insofern sind

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

Sie hier bekannt. Dass Sie aber in Ihrer Funktion als Vorsitzender der Jungen Union einen derartigen Unfug erzählen und das noch in die Presse geben, dass durch eine vollkommen rechtsstaatlich eingerichtete, beschlossene und von allen getragene Härtefallkommission der Rechtsstaat in Frage gestellt würde, das hätte ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht zugetraut!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wo gibt es also eine solche Härtefallkommission? Scheinbar streiten wir uns darüber, ob das Saarland nun eine bekommt oder nicht, aber sei es drum. Es gibt eine Härtefallkommission bereits in Nordrhein-Westfalen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Schleswig-Holstein und auch in Berlin.

In Berlin wurde sie während der großen Koalition eingesetzt, und sie hat, nach einem Zwischenspiel anderer Regierungen, unter anderem, wie ich höre, erfolgreich unter dem Staatssekretär Dr. Kuno Böse zu seiner Berliner Zeit gearbeitet. Also scheint es auch da, Herr Rohmeyer, nicht so arg weit mit dem rechtsfreien Raum und mit der Unterhöhlung des Rechtsstaates her zu sein, denn dass unser heutiger Innensenator in Berlin den Rechtsstaat unterhöhlt hat, das wollen Sie doch bestimmt hier niemandem erzählen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das habe ich ja gar nicht gewusst, Herr Böse!)

Ja eben, nicht wahr? Das fand ich auch interessant! Wenn es eine solche Kommission einmal gibt, und das haben wir auch in der Anhörung im Ausländerausschuss gehört, dann kann man ganz offensichtlich auch von der Regierungsseite und der Verwaltung her damit arbeiten. Vielleicht können Sie ja nachher, Herr Böse, einiges aus Ihrer Erfahrung in Berlin berichten.

Wie funktioniert eine Härtefallkommission? Bevor ich das selbst erkläre, möchte ich Ihnen kurz aus der Anhörung, die im Ausländerausschuss dieses Hauses stattgefunden hat, zitieren, bei der der Vertreter der Härtefallkommission Nordrhein-Westfalens erzählt hat, wie das im Land Nordrhein-Westfalen vor sich geht. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Kommission ist ein beim Innenministerium angesiedeltes, aber von Behörden unabhängig arbeitendes Beratungsgremium, das aus zwei Ministerialvertretern und sechs Vertretern nichtbehördlicher Organisationen besteht. Sie behandelt Anträge ausreisepflichtiger Ausländer, die geltend machen, dies bedeute für sie eine besondere Härte. Darüber hinaus gibt sie allgemeine Empfehlungen zur Handhabung ausländerrechtlicher Fragestellungen. Die Kommission erledigt eine zeitnahe Beratung der eingereichten Anträge.“ Während des laufenden Ver-

(C)

(D)

(A) fahrens bei der Härtefallkommission seien die Behörden an vorbereitenden Maßnahmen für Abschiebungen nicht gehindert, entsprächen aber doch regelmäßig der Bitte der Kommission, von diesen Maßnahmen während der Beratungen abzusehen.

Obwohl die Empfehlungen, das sagt ja schon das Wort Empfehlungen, nicht bindend sind, ist es so, dass die Behörden in Nordrhein-Westfalen in aller Regel den Empfehlungen der Kommission folgen, und, so hat der Vertreter Nordrhein-Westfalens hier ausgeführt, das liegt zum großen Teil daran, dass auch die Behörden die Empfehlungen dieser Kommission nicht als Gnadenakt, sondern als ausschließlich im Rahmen der geltenden Rechtsordnung ausgesprochene Empfehlungen betrachten. Er hat sie als in Nordrhein-Westfalen sehr bewährt beschrieben.

Er hat noch einen weiteren Aspekt angesprochen. Mir ist allerdings – und ich komme ja gleich zu den politischen Problemen dieser Frage – bei dem starken Widerwillen in der CDU nie so richtig klar geworden, warum Sie das eigentlich nicht auch unter diesem Aspekt sehen können. Er hat nämlich geschildert, dass sich die Akzeptanz der Entscheidungen im Ausländerrecht, nachdem diese ganz wenigen Einzelfälle, um die es ja letztendlich geht, dann auch noch in dieser Härtefallkommission beraten worden sind, erheblich erhöht habe, dass die Behörden nach anfänglicher Skepsis, und die sei ihnen ja auch zugestanden, sich sehr wohl positiv über die Arbeit der Kommission äußern würden und dass man inzwischen auch im politischen Raum den Wert der Kommission, vielleicht mit unterschiedlichen Interessen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln, aber doch auf allen Seiten des politischen Spektrums, sehr wohl einsehen würde.

(B) Das heißt, wenn man sich einmal die Ergebnisse der hier stattgefundenen Anhörung anschaut, wenn man sich die verschiedenen Argumente anschaut, die für die Einrichtung einer solchen Härtefallkommission sprechen, dann kann es im Grunde genommen nur eine Konsequenz geben, die wir als Parlament daraus ziehen, nämlich dass wir eine solche Härtefallkommission für das Land Bremen einrichten, meine Damen und Herren! Genau das verlangt unser Antrag, der Ihnen heute auf dem Tisch liegt.

Nun zur politischen Situation in Bremen und warum diese Härtefallkommission dennoch gegen alle Erfahrungen aus der Anhörung, die stattgefunden hat, und gegen alle Argumente nicht eingerichtet wird! Schauen wir einmal, wie das der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Jens Böhrnsen, betrachtet! Ich darf ihn mit Genehmigung des Präsidenten zitieren. Er sagt: „Ich denke, es ist wichtig, den Sachverstand solcher Organisationen, solcher Vertreter einzuholen, und es ist zum zweiten aber auch wichtig, um eine richtige, um eine humanitär verantwortbare Entscheidung zu treffen,

und dass es drittens auch wichtig ist, dass wir Entscheidungen treffen, die eine hohe Akzeptanz in Gesellschaft und Politik haben.“

(C)

Ich füge hinzu: Die sozialdemokratischen Vertreter im Ausländerausschuss, wie eben auch ihr Fraktionsvorsitzender, haben sich sehr für diese Kommission eingesetzt, sind aber letztlich an der Koalitionsvereinbarung gescheitert. Das heißt, die Regierung ist in dieser Frage nicht handlungsfähig, weil es zwei völlig gegensätzliche Meinungen gibt. Sie können über das Problem Härtefallkommission zwar reden, sie können Anhörungen veranstalten, sie können Ausführungen machen, aber handeln, die eigentliche Aufgabe einer Regierung und auch dieses Senats, können sie in dieser Frage nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt noch andere Politiker im Lande Bremen, die ganz offensichtlich diesem Gedanken etwas abgewinnen. Dazu scheint auch, und ich habe das auch aus anderen Ausführungen gehört, der Innensenator Dr. Böse zu gehören. Ich möchte ihn zitieren aus einem Schreiben, das hier vorliegt, das im Rahmen des Petitionsausschuss an die Flüchtlingsinitiative in Bremen gegangen ist. Der Innensenator schreibt dort: „Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass auch nach meiner Auffassung die Beendigung des Aufenthaltes in Einzelfällen aufgrund der besonderen Umstände schwer nachvollziehbar ist und ein gewisser, allerdings eng begrenzter Ermessensspielraum auch in den Fällen eines nicht rechtmäßigen Aufenthaltes oder einer illegalen Einreise wünschenswert wäre.“

(D)

Damit bringen Sie doch das Unbehagen, das wir alle haben, zum Ausdruck, dass es immer wieder Einzelfälle gibt, bei denen es nach menschlichen Ermessen nahe liegen würde, die besondere persönliche Konstellation und die besondere rechtliche Würdigung zu beachten – und ich habe vorher ja schon gesagt, welche anderen Faktoren noch mit hineingehören – und hier eine Ausnahme zu machen, einen Härtefall anzuerkennen und möglicherweise ein Bleiberecht, vielleicht für eine gewisse Zeit oder bis zur Beendigung der Ausbildung, vielleicht aber auch auf Dauer oder mit Möglichkeit zur Weiterwanderung, es gibt viele Lösungen im Rahmen von Härtefallkommissionen, zuzugestehen.

Jetzt kommen wir wieder auf das Saarland zurück! Auch im Saarland ist es so, dass man dies nun auf der Bundesebene eingebracht hat. Das heißt, das Saarland möchte, dass sich auf Bundesebene in den Bundesgremien die Bundesländer darauf verständigen, entsprechende Regelungen einzuführen. Es bleibt aber nichtsdestoweniger die Tatsache, dass wir im Land Bremen als Parlament die Stelle sind, die die Härtefallkommission hier beschließen und einrichten müsste. Es gibt keine Überlegung für eine bundesweite Härtefallkommission, sondern es gibt

(A) sie für das Land. Hier im Land sind Sie nicht handlungsfähig und blockieren sich gegenseitig, wie es in diesem Punkt augenscheinlich der Fall ist.

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Es sieht so aus, und das ist sehr bedauerlich, weil ich ja das Engagement in diesem Haus auf dieser Seite auch verfolgt habe, als ob in allen Fragen, bei denen es um humanitäre Angelegenheiten geht, die CDU in der großen Koalition in Bremen ein Vetorecht hat. Dieses Vetorecht ist sehr zum Nachteil Bremens, der Betroffenen, ihrer Familien und Freunde und zum Nachteil des sozialen Friedens in Bremen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Iletmis.

(B) Abg. Frau **Iletmis** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir fällt heute die undankbare Rolle zu, einem Antrag der Grünen, dessen Anliegen wir Sozialdemokraten nicht nur teilen, sondern für das wir jedenfalls in Bremen auch das Urheberrecht beanspruchen, die Zustimmung zu verweigern. Ich hätte diesem Antrag sonst aus vollem Herzen zugestimmt. Deswegen ärgert es mich auch besonders. Es ärgert mich auch, weil unser Koalitionspartner sich weigert, eine richtige Sache mitzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Härtefallkommission im Ausländerrecht, wie sie in Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen eingerichtet wurde, würde uns auch in Bremen gut zu Gesicht stehen. Worum geht es? Aus Anhörungen im Ausländerausschuss sowie weiteren Gesprächen ist deutlich geworden, dass ein solches Gremium als anerkannter Partner den Dialog zwischen Betroffenen, Behörden und auch den Parteien fördert.

Herr Senator Böse, es bestreitet niemand, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde in Bremen und Bremerhaven rechtlich klare Entscheidungen treffen. Es bestreitet auch niemand, dass sie sich dabei auch von humanitären Gesichtspunkten leiten lassen, aber es gibt eben auch zahlreiche Fälle im Ausländerrecht und im wirklichen Leben auch, in denen man das so, oder aber auch anders entscheiden könnte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Genau diese Fälle sorgen in unseren Städten immer wieder für Aufregung. Sie, Herr Senator, haben im Fernsehen und in anderen Medien oft erklärt, Sie würden, wenn Ihnen das Recht die Möglichkeit ließe, auch oft gern anders entscheiden. Da möchte ich Sie ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wir sind uns zwar uneinig darüber, wo Ihnen das Ausländerrecht diesen Entscheidungsspielraum lässt beziehungsweise nicht lässt. Ich frage mich aber auch, warum Sie sich dann zum einen nicht der Initiative Ihrer Parteifreunde im Saarland anschließen und für eine Härtefallklausel im Ausländerrecht streiten.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich frage mich zum anderen, warum Sie sich so sehr dagegen wehren, in Fällen, in denen Ihnen das Gesetz diesen Ermessensspielraum lässt, guten Rat von außen anzunehmen, nämlich den guten Rat einer Härtefallkommission. Es sitzen Regierungsvertreter, Vertreter der großen Kirchen, anderer nicht-staatlicher Verbände und von Flüchtlings- und Migrantenverbänden darin. Ihre Bedenken und Ihre Ängstlichkeit verraten stark mangelndes Vertrauen gegenüber den Kirchen und engagierten Initiativen. Wovor haben Sie denn Angst? Das ist mir nicht verständlich. Dass vielleicht in einigen Fällen, in denen Sie es nicht möchten, eine positive Entscheidung gefällt wird?

Auf Antrag der von der Ausreisepflicht betroffenen Ausländer befasst sich dieses Gremium mit Einzelfällen und gibt Empfehlungen, die in engagierten und fachgerechten Beratungen lange diskutiert wurden, an die Ausländerbehörde. Diese behält das Letztentscheidungsrecht. Von einer Unterhöhlung des Ausländerrechts oder einer Infragestellung des Rechtsstaates, wie Herr Rohmeyer, den muss ich leider auch noch einmal dazu benennen, gemeint hat herausposaunen zu müssen, kann also nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich habe immer gedacht, die Jugendorganisationen der Parteien seien immer einen Schritt weiter als ihre Mutterparteien. Das habe ich anders erfahren müssen. Ich denke, Sie müssen aufhören, Herr Rohmeyer, hier jetzt schon mit dumpfen Parolen Wahlkampf zu machen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Zuruf der Abg. Frau **S t r i e - z e l** [CDU])

(A) Machen Sie sich erst einmal schlau, und informieren Sie sich! Ich habe mich genug informiert! Ich habe ja auch vorgeschlagen, dass wir diese Anhörung durchführen!

Das Ergebnis dieses Bemühens der Härtefallkommission können Sie in den Berichten der Kommissionen, die wir im Ausländerausschuss gehört haben, ablesen. Seit Einführung der Härtefallkommission in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1996 wurden zirka 3200 Fälle beraten. In 17 Prozent der Fälle wurde eine Empfehlung im Sinne des Antragsbegehrens gegeben, in 25 Prozent der Fälle wurden positive Empfehlungen innerhalb des Antragsbegehrens ausgesprochen. In den meisten Fällen folgte die Ausländerbehörde den Empfehlungen. Die Ausländerbehörden stehen der Härtefallkommission inzwischen durchaus positiv gegenüber. Durch Sachverstand wie Dialog- und Konfliktbereitschaft der Mitglieder, der nicht staatlich anerkannten Kirchen und anderer Verbänden, die sicherlich auch unterschiedliche Grundeinstellungen haben, kommt es zu einer höheren Akzeptanz, und das führt dazu, dass das Verfahren nicht so lange dauert.

Die beteiligten Organisationen wirken durch die Einbindung in die Rechtspraxis. Außerdem glaube ich, dass dadurch das Misstrauen gegenüber den Behörden und den Parteien abgebaut wird.

(Beifall bei der SPD)

(B) Dass die Verfahren generell verzögert werden, verwaltungsrechtliche Bestätigungen von Entscheidungen wieder in Frage gestellt würden oder finanzielle Belastungen für die Kommune oder Mehrarbeit entstehen könnten, hat sich hier nicht bestätigt.

Die Entscheidungen, die den Empfehlungen einer Härtefallkommission folgen, berücksichtigen in besonderer Weise den von den beiden Koalitionsfraktionen, nämlich CDU und SPD, in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Grundsatz, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, „bei ausländerrechtlichen Entscheidungen zugunsten der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer zu entscheiden, sofern nicht zwingende öffentliche Gründe dem entgegenstehen und die Ermessensspielräume des Ausländerrechts, so dass ausländerrechtliche Entscheidungen getroffen werden, die unter humanitären Gesichtspunkten erforderlich sind und die den Interessen aller Bevölkerungsteile und ihrem Zusammenleben gerecht werden“. Das ist doch ein guter Beschluss. Warum wollen wir das dann nicht auch praktizieren?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Unser Fraktionsvorsitzender hat auch in Diskussionen mehrfach, und auch der CDU-Fraktionsvorsitzende hat in Einzelfällen immer wieder darauf hin-

gewiesen: Diese Entscheidungen werden sowohl von den Betroffenen als auch von der Öffentlichkeit weit mehr akzeptiert als Behördenentscheidungen. Dies hätte die Behörden, das Ressort und den Petitionsausschuss auch arbeitszeitlich gesehen entlasten können.

Dass ich den Antrag der Grünen ablehnen muss, ärgert mich aber auch ein bisschen, weil Sie, Herr Dr. Güldner, wissen, dass der Koalitionsvertrag von SPD und CDU es, wie jeder Koalitionsvertrag, einem Partner verbietet, gegeneinander abzustimmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Was soll dann dieses Spielchen? Nein! Sie wissen, dass wir eine Große Anfrage gestellt und darüber ausführlich diskutiert haben. Deswegen verstehe ich auch Ihre Spielchen nicht. Ich empfinde das so ein bisschen als ein Stehlen der Initiative, um dann mit dem Finger auf uns zeigen zu können. Das finde ich ein bisschen albern!

(Beifall bei der SPD)

Es sollte uns um den Inhalt gehen und nicht darum, wer hier welche Rolle zu spielen hat. Die Bundestagswahl rückt aber näher. Wie Sie alle aus der Zeitung, dem Fernsehen oder Radio erfahren, müssen wir uns wahrscheinlich daran gewöhnen, wie auch heute von dem Vertreter der DVU immer wieder zu hören war, dass, wenn das Wahlprogramm inhaltlich nichts mehr hergibt, die Ausländer- und Flüchtlingsthematik mehr nachrückt und man über sie diskutiert. Das gefällt mir auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen dem Antrag der Grünen leider nicht zu, aber das Thema bleibt für uns Sozialdemokraten auf der Tagesordnung, und wir werden es auch als Ziel für die nächste Bürgerschaftswahl nicht aufgeben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg kurz zu Herrn Dr. Güldner, zu Ihrem ersten Punkt, Junge Union! Wenn Sie mit der Jungen Union irgendwelche Themen austauschen wollen, machen Sie das auf einer anderen Ebene, aber nicht hier!

(Beifall bei der CDU)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Die Junge Union ist eine autonome Organisation in der CDU, und von daher steht es auch dem Vorsitzenden frei, sich in jeder Richtung zu äußern.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
In jeder?)

Zweitens: Sie sprechen von Einzelfällen. Herr Dr. Güldner hat von wenigen Einzelfällen gesprochen, Frau Iletmis hat da schon von mehreren Fällen gesprochen. Ich füge noch hinzu, leider sind auch einige Fälle dabei gewesen, um die wir uns besonders gekümmert haben, bei denen es sich um Rechtsbrecher handelte, und ich bin schon allein an dem Punkt nicht bereit, Unterstützung zu gewähren.

(Beifall bei der CDU)

Grundsätzlich hinsichtlich der Frage, was man in Koalitionen voranbringt und was nicht: Da will ich einmal auf eine Debatte hinweisen, die schon etwas zurückliegt, in der es um Rückführungszentren ging, die gefordert wurden und die in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern mit Erfolg praktiziert werden, weil die, die da in ihre Heimatländer zurückgeführt werden sollen, entsprechend betreut werden et cetera, ich will jetzt darauf nicht näher eingehen. Damals sind wir aber hier in diesem Haus auch nicht zu einem Erfolg gekommen, weil es abgelehnt wurde, und wir haben es auch getragen. Wir versuchen es immer wieder, und so können Sie vielleicht, wenn die Zuwanderungsregelung auf Bundesebene getroffen wurde, erneut versuchen, Ihre Härtefallregelung hier unterzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Sie unterstellen auch in Ihren Aussagen, dass eine solche Einrichtung eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Dies würde ich zunächst einmal als Unterstellung darstellen wollen, weil ich nicht der Auffassung bin, dass die Bevölkerung so etwas vorbehaltlos akzeptieren würde.

(Beifall bei der CDU)

Ich vernachlässige jetzt die Frage, ob das Wahlkampf ist oder nicht. Wir haben diesen Antrag hier nicht eingebracht, deswegen machen wir auf dieser Basis, weil es sich auch gar nicht dafür lohnt, jedenfalls keinen Wahlkampf.

Ich sage noch einmal, Frau Iletmis, Koalitionen bedeuten immer Kompromisse, möglichst gute Kompromisse. Sie sehen in diesem Kompromiss sicherlich einen schlechteren Kompromiss, wir sehen darin einen guten Kompromiss. Es ist aber so, wie es ist. Wir lehnen diesen Antrag gemeinsam ab, und ich bin letztendlich froh, dass auch hier die SPD un-

ter diesem Koalitionsaspekt die Zustimmung versagen wird.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]:  
Soviel zum Kompromiss!)

Ich komme gleich in meinen weiteren Ausführungen noch auf Einzelpunkte zu sprechen, die den Ermessensspielraum et cetera betreffen oder auch die Lesung von Herrn Dr. Güldner aus den Aussagen der Innenbehörde. Sie haben nämlich nicht weitergelesen, das werde ich gleich nachholen. Dann wird auch deutlich, was der Innensenator eigentlich gemeint hat, nämlich nicht das, was Sie hier sinnstellend vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage also insgesamt: Wir lehnen, und das stelle ich noch einmal heraus, es ist ja schon gesagt worden, in der Tat diesen Antrag ab. Die SPD hat ja angekündigt, dass sie dem zwangsweise beitreten wird.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]:  
Soviel zum Kompromiss!)

Ansonsten darf ich auch noch vorweg sagen: Ich wäre eigentlich froh gewesen, wenn wir die Große Anfrage der SPD zu diesem Thema gleich mit „verarbeitet“ hätten. Ich glaube, es wäre interessant gewesen, welche Position der Senat in der Gesamtheit in dieser Frage vertritt. Dann hätte die Diskussion vielleicht auch noch einen etwas anderen Drall bekommen, und wir wären vielleicht am Ende alle etwas schlauer. Vielleicht!

Ich habe auch immer erklärt, wenn mir jemand wirklich konkret begründen würde, worin ein Vorteil dieser Härtefallkommission liegt, wäre ich gern bereit, meine Meinung zu ändern. Ich habe aber, glaube ich, alle Varianten durchdacht und bin zu keinem anderen Schluss gekommen. Eine solche Härtefallkommission ist in der Tat überflüssig.

Zum Antrag der Grünen! Die Hinweise auf die Härtefallkommission sind zunächst sicher interessant, aber nicht relevant. Die CDU im Saarland erarbeitet eine Initiative im Hinblick auf das noch festzulegende Zuwanderungsrecht des Bundes, es ist also eine völlig offene Position. Es gilt also die Regelung des Bundes, auch in möglichen Härtefallregelungen abzuwarten. Auch deshalb ist die Härtefallkommission abzulehnen.

Im Einzelnen zu den Punkten, die dort als Erfahrungswerte vorgetragen werden! Erstens: Zu den humanitären Erwägungen sage ich, dass auch im Recht durchaus Regelungen getroffen worden sind und bestehen, die als humanitär zu gelten haben. Das Zweite ist: Es hat in jedem Fall, gerade bei diesen sehr sensiblen Geschichten, die wir in jüngster Vergan-

(C)

(D)

(A) genheit hatten oder auch noch vor uns haben, eine Reihe von wirklich intensiven Einzelfallprüfungen gegeben, die noch einmal alle Möglichkeiten berücksichtigt haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass leider nichts anderes als eine Rückführung in das Heimatland möglich ist.

Zu dem Punkt, dass im Vorfeld langwieriger Verfahren und Prozesse konkrete Lösungen gefunden würden, frage ich zunächst einmal, welche Lösungen gefunden werden sollen, die sich im Rahmen des geltenden Rechts ergeben. Darüber hinaus bezweifle ich auch, dass die Verfahren dadurch entlastet beziehungsweise verkürzt werden könnten. Ich befürchte im Gegenteil, dass hierdurch in diesen Verfahren, die aus meiner Sicht ohnehin schon viel zu lange dauern – wir haben insbesondere im Asylverfahrensbereich eine Dauer von zehn bis 13 Jahren, das ist eine viel zu lange Zeit –, nur noch ein weitere Verzögerung eintritt, die nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie schreiben dann weiter: Als Erfahrungswert werden sachliche Empfehlungen ausgesprochen, die von allen betroffenen Behörden und Hilfsorganisationen mitgetragen würden. Also, dass die möglicherweise von Hilfsorganisationen mitgetragen würden, kann ich mir durchaus vorstellen. Ich kann mir weniger vorstellen, dass die Behörden, wenn sie sehen, dass es rechtlich nicht machbar ist, hier mitmachen und dies mittragen würden.

(B)

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hätten einmal in die Anhörung kommen sollen!)

Hinzu kommt, dass man, wenn man das so verbindlich gestalten will, Herr Dr. Güldner, dann in der Tat eine Rechtsgrundlage dafür schaffen muss, die so etwas auch verbindlich regelt, denn nur dann ist eine solche Empfehlung auch mit verbindlichem Charakter zu versehen und entsprechend behördlich zu berücksichtigen. Ich kann auch aus Ihrem Antrag nicht erkennen, welche Grundlage das wie gesagt sein soll. Auch insofern können Sie sich vielleicht noch einmal melden und mir oder uns das noch einmal darlegen.

Ich darf darauf hinweisen, dass es auch ohne Härtefallkommission in Einzelfällen genügend Fürsprecher gibt, teilweise auch undifferenziert, die für die Betroffenen eintreten. Da sind vielerlei Initiativen hier in Bremen, die wir alle kennen, es sind Einzelpersonen, Flüchtlingsinitiativen, runde Tische, Schulen, teilweise Arbeitgeber, Arbeitskollegen, Kirchen und so weiter. All diese Fürsprecher sprechen Senat, Bürgerschaft und Petitionsausschuss an. Unterstützt werden sie häufig von Rechtsanwälten, die ihr besonderes Engagement in Asylverfahren erkennen lassen. Insbesondere der Petitionsausschuss geht sehr

sorgfältig und gewissenhaft mit allen Petitionen um, ich hätte beinahe gesagt, das ist auch gut so.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Im Verwaltungsbereich kümmern sich darum, um kurz ein Bild von der großen Zahl der Befassten zu skizzieren: die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, der Bundesbeauftragte beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Hohe Flüchtlingskommissar der UN, die Ausländerbeauftragte des Senats in Bremen, die Ausländerabteilung beim Senator für Soziales und parlamentsseitig der Petitionsausschuss vornehmst, aber auch der Ausländerausschuss und damit nicht zuletzt die Bürgerschaft in Gänze.

Im Rahmen des Ausländergesetzes, des Asylverfahrensgesetzes und der Verordnungen und so weiter arbeitet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit dem Einzelfallentscheid. Das heißt, dass jeder einzelne Fall auf Herz und Nieren geprüft wird und anhand des geltenden Rechts geprüft wird, ob ein Verbleib des Betroffenen aufgrund des Asylrechts stattfinden kann oder er oder sie abzulehnen ist. Dafür gibt es darüber hinaus ja auch noch eine Filiale des Bundesamtes in Bremen an der Steinsetzerstraße sowie das Ausländeramt, den Senator für Inneres als Aufsichtsbehörde und im Besonderen auch, wenn sie damit befasst sind, die Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht.

(D)

Ein Teil des Petitionsausschusses, das darf ich in diesem Zusammenhang auch noch anmerken, ist vor einiger Zeit in Nürnberg gewesen und hat sich dort umgesehen, und ein Teil des Petitionsausschusses ist auch hier in Bremen in der Filiale gewesen. Mir ist gesagt worden – ich bin an diesen Tagen nicht dabei gewesen, weil ich in Nürnberg und auch hier in der Steinsetzerstraße schon war –, dass der Eindruck so war: Hier wird wirklich sachgerecht und objektiv gearbeitet und werden auch objektive und sachgerechte Entscheidungen herbeigeführt.

(Beifall bei der CDU)

Auch deswegen, sage ich, ist eine solche Härtefallkommission überflüssig. Ich füge hinzu: Wer das Bedürfnis hat, sich in diesen Fragen zusammenschließen, ob Kirchen, Initiativen oder sonst etwas, kann das doch tun. Das ist allen freigestellt, und sie können sich letztlich auch alle mit uns direkt auseinander setzen. Dafür sind wir gerade in Bremen auf viel zu engem Raum, als dass das nicht möglich sei. Die Rechtsweegegarantie, die in Deutschland sehr ausgeprägt nutzbar ist, ergibt sich dann darüber hinaus aus Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz, dies ist bekannt. Ich wäre für eine Minimierung der Instanzen. Ich sehe, dass dadurch die Verfahrensdauer er-

- (A) heblich verkürzt werden könnte. Das wird aber sicherlich auch eine Sache sein, die letztendlich und vornehmst auf Bundesebene zu regeln ist.

(Glocke)

Ich komme zunächst einmal zum Schluss! Je länger also Bewerber, und das ist nachvollziehbar, in Deutschland Aufenthalt haben, desto größer wird die Erwartungshaltung der Betroffenen, hier bleiben zu können. Damit verbunden ist dann auch, dass sie in aller Regel wesentlich schwerer zurückzuführen sind, weil sie sich natürlich, je länger sie hier wohnen, desto mehr an die Gewohnheiten anpassen, und je länger sie Schüler sind und hier Schulen besuchen, desto mehr werden sie da auch integriert, was ich im Übrigen gut finde.

Deswegen haben wir auch mit meinen beiden SPD-Kolleginnen über die Position des Neunzehnjährigen gesprochen, und ich habe an der Stelle auch noch einmal betont, ich glaube, dass bestimmte Einzelfälle durchaus positiv geregelt werden können, aber vor allem, und das ist meine Erfahrung aus zweimaliger Mitgliedschaft im Petitionsausschuss und als Berichterstatter für Ausländer, dass man viele Dinge im ruhigen Fahrwasser ohne die Öffentlichkeit wesentlich besser durchbekommen kann als mit der Öffentlichkeit.

- (B) (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort Senator Dr. Böse.

**Senator Dr. Böse \*):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es mit einer Diskussion um das geltende Ausländergesetz zu tun. Dieses Ausländergesetz sieht eine Härtefallkommission nicht vor. Übrigens sieht dies auch der Entwurf der rotgrünen Bundesregierung, von Herrn Schily vorgelegt, nicht vor.

(Abg. Kleen [SPD]: Fordern Sie das doch!)

Ich komme gern dem Kollegen Schily zur Hilfe, Herr Kleen, aber in diesem Fall überlege ich mir dies in der Tat.

Um gleich einmal darauf zurückzukommen, was hier falsch über das Saarland berichtet wurde, ich habe mit meinem Freund Peter Müller extra noch einmal deswegen telefoniert! Meine Damen und Herren, das Saarland hat in Ergänzung dessen, was Rotgrün in Berlin vorgelegt hat, einen Antrag im Hinblick auf ein neues Ausländergesetz gestellt. Schily hat explizit Stellung genommen und gesagt, er will

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (C) so etwas nicht haben! Er will so etwas nicht! Das Saarland hat gesagt, und das entspricht meinen Äußerungen in dem von Herrn Dr. Güldner zitierten Brief, bei Einzelfällen, die eine absolute Ausnahme sein müssen!

Ich gebe zu, dass dieser neunzehnjährige Schüler der Familie, die jetzt abgeschoben wurde, der hier in Rede stand, er ist ja untergetaucht, bis er 14 Jahre alt war, wiederholt straffällig geworden ist, danach aber nicht mehr und sich integriert hat, möglicherweise ein Ausnahmefall gewesen wäre, bei dem man hätte anders entscheiden können, wenn da nicht nach Paragraph 30 Ausländergesetz die Bedingung gewesen wäre, dass illegaler Aufenthalt der Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis entgegensteht. Deswegen habe ich auch öffentlich gesagt, und das ist die Initiative des Saarlands in Hinsicht auf ein neues Gesetz, in absoluten Ausnahmefällen eine solche Möglichkeit einzuräumen, dass auch bei illegalem Aufenthalt eine Ausnahme gemacht werden kann, aber gebunden daran, dass der bereits von Herrn Herderhorst zitierte Artikel 19 Absatz 4, nämlich die Rechtswegegarantie, nicht zum Tragen kommt, denn dann ist das ausgeschlossen!

Das kann nicht sein, dass in absoluten Ausnahmefällen so etwas gemacht wird und dann in einem Einzelfall entschieden wird, und anschließend gibt es dann die berühmten Präzedenzfälle, die auf dem Wege der diversen Verwaltungsgerichtsinstanzen einzuklagen sind. Das sagt auch Peter Müller, das sagt auch das Saarland. Nur unter dieser Bedingung sind sie bereit, eine solche eng gefasste Regelung zu machen.

Meine Damen und Herren, dies unterstütze ich in einem solchen Ausnahmefall, aber der Abgeordnete Dr. Güldner hat ja davon gesprochen, dass das gegenwärtige Ausländergesetz Ermessensspielräume zulässt. Herr Dr. Güldner, das ist richtig und falsch! Ich war selbst bei den Anhörungen Anfang der neunziger Jahre beteiligt. Der Gesetzgeber hat bewusst die Ermessensspielräume des gegenwärtig geltenden Ausländergesetzes fast ausgeschlossen. Es gibt sie in einigen Fällen, weil nach dem bis dahin geltenden Ausländerrecht – ich nehme einmal dieses Wort, und ich kann es auch belegen – in der Praxis einzelner Bundesländer mit dem Ermessen Schindluder getrieben wurde.

(Abg. Böhrsen [SPD]: Quatsch!)

Deswegen hat sich im Übrigen auch die SPD dazu bekannt, ein neues Gesetz vorzulegen. Dies sagt im Übrigen auch, weil hier Quatsch gerufen wird, Herr Schily. Das sagen auch Leute wie Herr Wiefelspütz, meines Wissens ja Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Innenausschuss des Deutschen Bundestags.

Meine Damen und Herren, dieses Ermessen, wenn es denn vorhanden ist, wird zugunsten des Auslän-

(C)

(D)

(A) ders ausgeübt. Das ist richtig so. Wenn aber kein Ermessen da ist, kann es auch nicht ausgeübt werden. Mit der Einrichtung einer Härtefallkommission gaukeln Sie vor, dass es so etwas wie eine Gnadeninstanz gibt, auch wenn Sie sagen, Herr Dr. Güldner, das soll keine Gnadeninstanz sein.

Ich bin vermutlich im Raum hier der Einzige, der mit einer solchen Härtefallkommission Erfahrung hat. Es wurde ja auch gesagt, dass es Härtefallkommissionen nur in rotgrünen oder rotroten Ländern gibt: Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin. In Berlin war dies ein Sonderfall, weil das die neue große Koalition, als sie 1991 an die Regierung kam, von dem damals abgewählten rotgrünen Senat geerbt hatte und es weiterlaufen ließ. Meine Damen und Herren, diese Härtefallkommission – und der Mitarbeiter, der hier berichtet hat, war ja lange Jahre mein Mitarbeiter – hat mitnichten erfolgreich gearbeitet! Sie hat Papiere ohne Ende produziert. Es war eine Kommission, für die Entscheidungsvorlagen und hinterher Begründungsvorlagen und noch einmal Vorlagen und noch einmal Vorlagen erstellt wurden.

Ich will Ihnen eine kurze Geschichte erzählen: Mitte der neunziger Jahre kamen die SPD-Mitglieder des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags nach Berlin, um sich darüber zu informieren. Da gab es einen Sprecher, Bartling heißt der, heute ist er dort Innenminister. Er sagt mir heute noch, dass er dankbar ist für diesen Rat. Wir haben ihm vorgeführt, wie diese Kommission arbeitet, und dann hat er gesagt, solange er in Niedersachsen etwas zu sagen hat, wird es dort keine Härtefallkommission geben, und Niedersachsen hat, obwohl absolute SPD-Mehrheit, bis heute keine solche Härtefallkommission!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, dass die Akzeptanz der Entscheidungen der Ausländerbehörde sich erhöht: Gibt es denn im Strafgesetzbuch eine Möglichkeit, eine Härtefallkommission zu haben, damit sie die Akzeptanz der Entscheidungen dort erhöht? Warum macht man einen Unterschied zwischen dem einen und dem anderen Gesetz? Die Auswirkungen sind in beiden Fällen, das gebe ich gern zu, häufig sehr einschneidend für die Betroffenen. Aber im Ausländergesetz, meint man, ginge das. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, dass hier in der Tat die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – Sie sagen, Herr Dr. Güldner, das soll nicht angetastet werden, und es soll kein Aushebeln des Rechtsstaates geben – zumindest angezweifelt wird.

Herr Herderhorst hat bereits gesagt: Alle Akte der Verwaltung sind durch Widerspruchsbescheide auf der Ebene der Senatsverwaltung, durch Verwaltungsgerichts- und Oberverwaltungsgerichtsent-

scheidungen – wir haben in Bremen viele Fälle vor dem Bundesverwaltungsgericht und sogar vor dem Bundesverfassungsgericht gehabt – und dann auch vom Petitionsausschuss dieses Hauses überprüfbar. Es gibt keinen Verwaltungsakt der Behörden, der nicht auf rechtsstaatlichem Wege nach der Rechtswegegarantie des Artikels 19 überprüfbar wäre. Trotzdem soll aber eine Kommission eingesetzt werden, die dies noch einmal überprüfen soll. Meine Damen und Herren, ich verstehe das nicht, und ich finde, das ist in der Tat etwas, das die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung schon in Teilen in Frage stellt.

Um zum Schluss zu kommen, meine Damen und Herren: Ich glaube, dass eine solche Härtefallkommission auch gegenüber denen, die sie anrufen mögen, ein falsches Bild vorgaukelt, als gäbe es eine Gnadeninstanz, die es aber nicht gibt. Eine solche Härtefallkommission kann überhaupt nur dort einer Verwaltung zuarbeiten, so haben wir das in Berlin gehabt, wo ein Ermessen der Verwaltung noch möglich ist, bei einem abgelehnten Asylbewerber nach dem Asylverfahrensgesetz ganz sicherlich nicht mehr, denn das Asylverfahrensgesetz schließt ausdrücklich aus, dass es hier Änderungen der Entscheidungen gibt. Nicht einmal die Ausländerbehörde kann dies tun, sie hat nur noch die Frage zu prüfen, ob rechtliche oder tatsächliche Abschiebungshindernisse vorliegen.

Deswegen, meine Damen und Herren, meine ich, schafft eine solche Kommission, und das habe ich selbst über Jahre hinweg erlebt, einen sehr hohen bürokratischen Aufwand, ohne dass in vielen Fällen eine Änderung von Entscheidungen zu erkennen ist. Die Zahlen, die von Nordrhein-Westfalen vorgelegt wurden, hätten Sie einmal den Zahlen aus Berlin gegenüberstellen sollen, meine Damen und Herren! Einem Land mit 18 Millionen Einwohnern und rund 3000 Fällen steht ein Land mit dreieinhalb Millionen Einwohnern und sehr viel mehr tausend Fällen, ich habe die Zahlen nicht im Kopf, gegenüber! Nicht in sehr vielen Fällen ist hier im Rahmen der Widerspruchsbescheiderteilung, weil neue Argumente hinzukamen, die die Verwaltung aber auch sonst hinzugenommen hätte, eine Änderung vonstaten gegangen.

Das ist ein Mehr an Bürokratie. Es ist nicht ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit. Es ist auch nicht eine Erhöhung der Akzeptanz von Entscheidungen. Dies ist mir in der langjährigen Praxiserfahrung, die ich habe, bisher nirgends entgegengeschlagen. Selbst wenn eine Härtefallkommission, die Härtefallkommission, die ich kannte, etwas empfahl, was in der Öffentlichkeit nicht als gut empfunden wurde, hat die Öffentlichkeit dies genauso kritisiert wie bei Entscheidungen der Verwaltung.

Ich würde empfehlen, meine Damen und Herren, den Weg anzunehmen, den ich eingangs genannt habe und den das Saarland beschritten hat, nämlich dass wir in einem neuen Gesetz in Ausnahmefällen,

(C)

(D)

- (A) wenn das mit einem Ausschluss von Artikel 19 Absatz 4 kompatibel ist, eine solche Regelung finden. Dann kann man diskutieren, ob dies in solchen Einzelfällen über eine Härtefallkommission gemacht werden soll. Ich meine eher nein, allerdings Peter Müller, er meint eher ja. Das muss man ausdiskutieren, dass also in einem neuen Gesetz so etwas möglicherweise vorgesehen werden kann, aber das gegenwärtige Gesetz, meine Damen und Herren, will das nicht. Dort, wo es gemacht wird, ist es überflüssig und bürokratischer Aufwand. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der letzte Beitrag von Innensenator Dr. Böse war ein Gegeneinanderwiegen von Argumenten, und das begrüße ich sehr. So etwas haben wir ja auch des Öfteren in der Innendeputation, so stelle ich mir so eine Debatte vor. Man kommt möglicherweise zu einem anderen Schluss, und Sie wissen ja, dass wir da zu einem ganz anderen Schluss kommen als Sie.

Herr Herderhorst, was Sie vorhin gemacht haben, das fand ich schon sehr merkwürdig. Sie waren nicht in der Anhörung, die hier in Bremen stattgefunden hat, und nun erzählen Sie hier alle möglichen Dinge über Härtefallkommissionen, die gar nichts mit der Praxis und der Realität in diesen Ländern zu tun haben, die dort lang und breit – auch im Protokoll dieser Anhörung nachzulesen – geklärt worden sind. Damit haben Sie wirklich niemandem einen Gefallen getan, das hier so darzustellen, wie niemand, aber auch wirklich niemand es behauptet hat.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Wir haben die gleichen Eindrücke gewonnen, kein Problem!)

Bei Ihnen ist es ja wahrscheinlich noch einmal ein anderes Thema, aber das lassen wir einmal beiseite.

Herr Dr. Böse, Sie haben mehrere Punkte angesprochen, die, wie ich finde, in der Tat sehr erwähnenswert sind. Sie haben gesagt, in der Fassung des Ausländergesetzes, die übrigens nicht von SPD und CDU, sondern von der CDU/FDP-Regierung unter dem Innenminister Kanther beschlossen wurde und heute noch gilt, gibt es keine Ermessensspielräume. Deswegen bräuchten wir auch keine Härtefallkommission, denn wenn es die Ermessensspielräume nicht gibt, was soll die dann letztendlich entscheiden außer Bürokratie und Papier?

Das Ausländergesetz gilt aber auch in Nordrhein-Westfalen, es gilt auch in Schleswig-Holstein, und es gilt auch in Berlin. Dort ist man zu dem Schluss

\*) Vom Redner nicht überprüft.

gekommen, dass man eine solche Härtefallkommission will. Sie arbeitet auch. Sie arbeitet unter dem Innenministerium mit einer Geschäftsführung. Das auch noch einmal zu Herrn Herderhorst, weil Sie sagen, die Behörden akzeptieren das gar nicht! Das Innenministerium sitzt mit am Tisch und ist Teil dieser Kommission. Die Geschäftsführung der Härtefallkommission liegt beim Innenministerium der jeweiligen Länder. Da zu sagen, die seien dort außen vor, ist schon wirklich abenteuerlich!

Es erscheint mir auch, was Sie zu der Frage bundesweit oder in Bremen gesagt haben, überhaupt nicht logisch, Herr Böse. Sie sagen, das geht nur bundesweit in einem neuen Gesetz. Heißt das de facto, dass die CDU Bremen bundesweit für Härtefallkommissionen ist, aber in Bremen, wenn sie tatsächlich eingerichtet werden könnte, dagegen? Das müssen Sie mir einmal erklären, wie das gemeint sein kann, das kann ja wohl nicht wahr sein!

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Hat er doch gar nicht gesagt!)

Ja, Frau Striezel, wir wissen es ja!

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Sie leider nicht!)

Nein, wir wissen, warum Sie so engagiert sind in der Debatte, Frau Striezel.

Herr Böse, Sie sagen, Ihre Bedingung sei, dass man gleichzeitig die Rechtsweegegarantie des Grundgesetzes außer Kraft setzt. Das müssen Sie mir einmal erklären, wie Sie sich das vorstellen.

(Senator **Dr. Böse**: Durch eine Änderung des Artikels 19!)

Wenn Sie die Einrichtung einer Härtefallkommission an die Außerkraftsetzung oder Änderung der Rechtsweegegarantie des Grundgesetzes knüpfen, das scheint mir schon wirklich mehr als abenteuerlich zu sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben auch gesagt, so eine Härtefallkommission sei quasi wesensfremd, wir hätten die Gerichte, die Behörden, die Initiativen und Verbände. Eine Härtefallkommission sei im Grunde genommen ein Fremdkörper, der da gar nicht hingehöre. Das sei auch nicht üblich, haben Sie gesagt. Das ist aber überhaupt nicht so! Wir haben im Sozialrecht entsprechende Kommissionen, die das Ermessen noch einmal beleuchten. Wir haben in vielen anderen Bereichen Schiedskommissionen, in denen die Kammern noch einmal zusammentreten, um verschiedene Streitigkeiten, die zwar rechtsstaatlich klar definiert, aber trotzdem nicht gelöst worden sind, zu klären. Man setzt sich in Schiedskommissionen, Ermessenskommissionen, Härtefallkommissionen noch

(C)

(D)

(A) einmal zusammen, um dann im Einzelfall einen Spruch zu erreichen, mit dem alle leben können. Das ist eine sehr gute Einrichtung. Das ist in ganz vielen Bereichen so. Warum soll das im Ausländerrecht dann so schlecht und so wesensfremd sein? Das habe ich auch nicht verstanden, Herr Böse!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, wir haben meines Erachtens im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, ein klares Verfahren. Wir haben eine klare rechtliche Grundlage in diesen Bundesländern. Wir könnten sie hier auch haben. Die Härtefallkommission berät den Fall, das Innenministerium sitzt nicht nur am Tisch, sondern hat die Geschäftsführung. Die Härtefallkommission spricht eine Empfehlung aus, übrigens, das ist vorhin gesagt worden, mehrheitlich negativ in allen Bundesländern, die wir hier vorgetragen bekommen haben, aber in einem Teil der Fälle eben auch positiv oder manchmal sogar alternativ. Diese Empfehlung geht über das Innenministerium an die Ausländerbehörden, die sich in aller Regel daran halten und entsprechende Verfügungen erlassen und im Grunde dann diesen Einzelfall auch zu den Akten legen können. Man kann also keineswegs sagen, wie hier behauptet worden ist, dass es um Verzögerung, Verschleppung, Verlängerung geht. Das Gegenteil, das wurde hier glaubhaft bei der Anhörung vorgetragen, ist der Fall.

(B) Ich glaube, dass wir es hier mit einem Fall zu tun haben, in dem es klare Mehrheiten für ein bestimmtes politisches Projekt im Land Bremen gibt. Durch die politische Konstellation allerdings kommen sie in dieser Legislaturperiode nicht zustande. Wir bedauern das sehr!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, ich möchte Sie nur einmal darauf aufmerksam machen, Bremen ist zwar ein bedeutendes Bundesland, aber das kleinste. Daraus entstehen auch bestimmte andere Konstellationen. Die Verwaltungsstruktur ist zum Beispiel eine andere als in Flächenländern sowieso und in den großen Stadtstaaten ebenso. Deswegen mache ich Sie nur darauf aufmerksam, dass natürlich in Ländern, die mehrere Ämter und solche Dinge zu entscheiden haben, unter Umständen zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen wird.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es gibt doch gar kein Ermessen im Gesetz!)

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

Da ist dann möglicherweise der Ansatz gegeben, durch eine solche Kommission, wenn man sie denn so nennen will, darauf hinzuweisen und da auszugleichen. Ansonsten aber kann ich mich nur wiederholen, die Rechtswegemöglichkeiten sind in der Bundesrepublik Deutschland sehr ausgeprägt. Wer behaupten will, dass die Verwaltung willkürlich Entscheidungen trifft, der, glaube ich, weiß auch nicht, wovon er redet.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat keiner gesagt!)

Im Übrigen – ich habe das zumindest einmal im Verwaltungsrecht gelernt, der Fraktionsvorsitzende der SPD wird das noch viel besser wissen als ich – ist Ermessen aber generell erst einmal ermessensfehlerfrei auszuüben. Zweitens gibt es nur eine richtige Auslegung, und diese ist dann auch durch Gerichte überprüfbar. Bei einem unbestimmten Rechtsbegriff ist es ebenso. Es gibt nur eine Interpretation eines unbestimmten Rechtsbegriffes, also nicht des unbestimmten Rechtsbegriffes mit Beurteilungsspielraum, den gibt es auch noch, der ist etwas anderes. Hier, beim unbestimmten Rechtsbegriff, ist auch nur eine Auslegung richtig, und die ist eben auch durch Gerichte überprüfbar. Von daher sehe ich überhaupt nicht, wo da ein Ansatz wäre, auch unter humanitären Gesichtspunkten, noch etwas zu ändern. Ich kann mich da auch nur wiederholen, ich finde es nie gut, wenn etwas mit sehr viel Öffentlichkeitsarbeit vorangebracht werden soll und dann das Ergebnis das Gegenteil ist.

Ich sage noch einmal, und dies betrifft insbesondere den Asylbereich, wobei man ja differenzieren muss, es sind ja nicht die Ausländer, die hierher kommen und zuwandern, sondern da sind ja unterschiedliche Gruppen zu sehen, ob das aus arbeitsmarktpolitischen Gründen passiert oder ob es Asylbewerber sind oder ob es sonstige Ausländer sind, die aus welchen Gründen auch immer hierher gekommen sind und einen bestimmten Status erreichen: Für den Asylbereich jedenfalls gilt das, was im Artikel 16 a als Grundsatz festgelegt worden ist, dass nur politisch Verfolgte Asylrecht genießen können. Dies wollen wir auch hochhalten. Alles andere ist auch mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Um die Dinge zu vervollständigen, hatte ich ja vorhin angekündigt, ich würde das, was Herr Dr. Güldner in einem Absatz aus dem Schreiben des Senators für Inneres an den Petitionsausschuss vom 18. Januar 2001 hier vorgetragen hat, noch einmal aufgreifen. Ich wiederhole das noch einmal, weil das jetzt vielleicht nicht mehr ganz so präsent ist. „Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen“, das ist also der Satz, den Herr Dr. Güldner vorgetragen hat, „dass auch nach meiner Auffassung

(C)

(D)

- (A) die Beendigung des Aufenthaltes in Einzelfällen aufgrund der besonderen Umstände schwer nachvollziehbar ist und ein gewisser, allerdings eng begrenzter Ermessensspielraum auch in den Fällen eines nicht rechtmäßigen Aufenthaltes oder einer illegalen Einreise wünschenswert wäre.“ Dann kommt der nächste Satz: „Das derzeit geltende Ausländerrecht enthält derartige Ermessensspielräume jedoch nicht, so dass die Erteilung eines weiteren Aufenthaltsrechtes in Einzelfällen nicht möglich ist.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist falsch! – Senator D r . B ö s e : Das ist nicht falsch!)

Die Thematik der Härtefallregelung ist auch Gegenstand der Beratung zur Neugestaltung des Ausländerrechts im Rahmen der Debatte über das Zuwanderungsgesetz. Es bedarf jedoch einer genaueren Prüfung, in welcher Form und in welchem Kontext derartige Regelungen aufgenommen werden können. Die Frage der Abgrenzung der Fälle spielt gerade im Hinblick auf die Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes dabei eine ganz entscheidende Rolle. Solche Regelungen können auch nicht isoliert getroffen werden, sondern sind in die Gesamtsystematik des Gesetzes einzubeziehen. Gerade auch im Hinblick auf die vorliegenden Entwürfe zum Zuwanderungsgesetz, das eine völlige Neugestaltung des geltenden Ausländerrechts zum Ziel hat, ist eine isolierte gesetzliche Initiative derzeit nicht angezeigt.“ Das ist auch sinngemäß das, was der Innensenator hier eben noch einmal vorgetragen hat. Ich will das noch einmal bekräftigen.

(B)

So ist es! Das ist die Ausgangslage. Wir werden dann sehen, wann auch immer, ich hoffe natürlich auch möglichst bald, dass man sich auf Bundesebene einigt und wir dann zu einer neuen Rechtslage und Ausgangslage kommen. Dann können wir möglicherweise auch erneut die Frage einer solchen Kommission behandeln, wenn sich das aus dem dann geltenden Recht ergibt.

Was mir in diesem Zusammenhang besonders am Herzen liegt, möchte ich hier auch nur noch einmal ganz kurz ansprechen, das ist die Frage, die ja insbesondere für diejenigen von Bedeutung ist, die ein Bleiberecht, insbesondere auch ein Dauerbleiberecht bekommen oder bekommen haben. Ich glaube, dass es für uns alle erstes Gebot sein muss, hier die Integration voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wir auf dieser Ebene noch erhebliche Defizite haben,

(Abg. K l e e n [SPD]: Ja!)

und ich will das auch begründen.

Das ist der Griff ins tägliche Leben. Wenn ich sehe, in wie vielen Stadtteilen Ausländer sich quasi zusammenziehen, ich will nicht von Ghettos sprechen, aber es kommt dem langsam nahe, wie sich in deutsch-türkischen oder anderen Freundschaftsvereinen aber nur diese Ausländer einfinden, wir in Moscheen zwar Besuchstage haben, aber darüber hinaus eine relativ große Abkapselung stattfindet und wie hier eigenartigerweise Häuser aufgekauft werden – dabei erinnere ich mich an die gestrige Debatte über Gewinnabschöpfung, denn wenn Ausländer mit Millionenbeträgen in den Taschen zu Hausbesitzern kommen und das Haus kaufen wollen, wirft auch das gewisse Fragen auf –, auch um Ausländer dort einziehen zu lassen, und die sind dann wieder separiert und abgekapselt!

(C)

Wer das als Integration darstellen möchte, der soll das tun. Ich jedenfalls kann darin keine Integration sehen. Ich glaube, wir haben da noch einen großen Teil Arbeit. Ich lasse jetzt einige Punkte weg. Zum Abschluss nur noch ein Satz, der mich besonders aufgeregt hat, nämlich ein Satz des Bundestagsabgeordneten der Grünen Özdemir, der auf einem Parteitag der Grünen erklärte, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali.“

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, unter anderem!)

Von den Grünen erhielt er dafür Standing Ovation, dafür habe ich Verständnis. Von der überwiegenden Bevölkerung wird er diesen Beifall wohl kaum bekommen.

(D)

(Beifall bei der CDU – Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Das war aber kein integrativer Beitrag!)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1060 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(A) **Wasserschutzgebiet Bremen-Vegesack endlich ausweisen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. Januar 2002  
(Drucksache 15/1047)

Als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer,  
ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen):  
Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser  
Antrag ist schlicht und einfach, das Wasserschutz-  
gebiet Bremen-Vegesack endlich auszuweisen. Be-  
reits 1996 beantragten die damaligen Stadtwerke,  
heute bekanntlich die swb AG, im Einzugsbereich  
ihrer Trinkwassergewinnungsanlage diese Festset-  
zung als Wasserschutzgebiet. Sie müssen hier auch  
bedenken, dass dort fast 20 Prozent des Trinkwas-  
sers der Bremer Bevölkerung gewonnen werden.  
Das heißt, es ist auch für eine Primärversorgung der  
Bevölkerung von herausragender Bedeutung.

Nach allgemein anerkannten Richtlinien sind ge-  
nerell die Einzugsbereiche von Trinkwassergewin-  
nungsanlagen als Wasserschutzgebiete festzusetzen.  
Grund ist, dass hier ein Gesundheitsschutz zu ge-  
währleisten ist und verhindert werden muss, dass  
wassergefährdende Stoffe ins Trinkwasser gelangen  
können. Das müsste im Sinne eines Gemeinwohls  
eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie es da möglich ist, dass es in diesem Land ein-  
zelnen Betrieben gelingt, diese Festsetzung als Was-  
serschutzgebiet zu verhindern, ist in keiner Weise  
nachvollziehbar. Es ist Wirtschaftslobbyismus pur,  
ohne Rücksicht auf Fragen der Allgemeinheit, der  
Umwelt und der Gesundheit. Was durch die Festle-  
gung erreicht werden soll und was im Wesentlichen  
damit gemacht wird, ist, dass eine Untersuchung  
stattfindet, ob in der Tat keine Gifte ins Trinkwasser  
gelangen. Das ist der Hauptgrund für eine solche  
Verordnung. Das heißt, es ist eine Überwachung da-  
hingehend, dass man erkennt, falls Gift ins Trink-  
wasser kommt, und hier auch entsprechend eingrei-  
fen kann.

Wenn man jetzt böse wäre, was ich nicht bin,  
dann könnte man sagen, wer das verhindern will,  
der scheint irgendwie Dreck am Stecken zu haben.  
Oder haben Sie Befürchtungen, dass man hier ent-  
deckt, dass unzulässigerweise auch eine Trinkwas-  
serbelastung stattfindet? Es gibt nämlich auch kei-  
nen wirtschaftlichen Grund, dies nicht zuzulassen.  
Wie gesagt, wesentliches Ziel ist die Überwachung  
und ein Erlaubnisvorbehalt bei neuen gewerblichen  
Tätigkeiten.

Andere Städte machen es vor. Wir richten einmal  
einen Blick nach Hamburg oder nach Berlin, diese  
Städte haben weite Teile ihres Stadtgebietes als Was-  
serschutzgebiete ausgewiesen, in Düsseldorf sind es  
zwei Drittel der Fläche. Ich möchte hier auch an Nie-  
dersachsen erinnern, das nämlich, um das Bremer  
Trinkwasser zu schützen und unsere Versorgung zu  
ermöglichen, über 300 Quadratkilometer seiner Lan-  
desfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen hat.  
Soweit zur Begründung der Notwendigkeit, dies zu  
tun!

(C)

Die entsprechende Deputationsvorlage mit genau  
dieser Intention lag uns am 9. November 2000 vor.  
Sie wurde auf Verlangen der CDU von der Tages-  
ordnung genommen und befindet sich seitdem in der  
politischen Endlosschleife. Im Juni letzten Jahres ha-  
be ich hier einen Antrag eingebracht im Zusammen-  
hang mit der Frage der Umsetzung des Aktionspro-  
gramms Flussgebiet Weser. Dort waren verschiede-  
ne Punkte hinsichtlich der Notwendigkeiten aufge-  
zählt, die ergriffen werden müssen, um dieses Pro-  
gramm auch umzusetzen. Ein Punkt war damals,  
dieses Wasserschutzgebiet auszuweisen. Nach Herrn  
Dr. Schuster mussten Sie ja leider damals diesen An-  
trag von uns mit der Begründung ablehnen, dass die-  
ser Punkt zwar schon von Ihnen getragen würde, nicht  
aber die anderen. Deshalb mussten Sie das Gesamt-  
paket ablehnen.

Ich wollte Ihnen heute noch einmal die Chance  
geben, sich auch entsprechend Ihrer Position zu ver-  
halten, das heißt, hier diesem Antrag zuzustimmen,  
und ich habe das als einzelnen Punkt herausgenom-  
men. Ich beschränke mich jetzt also hier auf diesen  
Punkt, dem Sie eigentlich zustimmen müssten. Ich  
möchte Herrn Dr. Schuster aus der Sitzung der Bür-  
gerschaft vom 21. Juni 2001 mit Erlaubnis des Präsi-  
denten zitieren:

(D)

„In einem anderem Punkt möchte ich Ihnen auch  
noch einmal ausdrücklich Recht geben. Es ist rich-  
tig, dass die Ausweisung des Wasserschutzgebiets  
in Vegesack scheinbar endlos geschoben wird. Das  
bedauere ich zutiefst! Ich hoffe, dass dieser Zustand  
sich in den nächsten Wochen auflösen und die CDU  
auch sagen wird: Natürlich richten wir etwas ein, was  
fachlich geboten ist und wogegen keine Argumente  
sprechen.“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesen Wo-  
chen sind wieder einmal Monate geworden!

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:  
Jahre!)

In der Bürgerschaftssitzung im Oktober letzten Jah-  
res wurde ich dann aufgrund einer Anfrage in der  
Fragestunde optimistisch, bei der ich gedacht habe:

(A) Mein Gott, jetzt passiert es! Trotz Zeiten großer Koalition kann man ja Umweltpolitik machen. Von wegen! Ich habe gedacht, es sei ein historisches Jahr. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es in der Tat historisch wäre, weil bereits 1962 die ersten Versuche gestartet wurden, den Einzugsbereich dieser Trinkwassergewinnungsanlage auszuweisen. 1962, das heißt, das wäre das vierzigjährige Jubiläum!

Jeder, der hier sagt, und diese Argumente sind auch gefallen, wenn wir es in 40 Jahren nicht geschafft haben, warum sollen wir es denn dann zu Zeiten der großen Koalition schaffen, der ist jenseits von Gut und Böse, weil sich nämlich seit den sechziger Jahren bestimmte Bedingungen geändert haben. Wir haben seit den sechziger Jahren auch erkannt, wie wichtig es ist, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, und es ist eine entsprechende Gesetzgebung etabliert worden. Das heißt, wir sind in einer anderen Situation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu dieser komme ich jetzt zurück und zitiere nun mit Erlaubnis des Präsidenten Frau Senatorin Wischer aus der Sitzung der Bürgerschaft am 24. Oktober 2001. Frau Wischer zu mir gerichtet: „Frau Abgeordnete, Sie wissen ja, dass wir uns wiederholt in der Deputation mit diesem Fragenkomplex beschäftigt haben. Wir sind der Auffassung, dass wir alle materiellen Voraussetzungen und Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang aufgetreten sind, gelöst haben. Jetzt geht es nur noch darum, letzte offene Fragen mit dem Wirtschaftsressort zu Ende zu bringen. Sie haben ja der Antwort entnommen, dass wir doch davon ausgehen können, dass wir noch zum Ende dieses Jahres dieses Thema endgültig abschließen können.“

(B)

(Abg. Frau Hammerström [SPD]:  
Dachten wir auch!)

So Frau Wischer im Jahr 2001! Jetzt haben wir Februar 2002! Wieder wurden die Versprechungen nicht eingehalten, das Wirtschaftsressort blockiert. Das ist das ständig wiederkehrende Muster im Bereich Umwelt, die SPD will es, die CDU blockiert, und, Frau Wischer, Sie setzen sich nicht durch! Wir bekommen es nicht. Es findet hier keine Umweltpolitik mehr statt.

Ich bitte Sie, heute unserem Antrag zuzustimmen, und fordere den Senat dazu auf, endlich seinen wasserrechtlichen Auftrag anzunehmen und das Wasserschutzgebiet Bremen-Vegesack auszuweisen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehen Sie mir nach, dass ich auch nach der Rede von Herrn Herderhorst eben zum anderen Punkt eigentlich immer weniger Lust auf Koalitionen habe, so auch bei diesem Thema!

(C)

(Abg. Herderhorst [CDU]: Da bin ich aber tieftraurig!)

Manchmal fragt sich die Öffentlichkeit schon, warum wir hier angeblich zum Wohl der Stadt die große Koalition haben, wenn diese große Koalition sich in manchen Punkten derart lahm und ängstlich verhält.

Meine Damen und Herren, eigentlich bin ich ein sehr langmütiger Mensch, und Herr Herderhorst hat es eben auch in seiner Rede schon gesagt, Koalitionen bedeuten immer Kompromisse. Aber hier schaffen wir ja noch nicht einmal einen Kompromiss innerhalb von zwei Jahren.

(Abg. Frau Sauer [CDU]: Gehen wir doch auch ständig ein!)

Sie können sich gleich auch gern zu diesem Thema äußern. Ich wünsche mir ein paar Mitstreiter. Frau Mull sehe ich in diesem Punkt an meiner Seite, aber sie hat es ja auch in der Deputation nicht so ganz leicht, wenn sie von oben eine Order bekommt, sich anders zu verhalten, als sie es auch ganz gern möchte.

(D)

Das Thema mit dem sperrigen Namen Erlass einer Verordnung gemäß Paragraph 47 Bremisches Wassergesetz für die Wassergewinnungsanlage Bremen-Vegesack verdeutlicht dies in eklatanter Weise. Noch in der letzten Legislaturperiode haben der Kollege Eckhoff und ich schon zu diesem Thema gesprochen. Einen Schritt voran sind wir noch nicht gekommen. Worum geht es?

Seit 1940, das hat die Frau Kollegin Dr. Mathes eben gesagt, wird im Ortsteil Vegesack im Bereich der heutigen Uhthoffstraße Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung gefördert. Aktuell dient dieses Wasser der Versorgung in Bremen-Nord. 1968 wurden 650 000 Kubikmeter pro Jahr bewilligt. Ab 1997 ist diese Menge durch Bewilligung auf eine Million Kubikmeter pro Jahr erhöht worden. Die Modernisierung und Erweiterung der technischen Fördereinrichtung durch die swb AG ist abgeschlossen.

Mit großem Energieaufwand, meine Damen und Herren, das muss man sich auch einmal in Erinnerung rufen, wird aus Niedersachsen Trinkwasser bezogen. Dies soll nun reduziert werden, weil es in Bremen genügend eigene Grundwasserreserven gibt. Pumpversuche in den Jahren 1992 und 1994 haben gezeigt, dass die beabsichtigte Fördermenge ohne erkennbare Nachteile, man höre und staune, für den

- (A) Natur- und Wasserhaushalt aus der Wassergewinnungsanlage Vegesack zu erzielen ist.

Zukünftig ist geplant, einen Teil über die Lesum in das Gebiet des Bremer Westens zu leiten und dort den Stadtteil Burg-Grambke zu versorgen. Ich kann die Burg-Grambker nur beglückwünschen. Herr Liess, Sie werden in Kürze, wenn wir das Trinkwasserschutzgebiet ausgewiesen haben, ein exzellentes Trinkwasser erhalten, das sich wirklich mit dem teuersten Quellwasser vergleichen kann.

Im Oktober 2000, die Kollegin sagte es bereits, beschäftigte uns in dieser Legislaturperiode das Thema das erste Mal. Im Grunde ist es ein Skandal, dass wir immer noch nicht weiter sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Dabei waren wir eigentlich schon einmal viel weiter. Die CDU hat zum Thema Trinkwasser in diesem Haus gesagt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Es ist festzustellen, dass der Zwei-Städte-Staat Bremen generelle Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Grundwasserentnahme, Gewässerschutz oder Weserverunreinigung ergeben, nicht allein lösen kann.“ Sehr wohl, denn der Senat hat in einer gemeinsamen Sitzung mit Niedersachsen bereits vor zehn Jahren zugesagt, dass das Land Bremen mit der Ressource Wasser sparsam umgehen wird. In einer Senatsentscheidung vom 17. Mai 1994, und die möchte ich hier ganz gern noch einmal zu Protokoll geben, verpflichtet sich der Senat, sich im Interesse langfristiger Versorgungssicherheit zu bemühen, seine eigenen Ressourcen weiter auszubauen.

(B)

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Das waren noch Zeiten!)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Senatsbeschluss aus dem Jahr 1994, der immer noch nicht umgesetzt ist. Der Kollege Wirtschaftssenator ist leider nicht da, aber wir sollten ihm diesen Senatsbeschluss noch einmal zur Kenntnis geben. Ich zitiere aus einem Redebeitrag des CDU-Redners aus einer Debatte: „In diesem Zusammenhang fordert die CDU-Fraktion den Senat auf, endlich die Ausweisung von Wasserschutzgebieten in Bremen-Nord vorzunehmen.“

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Hört, hört!)

Ich weiß gar nicht, warum die Kollegen nicht in die Huße kommen! Das Protokoll verzeichnete damals Beifall bei der CDU. Anschließend der CDU-Redner: „Die Frage der Erhaltung und Qualität unserer Wasserressourcen wird von entscheidender Be-

deutung für die nach uns kommenden Generationen sein.“ Recht hat er!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich darf aber noch einmal darauf hinweisen, in der Deputation habe ich das bereits erwähnt, diese Debatte fand am 1. September 1982 statt.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Das ist  
noch nicht so lange her!)

Erinnern Sie sich doch einmal an Ihre guten Aussagen aus dem Jahr 1982, es war Ihr Kollege! Sie können das gern auch einmal nachlesen. Seit dem 8. Juni 1999 beschäftigen wir uns jetzt in der Deputation damit. Die öffentliche Auslegung war, der Beirat Vegesack hat dem zugestimmt, die vorgetragenen Bedenken und Anregungen konnten mit Ausnahme der Bedenken der Norddeutschen Steingut AG vollständig ausgeräumt oder berücksichtigt werden, ich erwähne noch einmal, bis auf die Bedenken der Norddeutschen Steingut!

Jetzt wird es kompliziert! Wenn alle Welt sagt, was habt ihr für ein tolles Trinkwasser in eurer Nähe, ihr könnt eigenes Wasser fördern, sagen die Kollegen leider, das stimmt zwar, aber wir wollen erst einmal abwarten, was die Handelskammer sagt. In der Sitzung vom 9. November wird uns in der Deputation der Erlass der Verordnung vorgelegt. Da es im Vorfeld Signale gab, dass die Handelskammer Einwände hatte, hat die Senatorin zu Recht gesagt, das Thema bekomme ich nicht durch, wir setzen das Thema aus. Vier Wochen danach kommt die Vorlage erneut auf die Tagesordnung. Staatsrat Logemann berichtet von den Gesprächen mit swb AG und Handelskammer. Ein Klärungsgespräch hat stattgefunden, eine Beschlussfassung soll aber noch nicht erfolgen, um mögliche abschließende Gespräche nicht zu irritieren. Die Deputation beschließt ein weiteres Mal, diesen Tagesordnungspunkt auf die Januar-Sitzung zu verschieben.

(D)

Die CDU-Fraktion reicht einen ausgiebigen Fragenkatalog ein, welche Auswirkungen die Ausweisung des Wasserschutzgebietes auf die gegenwärtigen und zukünftig dort ansässigen Gewerbebetriebe, die gegenwärtigen und zukünftig dort wohnenden Anwohner und sogar auf das Kanalnetz hat. Die Fragen wurden laut Protokoll zur Zufriedenheit der Kollegen der CDU beantwortet. Die Kollegen bitten aber trotzdem um Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Die Verwaltung berichtet weiter von Gesprächen mit Vertretern des Ressorts Wirtschaft und Häfen sowie zwei Rechtsanwälten, die sich auch in der Zwischenzeit eingeschaltet haben, und fünf im zukünftigen Schutzgebiet gelegenen Firmen. Nach der Prüfung wurde festgestellt, dass die vorhandenen Anlagen dieser Firmen zu keinerlei Problemen in

- (A) Bezug auf Änderungen, zusätzlichen Auflagen oder Ähnlichem führen werden. Die Firmen bitten aber weiterhin um Aussetzung dieses Beschlusses. Dem haben wir auch stattgegeben, weil, ich finde, wenn Firmen berechnete Ängste haben, soll man sie auch ernst nehmen. Irgendwann muss aber auch das einmal ein Ende haben.

Mein Kollege Dr. Schuster und ich bitten die CDU-Kollegen um Auskunft, wie denn im Mai 2001 weiter verfahren werden soll. Meine Damen und Herren, Frau Mull erklärt verbindlich zu Protokoll, dass auf der nächsten Sitzung der Deputation für Bau und Umwelt über den Tagesordnungspunkt beschlossen werden soll. Auch damals hatte die SPD-Fraktion kein Verständnis dafür, dass 18 Monate nach Ablauf der Einwendungsfrist und ohne dass konkrete Nachteile für irgendeine Firma zu erkennen sind, die Ausweisung nicht endlich abgeschlossen werden konnte. Stellen Sie sich vor, dass ein normaler Mensch 18 Monate nach öffentlicher Auslegung noch Einwände erhebt! Ich glaube, er hätte nicht so viel Glück wie die Handelskammer und diese Firmen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Fast die Tragezeit eines Esels! Wir werden schon prima regiert, das muss man schon sagen!)

- (B) Die Geschichte geht aber noch weiter. Im Mai 2001 legt die Senatorin den Bericht erst gar nicht wieder vor, weil er keine Aussicht auf Erfolg hat. Am 7. Juni 2001 steht das Thema Wasserschutzgebiet wieder auf der Agenda. Die CDU erklärt entgegen ihrer Zusage, dass erst die Einwände der Gewerbetreibenden ausgeräumt werden sollen. Die Senatorin stellt fest, dass alle früheren und inzwischen neu aufgenommenen Einwände aufgenommen und geklärt sind, und weist darauf hin, dass der Antrag der swb AG bereits im Jahr 1996 gestellt wurde. Sie setzt wiederum aus, weil zunächst aus formalen Gründen der Senat zu befassen ist.

Herr Dr. Schuster betont, dass inzwischen keinerlei konkretisierbare Nachteile und keinerlei materielle Einwände seitens der Gewerbetreibenden mehr existieren, und äußert die Vermutung, dass das Projekt Ausweisung Wasserschutzgebiet aus ideologischen Gründen blockiert werden soll, nachzulesen im Protokoll.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nette kleine Geisel!)

Ich werde mir jetzt die diversen Sitzungen im Senat – ich war nicht dabei, weiß aber, wie oft auch dieses Thema im Senat war – verkneifen, weil dazu meine Redezeit nicht ausreichen würde. Geschehen ist aber trotzdem nichts. Wenn es nicht so traurig wäre, meine Damen und Herren, dann könnte man darüber lachen.

Meine Damen und Herren, die dauerhafte Sicherung der Trinkwasserversorgung mit einwandfreiem Grundwasser für die Bürger dieser Stadt ist von so gewichtigem Belang, dass demgegenüber die wenigen, vergleichsweise geringfügigen Nachteile für die ansässigen Betriebe, die im Wesentlichen in einer Erhöhung und Intensivierung der Prüffrequenz gegenüber den Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen bestehen, hingenommen werden müssen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Ich komme zum Schluss! Ärgerlich ist die Rolle der Handelskammer. Wenn wir auch akzeptieren, das habe ich vorhin schon gesagt, dass Firmen ihre Probleme haben, sind wir bereit, das abzuarbeiten. Wir hätten aber schon vor zwei Jahren der Ausweisung des Wasserschutzgebietes zustimmen können.

Ich komme jetzt zu dem Antrag. Wir möchten diesen Antrag nicht ablehnen. Das können wir auch langsam nicht mehr, dann wären wir auch nicht mehr glaubwürdig. Wir sollten aber, glaube ich, die Wirtschaftsdeputierten jetzt mit diesem Thema befassen. Wir bitten Sie, diesen Antrag an die Deputation für Wirtschaft zu überweisen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Mull.

Abg. Frau **Mull** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier jetzt nicht alles wiederholen, was Frau Hammerström gerade so schön chronologisch aufgezeigt hat, was sich in den letzten Wochen und Monaten in den Deputationen und den Senatssitzungen bezüglich dieses Themas getan hat. Das Thema „Ausweisung des Wasserschutzgebietes in Bremen-Vegesack“ ist mittlerweile schon das Lieblingsthema von sehr vielen.

Ich habe aber auch immer wieder gesagt, dass wir uns nicht grundsätzlich gegen die Ausweisung dieses Wasserschutzgebietes wehren, sondern ich habe von Anfang an gesagt, dass wir dieses Gebiet nur ausweisen, uns mit der Ausweisung nur dann einverstanden erklären werden, wenn dies im Einvernehmen mit den dort ansässigen Gewerbetreibenden und Unternehmen geschieht. Das ist bis heute nicht der Fall.

Ich bekomme jede Woche kilometerlange Faxe, in denen noch einmal dezidiert die Einwände der Unternehmen stehen, in denen Rechtsanwälte schreiben, in denen es darum geht, Stellungnahmen von den einzelnen Ressorts einzusehen. Es tut mir wirklich Leid, aber es kann kein Mensch davon sprechen, dass hier nicht mehr irgendwelche Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Ressorts Umwelt und

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wirtschaft sowie den dort ansässigen Unternehmen gibt. Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, die Unternehmen fürchten um die Entwicklungsfreiheit ihrer Betriebe und eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Warum?)

Hinzu kommen nämlich zusätzliche Kosten, die sie zu tragen hätten, die mit großer Wahrscheinlichkeit anfallen würden, wenn wir die Ausweisung des Wasserschutzgebietes beschließen, sowie Befürchtungen, dass es zu einem Wertverlust der Betriebsfläche kommt. Es ist ja ganz klar, wenn eine Grunddienstbarkeit im Grundbuch, Abteilung zwei, eingetragen ist und von einem Erwerber bei einem Verkaufsfall übernommen werden soll, ist das natürlich eine Belastung, die sich auch im Wert und im Kaufpreis dieser Fläche niederschlagen wird. Das kann man natürlich nachvollziehen.

(Zuruf der Abg. Frau H a m m e r -  
s t r ö m [SPD])

Wir haben in der CDU-Fraktion kein Interesse daran, dass sich die geplanten Neubaumaßnahmen, die dort ja auch einige Unternehmen vorhaben und mit der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze in Bremen-Nord verbunden sind, verzögern beziehungsweise sogar ganz aufgegeben werden.

(B)

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
200 Parkplätze!)

Es geht hier nicht nur um die 200 Parkplätze, die geschaffen werden sollen, wobei mir da allerdings Rechnungen vorliegen, dass die Ausweisung dieses Trinkwasserschutzgebietes eine zusätzliche Kostenaufstellung von 300 000 Euro – ich habe es selbst nicht glauben wollen – beinhaltet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das eine Menge Geld ist.

(Zuruf des Abg. D r . S c h u s t e r [SPD])

Herr Dr. Schuster kann sich, glaube ich, gleich selbst melden, wenn er in der Debatte etwas dazu beizutragen hat!

Jedenfalls darf man das nicht von der Hand weisen. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der dort ansässigen Unternehmen erhalten. Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze, es geht aber auch um die Schaffung neuer Arbeitsplätze!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Auch bei den Stadtwerken!)

Arbeitsplätze, denke ich einmal, sind ja nicht so ganz das Thema der rotgrünen Bundesregierung, deshalb sollten Sie hier gar nichts dazu sagen, Frau Hammerström,

(C)

(Beifall bei der CDU)

denn wenn man sich einmal die Arbeitslosenstatistik anschaut, die Sie da in Berlin fabrizieren, wird es eher mehr als weniger!

(Abg. K l e e n [SPD]: Schauen Sie lieber die Statistik der geschaffenen Arbeitsplätze an! – Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sagen, dies sei ein Erbe von uns, dann haben wir dieses Problem auch von Ihnen geerbt, denn Sie hatten ja, jetzt muss ich es wieder sagen, über 30 Jahre Zeit, dieses Gebiet selbst auszuweisen, was Sie nicht geschafft haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn man Umweltpolitiker ist, hat man die Aufgabe, über seinen eigenen Aufgabenbereich hinauszuschauen. Man hat eine Gesamtverantwortung. Man muss die umweltpolitischen Interessen auch gegenüber weiteren Interessen abgleichen, darüber reflektieren, welche Interessen einen Schwerpunkt und wo wir eine Gesamtverantwortung haben. Wir leben nicht auf irgendeiner Insel der Glückseligen, auf der wir solche Dinge außer Betracht lassen können.

(D)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Die Ressourcen von Trinkwasser sind endlich!)

Frau Lemke-Schulte, auch Sie können sich gleich melden!

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion wollen die Unternehmen, die dort ansässig sind, behalten. Wir wollen, dass die Entwicklungsfreiheit der Unternehmen auf ihren Betriebsgrundstücken gewährleistet ist und wird, dass Beschränkungen, die mit diesem Trinkwasserschutzgebiet auferlegt werden, auch für die dort ansässigen Unternehmen tragbar sind.

Bei den jetzigen Diskussionen gibt es also noch Rechtsunsicherheit bei den dort ansässigen Unternehmen. Wir beantragen deshalb eine Überweisung an die Wirtschaftsdeputation, damit sich endlich einmal jemand hinsetzt und die Einwände ausräumt.

(Abg. D r . S c h u s t e r [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit, und das weißt du auch ganz genau! – Abg. Frau H a m m e r -  
s t r ö m [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

(A) Was ist jetzt eine Unverschämtheit?

(Zurufe von der SPD)

Wir möchten, dass diese Rechtsunsicherheiten jetzt ausgeräumt werden und dieser Tagesordnungspunkt jetzt endlich zu einem Schluss kommt. Wenn man die Vorlagen, die aus dem Umweltressort und die aus dem Bereich Wirtschaft kommen, nebeneinander legt, dann stimmen sie inhaltlich eben nicht in ihrer Bewertung überein. Es gibt hier schon konkrete konträre Auffassungen aus den einzelnen Ressorts. Es ist nicht meine Aufgabe, mich als Umweltpolitikerin hinzusetzen und zu sagen, dieses oder jenes Ressort hat Recht. Ich bitte das zu überprüfen und zu klären und abzuschließen, so dass wir dann über dieses Vorlage abschließend befinden können, und nichts anderes möchte ich!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal einen Satz von vorhin: Die Lust auf Koalitionen nimmt immer mehr ab!

(B) (Unruhe – Abg. Frau **H a k e r** [CDU]:  
Das gehört nicht zum Thema!)

Das gehört nicht zum Thema? Das ist mein Thema seit Monaten bei diesem Punkt!

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Ihr Problem!)

Ich glaube schon, dass es ein gemeinsames Problem ist!

(Abg. Frau **H a k e r** [CDU]: Sonst werden wir auch keine Kompromisse machen! – Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Es geht doch überhaupt nicht um Kompromisse! Ich wäre ja bereit, wenn die CDU sagen würde, mit diesem Thema befassen wir uns nicht. Sie kann aber doch nicht einmal sagen, im nächsten Monat beschäftigen wir uns damit und beschließen das, und uns dann zwei Jahre lang hängen lassen! Darum geht es mir doch.

(Abg. Frau **H a k e r** [CDU]: Wir könnten da auch andere Themen nehmen!)

Wir reden doch jetzt über das Trinkwasser! Wenn in einem Protokoll notiert wird, dass mein Koalitionspartner sagt, wir geben Ihnen unser Wort, dass

dieses Thema im nächsten Monat von uns beschlossen wird, und dann nichts geschieht, wenn ich mich also auf die Worte nicht mehr verlassen kann, die die Sprecherin Ihrer Fraktion in der Deputation sagt, dann müssen Sie mir schon nachsehen, dass ich keine Lust mehr auf Koalitionen habe. Das nur nebenbei!

(Abg. Frau **S t r i e z e l** [CDU]: Auf Wiedersehen! – Abg. **B e r g e n** [CDU]: Ja, wenn Sie nicht wollen, dann gehen Sie doch!)

Ich möchte nur noch eines richtig stellen: Frau Mull hat gesagt, wir hätten 30 Jahre Zeit gehabt, dieses Trinkwasserschutzgebiet auszuweisen. Dazu möchte ich nur sagen, dass dieser Antrag im Jahr 1996 von den Stadtwerken gestellt worden ist. Vorher ist gar kein Antrag gestellt worden. Vorher war das Wassergewinnungsgebiet in Vegesack fix und fertig. Nur aufgrund der Erhöhung der Förderung auf eine Million Kubikmeter haben die Stadtwerke diesen Antrag gestellt. Das müssten Sie auch wissen, beziehungsweise Sie wissen das auch!

Meine Damen und Herren, wir tun fast so, als wenn hier nur die Firmen, die da rund um die Wassergewinnung Vegesack ansässig sind, unser Problem sind. Hier gibt es ein bremisches Unternehmen, die swb AG, das bremische Arbeitsplätze stellt und hier Steuern zahlt, dem werfen wir derartige Knüppel zwischen die Beine, dass es die Wassergewinnung in Vegesack nicht ausweiten darf. Meine Damen und Herren von der CDU, ich halte das für einen Skandal! Ich halte es auch für einen Skandal, wie Sie hier reagieren, Frau Mull! – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihr Beitrag, Frau Mull, hat mich ziemlich ärgerlich gemacht, das muss ich wirklich sagen, und es gäbe eine Menge, was ich dazu sagen könnte! Ich denke aber, im Interesse der großen Koalition, die wir erfolgreich zu Ende führen wollen in dieser Legislaturperiode, werde ich nicht aus dem Nähkästchen plaudern, was in der Tat dahinter lag und in dieser Angelegenheit so lange Zeitverzögerungen beschert hat. Das hilft nicht weiter.

Ich denke, dass all die Argumente, die hier vorgetragen worden sind, warum es notwendig ist, endlich zu dieser Ausweisung des Wasserschutzgebietes zu kommen, richtig und sinnvoll sind und dass auch die Abwägungsprozesse natürlich einbezogen werden müssen. Am Ende muss auch entschieden werden, wie in allen anderen Städten, dass man

(C)

(D)

- (A) Wasserschutzgebiete ausweisen muss, um Trinkwasser zu gewinnen. Das gilt auch für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesen zwei Jahren in einem Ausmaß jenseits der verfahrensrechtlichen Notwendigkeiten versucht, genau dem Thema Rechnung zu tragen, das Sie hier angeführt haben, nämlich mit den Betrieben, die in diesem Gebiet angesiedelt sind, immer wieder Gespräche zu führen, lange nach Fristablauf, lange nachdem irgendwelche Einwände eigentlich noch verfahrenstechnisch notwendig gewesen wären, um genau das zu erreichen, was Sie gesagt haben. Natürlich ist es uns nicht gleichgültig, wie die Betriebe sich an ihrem Standort fühlen, welche Möglichkeiten und Chancen sie haben, sich weiterzuentwickeln. Genau diese Aspekte sind in vielen persönlichen Gesprächen mit den jeweiligen Firmen erörtert worden. Es ist festgestellt worden, dass sie an dieser Stelle überhaupt keine Benachteiligung haben werden. Es sind immer wieder Ängste aufkommen, und wir haben wieder darüber geredet.

Frau Mull, wir waren ja im Grunde so weit, dass wir jetzt beschließen wollten. Der Senat hatte sich ja noch einmal damit befasst, und nun ist ein weiteres Schreiben der Handelskammer vom 12. Februar dieses Jahres dazwischen gekommen, und das ist das Thema, das nun neue Fragestellungen in den Raum wirft. Wenn Sie es sich angesehen haben, Sie werden es sich angesehen haben, werden Sie feststellen, dass darin Dinge sind, die nicht unbedingt mit Sorgen, sondern auch etwas mit Ausgleichen zu tun haben. Auch dies will ich hier nicht weiter ausführen.

- (B) Ich denke, es ist richtig, dass wir uns damit, weil es neue Argumente sind, nun noch einmal auseinander setzen. Bei dieser langen Zeit kommt es jetzt auf 14 Tage auch nicht mehr an. Wir werden das zu Ende bringen, und dann gehe ich davon aus, dass damit auch dieser Fall beendet ist und wir endlich zur Ausweisung kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Ansatz, den wir fahren wollen, und das ändert nichts daran, dass ich es bedauerlich finde, dass ein solcher Prozess so lange braucht und es immer wieder Aufschiebungen gegeben hat. Mich interessiert daran, dass wir im Interesse dieser Stadt, im Interesse von Ressourcen, Trinkwasserversorgung und all der Verträge, Frau Hammerström hat sie angeführt, die wir auch in Hinsicht auf Niedersachsen im Zusammenhang mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie gemacht haben, endlich zu dem positiven Ergebnis kommen, dass wir dort das Gebiet ausweisen. Dann bin ich gern bereit, so wie wir beschlossen haben, das noch zwei Wochen im Senat auszusetzen, um auch die letzten Fragen, die jetzt neuer-

dings aufgeworfen wurden, noch abzuklären. Dann, denke ich, sollten wir endgültig einen Schlusstrich ziehen und sagen: Jawohl, Bremen verhält sich hier wie andere Städte in Deutschland auch! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte, die wir jetzt führen, ist symptomatisch für eine Sache – und es ist nur die Spitze des Eisbergs, die jetzt einmal hier öffentlich wird –, die besagt: Mit der CDU ist Umweltpolitik in dieser Stadt nicht möglich!

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Es gibt kein Gemeinwohlinteresse an Umwelt und Gesundheit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Das ist ein Fall, und Sie werden noch mehrere kennen lernen! Sie können gern dem Antrag zustimmen, wir weisen das Wasserschutzgebiet aus, wir machen viele andere Dinge! Die kann man mit der SPD machen, aber nicht mit Ihnen, Sie verhindern sie an jeder Stelle!

(D)

(Zuruf des Abg. I m h o f f [CDU])

Wir bekommen das alles auch gerichtlich belegt, das ist kein Problem!

(Abg. F o c k e [CDU]: Wir sind die wahren Grünen!)

Der wesentliche Grund ist doch, dass man vor dem ideologischen Hintergrund des Wirtschaftsressorts nichts machen kann, und das ist reine Ideologie und keine Erkenntnis der Notwendigkeiten unserer Zeit.

Ich muss jetzt noch einmal ganz kurz auf Frau Mull eingehen. Was habe ich herausgehört, Frau Mull? Ich meine, ich habe herausgehört, dass sich Politik von Wirtschaft erpressen lässt, obwohl die Argumente nicht tragen. Das ist in der Summe das, was ich herausgehört habe. Ich nehme das Beispiel Arbeitsplätze. Ich habe vorher die Beispiele für Städte wie Hamburg genannt. Hamburg ist ja so schlecht wohl nicht mit den Arbeitsplätzen, soviel ich weiß, viel besser als Bremen, und Hamburg hat weite Teile des Stadtgebietes als Wasserschutzgebiet ausgewiesen. Diesen Kausalzusammenhang müssten Sie mir sonst schon einmal erklären. Vielleicht sollten wir das ma-

- (A) chen, die Gesamtfläche von Bremen ausweisen, und dann haben wir auch die Arbeitslosenzahlen wie Hamburg. Auf der Ebene wird doch argumentiert, ich wollte das eigentlich nicht machen, aber als ironisches Beispiel einmal!

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist aber leider falsch!)

Das Wesen dieser Verordnung liegt nämlich in der Überwachung und nicht dem Verbot, und sie verhindert damit weder eine gewerbliche noch eine städtebauliche Entwicklung. Das ist Fakt, das können Sie ja einmal zur Kenntnis nehmen, und ich hoffe, dass Sie hier zu besserer Einsicht gelangen! Der Überweisung in die Wirtschaftsdeputation stimmen die Grünen mit der Hoffnung zu, dass das nun endlich gemacht wird, was bundesweiter Standard hinsichtlich der Umsetzung von Erkenntnissen zum Schutze unserer Umwelt ist. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1047 an die staatliche Deputation für Wirtschaft zu überweisen.

- (B)

Wer einer solchen Überweisung des Antrags an die Deputation für Wirtschaft seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung zu.

(Einstimmig)

### **Interregio erhalten und modernisieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. Januar 2002  
(Drucksache 15/1048)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von Cuxhaven nach Saarbrücken, von Bremerhaven umsteigefrei ins Ruhrgebiet, von Bremen nach Cottbus via

- (C) Berlin, das sind attraktive Zugverbindungen, die es seit dem letzten Fahrplan 2001 nicht mehr gibt. Die Bahn AG hat diese attraktiven Interregioverbindungen gekappt, und wenn es nach der Bahn geht, sollen diese Verbindungen, die bei den Kundinnen und Kunden beliebt sind, weiter reduziert werden. Diese Zuggattung soll insgesamt aus der Produktpalette der Bahn AG verschwinden.

Zukünftig will sich die Bahn ausschließlich dem Fernverkehr widmen, der Nahverkehr ist ja schon seit der Bahnreform Sache der Länder, und in dieser Lücke zwischen Nah- und Fernverkehr, in dieser Lücke droht nun der Interregio auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Ich glaube, dies kann nicht im Interesse von Bremerhaven, Bremen und insgesamt nicht im Interesse der ganzen nordwestdeutschen Region sein, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Vizepräsident R a v e n s übernimmt den  
Vorsitz.)

Was macht den Interregio so attraktiv? Er ist attraktiv für die vielen Pendlerinnen und Pendler, für Reisende, die entferntere Reiseziele wählen. Seine Vorteile liegen auf der Hand: Er ist ein Zug, für den kein Zuschlag erforderlich ist, er ist einigermaßen komfortabel, er bietet ein Bistro –

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Manchmal!)

manchmal, zugegeben, Frau Striezel! –, und er hält auch Angebote zum Verstauen von Koffern bereit. All dies sind komfortable Reisemöglichkeiten, und dieser Zugart soll nun endgültig der Garaus gemacht werden. Zum Fahrplanwechsel 2001 wurden bereits 13 Millionen Interregiokilometer gestrichen, nun sollen noch einmal 23 Millionen Zugkilometer dazukommen. Die Bahn entledigt sich hier ihrer Verantwortung, ein attraktives Angebot in der Fläche bereitzuhalten, und schiebt die Verantwortung und die finanziellen Folgen den Ländern zu.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dies sind Gründe genug, gemeinsam zwischen Bremen und Niedersachsen zu neuen Lösungen zu kommen. Unsere Nordwestregion ist schon durch die letzten Interregiostreichungen arg gebeutelt. Lassen Sie mich noch einmal zwei Beispiele nennen: Cuxhaven wurde 1996 noch von drei Interregios angefahren, heute ist es noch einer, und wenn man heute von Bremen nach Cuxhaven möchte, muss man in Bremerhaven umsteigen und entweder mit einem Bummelzug nach Cuxhaven fahren oder aber in einen Bus steigen. Dieser Bus fährt nur noch im Sommer und dann auch nur noch am Wochenende. Meine Damen und Herren, das ist wahrlich keine attraktive Zugverbindung!

(D)

(A) Genauso düster sieht es für die Reisenden nach Norddeich-Mole aus. Auch hier hat die Bahn Interregios gestrichen, und kein noch so rot angestrichener Doppelstockwagen kann die attraktiven Interregios ersetzen. Versuchen Sie einmal, mit Kindern und Gepäck einen Doppelstockwagen zu besteigen! Sie werden sehen, Sie bekommen nicht einen einzigen Koffer vernünftig untergebracht. Meine Damen und Herren, die Bahn betreibt hier ein absolutes Kundenvertreibungsprogramm, und ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir hier gegensteuern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Pflugradt [CDU]: Das wird mit Rotgrün alles besser werden!)

Die Bahn plant – die Bundesregierung ist nicht die Bahn AG, Herr Kollege Pflugradt –, die Interregios durch Intercitys zu ersetzen, dadurch würden aber die Bahnreisen deutlich teurer. Ich habe hier ein Beispiel: Eine Familie würde auf einer Fahrt von Bremen nach Münster und zurück 14,40 Euro mehr bezahlen, als es heute mit dem Interregio der Fall ist. Meine Damen und Herren, so gewinnt man keine neuen Bahnkunden, so verliert man alte, und das kann nicht unser Interesse sein! Selbst wenn die Bahn ihr neues Tarifsystem verabschiedet, dann bleiben unter dem Strich erhebliche Verteuerungen, zum Beispiel für Spontanreisende oder für Menschen, die ihre Züge verpassen.

(B) Ein weiterer negativer Effekt, wenn man die Interregios durch Intercityzüge ersetzen würde, wäre, dass ein Anteil der Haltestellen, die jetzt noch von den Interregios angesteuert werden, wegfallen würde. Ich erwähne hier nur den Bürgermeister von Peine, der jetzt schon große Sorge hat, dass seine Stadt zukünftig vom Fernverkehr ausgeschlossen wird. Unter dem Strich bedeutet das Streichen der Interregios also, dass Bahnreisen erheblich teurer würden, weniger Bahnhöfe würden angefahren, häufigeres Umsteigen wäre nötig, die touristischen Ziele im Nordwesten würden erheblich schlechter mit der Bahn zu erreichen sein. Dies ist nicht in unserem Interesse, und deswegen fordern wir ein gemeinsames, länderübergreifendes Zusammengehen, um den Erhalt des Interregios zu sichern!

Meine Damen und Herren, wenn die Bahn nicht mehr bereit ist, diese attraktive Zuggattung zu fahren, dann gibt es nur eine Lösung, dann müssen wir der Bahn sehr deutlich machen, dass es auch noch die Möglichkeit des Wettbewerbs auf der Schiene gibt. Mir scheint, diese Frage ist höchst dringlich auf der Tagesordnung, denn nichts scheint die Bahn mehr zu scheuen als einen fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Anbietern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Nordwestbahn hat bereits deutlich gezeigt, wie man zusätzliche Fahrgäste gewinnt, und die Fir-

ma Connex steht in den Startlöchern. Das Ziel unserer beiden Länder muss es also sein, ein attraktives Angebot zu erhalten und auszubauen. Daher fordern wir in unserem Antrag den Senat auf, erstens eine Einstellung des Interregioangebots mit allen Mitteln zu verhindern und zweitens gemeinsam mit der Landesregierung in Niedersachsen für eine Sicherung der Interregios einzutreten und über neue Angebote in der Nordwestregion zu verhandeln.

Meine Damen und Herren, mich freut besonders, dass mir von den Kollegen Kastendiek und Liess signalisiert wurde, dass die Koalition beabsichtigt, unseren Antrag in den Landeshafenausschuss zu überweisen.

(Abg. Schramm [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gehört er hin!)

Dazu möchte ich sagen, dass ich das außerordentlich begrüße, und Herr Schramm wird der Bahn sicher Dampf machen! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, bevor ich dem Abgeordneten Kastendiek das Wort erteile, begrüße ich auf dem Besucherrang recht herzlich den Sonderbeauftragten des Ministerpräsidenten aus Bangkok Dr. Kantathi Suphamongkhon und weitere Mitglieder einer Delegation aus Thailand, die sich auf Einladung des Ostasiatischen Vereins Bremen e. V. zu seinem 101. Stiftungsfest in Bremen aufhalten. – Herzlich willkommen in Bremen!

(Beifall)

Herr Kollege Kastendiek, Sie haben das Wort!

Abg. **Kastendiek** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Darstellung von Frau Kollegin Krusche kann ich, was die Sachlage angeht, nichts mehr hinzufügen. Sie hat sehr ausführlich und umfangreich beschrieben, vor welchem Hintergrund sich im Augenblick die Diskussion um die Aufrechterhaltung von Fernverkehrsverbindungen der Bahn AG im nordwestdeutschen Raum abspielt. Es ist natürlich – und das muss an dieser Stelle auch noch einmal gesagt werden – Ausdruck eines etwas hilflosen Bundesverkehrsministers, der sich offensichtlich gegenüber dem Chef der Deutschen Bahn AG nicht durchsetzen kann,

(Beifall bei der CDU)

denn der schaltet und waltet, wie er will. Der Artikel 87 des Grundgesetzes spielt in der ganzen Debatte offensichtlich überhaupt keine Rolle. Ich kann

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) nur hoffen, dass der Widerstand in den Ländern, der Gott sei Dank – ich will das hier noch einmal ausdrücklich erwähnen – parteiübergreifend ist, irgendwann auch Wirkung zeigt.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, dass wir jedes Mal, wenn wieder Streichungspläne anstehen, hier im Parlament Beschlüsse fassen, aber dass danach dann keine weiteren Diskussionen und Gespräche mit der Bahn stattfinden. Deswegen begrüße ich das gemeinsame Ansinnen, diesen Antrag an den Landeshafenausschuss zu überweisen, um dann in einer Anhörung an dieser Stelle mit der Bahn AG über deren zukünftige Konzeption über die Aufrechterhaltung von Fernverkehrsverbindungen im nordwestdeutschen Raum zu debattieren und zu diskutieren.

Damit machen wir auch deutlich, wie wichtig dieses Anliegen ist, weil es ein sehr wichtiger Standortfaktor ist. Natürlich ist es auch ein wichtiger Standortfaktor, um die Leistungsfähigkeit und um den Wirtschaftsstandort hier zu signalisieren. Stellen Sie sich vor, es gibt eine wichtige Konferenz, und die Leute reisen aus Versehen mit der Bahn an, wie das dann wird, wenn die Leute in Hannover aus einem ICE aussteigen und dann in einem Regional-express an jeder Milchkanne, die sich auf dem Weg von Hannover nach Bremen befindet, halten! Da muss ich nicht lange überlegen, welche Auswirkungen und welchen Eindruck dies auf den Standort Bremen hätte. Deswegen wollen wir das so nicht mehr mitmachen.

(Beifall)

Natürlich sind es unternehmerische Entscheidungen, die dort gefällt werden, aber die Bahn AG hat eine Verantwortung, die sich aus dem Grundgesetz und den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergibt. Dieser Verantwortung muss die Bahn gerecht werden, und – das will ich an dieser Stelle auch sagen – man kann nicht auf der einen Seite die Mittel aus dem Nahverkehr mitnehmen und auf der anderen Seite sich der Verpflichtung, die sich aus anderer Gesetzgebung ergibt, einfach entziehen. Da muss man irgendwann auch einmal sagen, entweder beides oder gar nichts.

Das Angebot der Connex macht deutlich, dass es auch andere Anbieter gibt, die an der Stelle bereit sind, Bremen als Standort für Nah- und Fernverkehrsverbindungen adäquat zu bedienen. Es wird dem Standort eher gerecht, und von daher glaube ich, dass wir an der Stelle mehr Druck machen müssen. Deswegen gibt es auch die Überlegung, eine Anhörung im Landeshafenausschuss zu veranstalten. Vielleicht fördern wir auch die Diskussion hinsichtlich der Trennung von Netz und Betrieb. Das ist auch eine wichtige Forderung, die endlich über die Bühne gebracht werden muss.

(Beifall)

Von dieser Seite aus hoffe und glaube ich zumindest, dass, wenn wir hier gemeinschaftlich in diesem Parlament die Interessen des Standortes voranbringen, wir dann vielleicht am Ende der Diskussion unsere Interessen erfolgreicher wahrgenommen haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den detailreichen Ausführungen meiner geschätzten Vorredner werde ich versuchen, mich kurz zu fassen. Auch wir sind für die Überweisung an den Landeshafenausschuss und eine Anhörung dort. Ich möchte aber eines ausdrücklich betonen – ich denke, das kann ich auch für alle Fraktionen so sagen –, dass wir mit dieser Überweisung nicht beabsichtigen, die Zielsetzung, wie sie im Antrag beschrieben ist, zu konterkarieren, sondern im Gegenteil, wir sind uns ja hier im Haus eigentlich einig, dass wir die Interregio-Züge und überhaupt ein gutes Angebot im nordwestdeutschen Raum erhalten möchten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es geht hier also nicht um Verschleppung, sondern um eine, denke ich, detailliertere Betrachtung des Ganzen und insbesondere auch eine Feststellung, was denn die Bahn oder vielleicht auch andere in Zukunft für unsere Region zu tun gedenken. Das Handeln des Senats hat ja bisher gezeigt, dass er mit uns auf dieser Linie ist.

Spätestens seit der Privatisierung der Bahn befindet sich das Land Bremen in einem schier unentwegten Kampf, um den schienengebundenen Zugang zur Welt, kann man richtig sagen, sicherzustellen. Das klingt vielleicht erst einmal etwas großspurig, Zugang zur Welt, aber es geht schon darum, dass wir für unsere Region, in der wir mit unseren beiden Städten eine bedeutende Rolle spielen, einen schnellen und komfortablen Zugang zu den anderen Zentren in der Bundesrepublik Deutschland erhalten müssen.

In diesem Zusammenhang hat Herr Kastendiek eben auf den Artikel 87 e des Grundgesetzes hingewiesen, das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen. Ich möchte aber auch deutlich machen, dass wir hier im Grunde genommen keinen Gegensatz haben, der in irgendwelchen Parteifarben gefärbt ist, sondern es ist der Gegensatz der Rollenverteilung zwischen Bund und Land. Da ist es im

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Augenblick ziemlich egal, wer regiert. Ich glaube, es eignet sich auch für uns nicht dazu, hier den parteipolitischen Streit zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Der die Bahn AG treibende Beweggrund, nur noch Angebote zu machen, wenn auch eine wirtschaftliche Auslastung gegeben ist, mag ja auf den ersten Blick durchaus stimmig sein, aber Erfahrungen in anderen Regionen belegen auch, dass die Nachfrage auch vom qualitativ hochwertigen Angebot abhängt. Dies ist auch eine der Fragestellungen, die wir mit erörtern müssen, denke ich.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Wir sind dafür, den Interregio zu erhalten. Wir sind dafür, das Thema zu vertiefen, und sind für die Überweisung an den Landeshafenausschuss.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Hattig.

- (B) **Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin weit davon entfernt, so zu tun, als sei bei der Bahn alles in Ordnung aus dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Verkehrsverbindung. Aber es ist nun einmal so im Leben, das eine, was wünschenswert ist, muss gemessen werden an dem, was machbar ist. Das Machbare wiederum hat bestimmte sachliche Vorgaben. Wir unterscheiden – wem sage ich das – den Schienenpersonennahverkehr und den Schienenpersonenfernverkehr. Auf den Nahverkehr haben wir einen gewissen Einfluss, weil wir das finanzielle Risiko überwiegend tragen oder mittragen. Die Diskussionen zwischen den Verkehrsministern und dem Bund, diese finanzielle Ausstattung zu verbessern, ist Ihnen geläufig. Immerhin, wir können das eine oder andere tun.

Bei dem Fernverkehr sind wir aber an die Vorgaben gebunden, die – wenn ich das einmal so ausdrücken darf – in die Polarität gegeben worden sind: auf der einen Seite Betriebswirtschaft, unternehmerische Entscheidungen, auf der anderen Seite Daseinsvorsorge, vernünftige, nicht allein auf Betriebswirtschaft ausgerichtete Verkehrsverbindungen. Aber das ist nun einmal entschieden, und, Herr Kastendiek, Sie haben ja völlig Recht, das kann nur der Bund – wenn überhaupt – entscheidend ändern.

Das ist nun einmal so entschieden, dass sich die Bahn AG als Holding unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten darzustellen hat. Wirtschaftlich heißt: Ist eine Strecke, praktisch ausgesprochen, kostentragend, bringt sie darüber hinaus sogar noch etwas Gewinn, oder ist sie das nicht? So einfach – was heißt einfach –, so zentriert sieht die Bahn heute ihre Aufgaben und versucht dabei, wie soll ich sagen,

sich gegenüber den aus Sicht der Bahn querulierenden Ländern abzufedern. Das ist die Ausgangssituation. So hat man dann auch mit MORAP, eine wunderschöne Abkürzung, soll heißen Marktorientiertes Angebot Personenverkehr, eine unternehmensorientierte Entscheidung getroffen, dass nämlich künftig nur noch die Produkte ICE und IC angeboten werden und dass der IR aus dem Markt herausgenommen wird. Das ist die Ausgangssituation.

Die Position eines für den Fernverkehr zuständigen Senators oder Ministers ist eben, die Anliegen des Landes und die Notwendigkeiten des Landes, die aber letztlich immer aus einer Daseinsvorsorge begründet werden, so angemessen einzubringen, dass sie betriebswirtschaftlich noch einigermaßen eine Landung machen können. Das ist manchmal die Quadratur des Kreises. Sie sagen, wir sollen mit Niedersachsen zusammenarbeiten. Also, ich bitte Sie, das ist doch ein Selbstläufer, dass wir in Bremen, von Niedersachsen umgeben, das in einer permanenten Diskussion mit der zuständigen niedersächsischen Ministerin machen. Ich habe mir eben noch einmal deren Rede durchgelesen, die könnte ich hier genauso gut halten. Die Interessen von Niedersachsen und Bremen sind hier identisch.

Was haben wir denn erreicht bei all unserem Bemühen, zu Wort und ins Ohr und über das Ohr eben auch in eine verbesserte entscheidungsorientierte Situation für Niedersachsen und das Land Bremen zu kommen? Wir werden in aller Regel die heute bestehenden IR-Linien in IC-Linien umwandeln. Außerdem wird dieses Wagenmaterial aus den achtziger Jahren, was man nun wirklich bald nicht mehr betreten kann, mit Zusage der Bahn modernisiert. Das wäre schon einmal eine erhebliche Verbesserung. Wir werden auch mit dem Unternehmen die heutige IR-Linie 14, Oldenburg–Bremen–Hannover–Leipzig, in eine IC-Linie umwandeln. Das im jetzigen Fahrplan bestehende Fernverkehrsangebot bleibt erhalten, wie bisher verkehrt ein Zugpaar künftig von und nach Berlin.

Zu den Fahrpreisen wird uns gesagt, sie seien so entwickelt, dass auch bei IC-Zügen wie bislang bei den IR-Zügen keine Zuschläge mehr erhoben werden. Nach weiterer Mitteilung des Unternehmens werden auf den von den IR- zu IC-Zügen umgewandelten künftigen Schnellzuglinien die bisherigen Halte weiter bestehen. Das bedeutet, sämtliche auf der heutigen IR-Linie 14 bestehenden Halte im Nordwestraum bleiben erhalten. Wie schon in dem geltenden Fahrplan 2001/2002 werden auch im künftigen Fahrplan 2003 zwei Fernzugpaare als IC-Züge bis und von Norddeich-Mole verkehren.

Ich sage noch einmal, das sind konkrete Ergebnisse. Ich sage auch, dabei kann es nicht sein Bewenden haben. Aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, das sind die materiellen Vorgaben, die Bahn – soweit es um den Fernverkehr geht – ist als ein Unternehmen und damit betriebswirtschaftlich

(C)

(D)

(A) zu führen. Die können wir mit noch so guten Gründen, die sich aus der Daseinsvorsorge ergeben, nicht wegdiskutieren. Wir müssen, da stimme ich Ihnen zu – ich drücke das einmal anders aus –, den Druck erhöhen, den Lästigkeitswert erhöhen. Das tun wir mit Niedersachsen zusammen, und ich hoffe, dass wir dabei mindestens im Bahntempo weitere Fortschritte erreichen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede jetzt nicht, um den Lästigkeitswert der Opposition zu erhöhen, denn wir sind in der Sache einer Meinung, es geht nur darum, dass ich Herrn Senator Hattig in einem Punkt ergänzen will.

Ihr Erfolg, Herr Senator Hattig, dass es künftig eine Intercity-Verbindung statt eines Interregios gibt, ist leider nach dem Konzept der Bahn nur ein Erfolg auf Zeit. Darum finde ich diese Anhörung um die Zukunft des Fernverkehrs hier im Nordwesten sehr wichtig, weil die Deutsche Bahn AG in ihrem Konzept nämlich vorsieht, spätestens im Jahr 2005 – vielleicht dauert es noch ein Jahr länger – alle Züge, vor denen heute noch Loks fahren, das sind die Intercitys, abzuschaffen und durch ICE zu ersetzen. Im neuen Intercity-Express-Netz – diese schönen, weißen Züge mit dem roten Streifen und einem Triebwagen an jedem Ende – sollen diese Züge dann künftig nicht mehr auf diesen IC-Strecken fahren. Was wir also schaffen können, ist ein Gewinn für drei, vier Jahre.

(B) Die Interregios, das sind nämlich die gleichen etwas umgebauten Wagen mit den alten Bistros statt der alten Speisewagen, die es früher im Intercity gab, sind eigentlich nur umgetaufte Interregios mit einer Lebensdauer von wenigen Jahren. Insofern, Herr Senator Hattig, ist es ein Erfolg für zwei, drei oder maximal vier Jahre und macht unseren Antrag nicht falscher, sondern eher noch richtiger, dringlicher und wichtiger. Ich hoffe, dass wir die Lästigkeit der Stadtgemeinde Bremen und des Landes Bremen nicht nur in eine Last, sondern auch in Nutzen für Bremen umwandeln können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen beantragt.

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1048 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag entsprechend.

(Einstimmig)

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 29. Januar 2002**

(Drucksache 15/1049)

Wir verbinden hiermit:

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39 vom 12. Februar 2002**

(Drucksache 15/1058)

Meine Damen und Herren, eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden. (D)

Ich lasse daher zunächst über die Petition L 15/134 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition L 15/134 in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Ich lasse jetzt über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**(A) Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre herabsetzen**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 5. Februar 2002  
(Drucksache 15/1054)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Mäurer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über straffällige Jugendliche bekommt in Deutschland immer mehr und immer neuen Nährboden. Dass es sich hier nicht nur, aber meistens um ausländische Jugendliche handelt, brauche ich nicht extra zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volkunion hat sich schon immer konsequent dafür eingesetzt, dass nicht nur jugendliche, sondern auch kriminelle erwachsene Ausländer sofort abgeschoben werden müssen. Das ist auch zum Schutz der hier lebenden anständigen Ausländer, das betone ich extra. Wer sich in Deutschland als Gast nicht benehmen kann, hat unser Gastrecht verwirkt. Ich frage mich: In welchem Land leben wir eigentlich, wo es möglich ist, dass kriminelle ausländische Jugendliche ganze Stadtteile, ja sogar eine ganze Stadt terrorisieren können? Darum ist es hier dringend erforderlich, dass wir der Justiz durch die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters die Handlungsmöglichkeit und einen größeren Spielraum geben, gegen solche hochkriminellen Jugendlichen vorzugehen. Tatsache ist nun einmal, dass gerade ausländische Jugendliche immer früher straffällig werden. Dagegen muss der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen.

Dieser schlimme Fall in Horn-Lehe ist doch kein Einzelfall! Bremerhaven hat genau das gleiche Problem mit einer Asylbewerberfamilie aus dem Libanon. Auch hier tyrannisiert das kleine Erzengelchen, das Unschuldengelchen zusammen mit seinem Vater einen ganzen Stadtteil, eine ganze Stadt. Ich könnte hier noch stundenlang solche unhaltbaren Zustände ausführen. Meine Damen und Herren, wie weit ist es in Deutschland gekommen, wenn im Stadtteil Horn-Lehe über Jahre ein Heranwachsender einen ganzen Stadtteil tyrannisieren kann, wenn die Polizei und die Bevölkerung gegen solche Kriminellen machtlos und schutzlos sind? Wenn der Beirat Horn-Lehe sich auf einer Sitzung mit einem vierzehnjährigen Kriminellen beschäftigen muss, da fragt man sich wirklich, wie weit sind wir gekommen!

Diese traurige Tatsache ist für die Deutsche Volkunion unerträglich. Solche Skandale werden von uns niemals, aber auch niemals hingenommen werden! Es ist für uns einfach unerträglich, dass die Polizei

und die Staatsanwaltschaft bis zum Erreichen des vierzehnten Lebensjahres keine gesetzlichen Möglichkeiten hat, gegen solche hochkriminellen Jugendlichen vorzugehen.

Meine Damen und Herren, deswegen muss hier dringend eine Gesetzesänderung durchgesetzt werden. Selbstverständlich hat die Jugendbehörde die Möglichkeit und die Pflicht zu prüfen, inwieweit die Erziehungsberechtigten in der Lage sind, einen Jugendlichen so zu erziehen, dass aus ihm ein ordentlicher Staatsbürger wird. Wenn die Erziehungsberechtigten dazu allerdings nicht in der Lage sind, muss eben die Jugendbehörde schnellstens eingreifen, und die Erziehungsberechtigten sind wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht zur Verantwortung zu ziehen. Das ist hier über Jahre nicht geschehen, die Behörden waren bequem und gleichgültig, deshalb konnte ein Kind die Anwohner in Horn-Lehe über Jahre tyrannisieren.

Meine Damen und Herren, allerdings zeigen diese Vorfälle auch deutlich auf, dass bei vielen ausländischen Jugendlichen und Mitbürgern gar kein Interesse an der Einhaltung unserer Gesetze besteht. Wenn sogar schon bei den Erziehungsberechtigten diese Einsicht nicht besteht, ist es doch eine logische Konsequenz, dass die Kinder straffällig werden. Das ist doch klar! Wer glaubt, seine Religion über unsere Gesetze zu stellen – siehe Schlagzeilen in den Medien: Bremen ein Reisebüro für Terroristen, Taliban-kämpfer aus Bremen und so weiter –, der wird auch unsere Gesetze niemals anerkennen! Es darf auf keinen Fall dazu kommen, wie es in vielen Großstädten schon der Fall ist, dass Deutsche in vielen Stadtteilen in der Minderheit sind. Diese sozialen Brennpunkte können Sie gar nicht verantworten.

Deshalb ist es dringend erforderlich, auch die Aufenthaltsgenehmigung weit unter dem jetzigen Maß festzulegen. Wir dürfen uns nicht, wie im Fall Horn-Lehe, von ausländischen Jugendlichen terrorisieren lassen. Hier müssen die Gesetze so verändert werden, dass der Rechtsstaat die Interessen der Bürger klar, in aller Entschiedenheit und mit aller Härte vertreten und schützen kann!

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, leider haben Sie wie immer versucht, ein so ernstes und auch wichtiges Thema, wie es die Jugendkriminalität ist, durch Ihre flachen und auch dumpfen Parolen auf Ihr Niveau zu senken.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Das Thema und die Problematik der Jugendkriminalität gehen viel weiter als die von Ihnen isoliert aufgegriffene Forderung der Senkung des Strafmündigkeitsalters.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das ist richtig! Das steigt immens an!)

Die Bremische Bürgerschaft hat sich sowohl hier im Plenum als auch in ihren Ausschüssen und Deputationen in der Vergangenheit sehr viel mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es wurde sehr kontrovers, aber vor allem konstruktiv zwischen den verschiedenen Fraktionen diskutiert, denn es geht uns um das Wohl der Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt und in diesem Land.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bremer Senat hat zu diesem Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität einen Bericht vorgelegt, in dem sehr viele Lösungsansätze vorhanden sind, die weit über das hinausgehen, was Sie hier angegriffen haben. Sie versuchen ja immer, in die Bürgerschaft ganz isoliert einen einzigen Aspekt einzubringen, um dann mit Ihren dumpfen Parolen den Ausländerhass hier zu schüren. Ich denke, dass man aber gerade im Bereich der Jugendkriminalität, in dem es wirklich um Probleme von Jugendlichen und Kindern in dieser Stadt geht, den ganzen Bereich sehen muss. Wir wollen Lösungen finden, den Menschen helfen, aber nicht Ausländerhass beziehungsweise überhaupt keinen Hass in dieser Stadt und in diesem Land schüren!

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns bei dem Bereich der Jugendkriminalität sehr mit den Repressionen, aber auch mit den Präventionen beschäftigt. Auf die Präventionen sind Sie gar nicht eingegangen, und ich denke, dass man das Thema nicht aufnehmen kann, ohne diesen wichtigen Bereich zu nennen und dort über Ansätze zu diskutieren. Auch wir möchten, dass Jugendlichen und Kindern ihre Grenzen aufgezeigt werden, dass sie, wenn sie etwas Falsches getan haben, dafür auch Sanktionen bekommen. Aber wir möchten ihnen vor allem helfen, dass sie gar nicht erst straffällig werden und Probleme mit dem Gesetz bekommen. Darum geht es uns hier!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt eine Vielzahl von Mitteln, um Kindern und Jugendlichen im Land Bremen zu helfen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz nennt viele davon. Der

Endfall, wenn es wirklich nicht anders geht, ist eine Heimunterbringung für Kinder, wenn ihre Eltern nicht selbst dafür Sorge tragen können, dass sie nicht straffällig werden. Es geht aber auch um die Verantwortung von Schule, vom Freizeit- und dem gesamten Sozialbereich. Wir, zumindest die demokratischen Fraktionen, haben viel diskutiert, wie man Kindern und Jugendlichen helfen kann. Herr Tittmann, ich habe nicht einmal gemerkt, dass Sie sich in diese Diskussion eingebracht haben.

(C)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Man kann in dieser Diskussion auch nicht, so wie Sie es getan haben, pauschal alles auf einen Stand bringen und dabei insbesondere nur die ausländischen Jugendlichen nennen.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Habe ich auch nicht!)

Es ist so, dass viele ausländische Jugendliche dabei sind, die auch straffällig geworden sind, aber das heißt für uns gerade erst, besonders darauf zu achten, dass wir diesen Menschen helfen, dort auch ansetzen, aber nicht in einer Pauschalverurteilung hier einfach Ausländerhass oder überhaupt Hass in dieser Stadt schüren.

(D)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, Herr Tittmann, uns unterscheidet einfach, dass es uns wirklich um die Menschen in diesem Land geht.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Doch!)

Pardon, doch! Der Abgeordnete Tittmann hat noch einmal das Wort.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also auf Ihren Redebeitrag eben würde wahrscheinlich folgendes Zitat zutreffen: Gott vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie sagen!

Ihr Kanzlerkandidat hat von einer durchrassten Gesellschaft gesprochen und nicht ich.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Was für ein Ding?)

(A) Ihr rechtspolitischer Sprecher, Norbert Geis, hat öffentlich im Fernsehen erklärt: Deutschland den Deutschen! Was halten Sie denn von diesen Parolen? Bevor Sie hier nach vorn kommen, möchte ich das erst einmal geklärt haben!

Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, dass dieses Terrorkind Seihan aus Horn-Lehe schon seit über einem Jahr oder noch länger einen ganzen Stadtteil, eine ganze Stadt terrorisiert. Dieses vierzehnjährige Erzengelchen wurde nachweislich schon sage und schreibe achtunddreißigmal straffällig!

Ein weiterer Skandal und eine Frechheit ist, dass die Staatsanwaltschaft nun lapidar feststellt, es würde sich um ein jugendtypisches Verhalten handeln. Diese ungeheuerlich dümmliche Aussage ist an Frechheit durch nichts mehr zu überbieten! Das ist eine Beleidigung unserer Jugend. Ich glaube eher, dass diese Aussage der Staatsanwaltschaft eher ein staatsanwalttypisches Verhalten ist, wie man hier in Deutschland mit Schwerekriminalen umgeht, und sonst gar nichts! Hier gibt es ja viele Beispiele: Schwerekriminelle bekommen ohne Begleitung Freigang, Hafturlaub, Haftverschonung und so weiter. Von den Annehmlichkeiten einiger Luxushaftanstalten ganz zu schweigen!

Meine Damen und Herren, dieser vierzehnjährige Seihan S. hat nachweislich immer wieder, vor allem vor dem Schulzentrum Ronzellenstraße, mit vorgehaltenem Messer Jugendliche gezwungen, Geld, Handy und sonstige Wertgegenstände herauszurücken. Außerdem soll er Wohnungseinbrüche verübt, Hausfriedensbruch begangen haben und sogar an Tankstellenüberfällen beteiligt gewesen sein. Das ist nun einmal Fakt. Da kommen Sie hier nach vorn und wagen, eine solche Rede zu halten. Da kann ich nur raten: Machen Sie so weiter! Die Quittung für Ihre unrealistischen Reden und für Ihre Kritik erhalten Sie spätestens bei der Wahl im nächsten Jahr in Bremen und Bremerhaven.

(B) Meine Damen und Herren, laut Aussage der Jugendbehörde hat sie sich ernsthaft mit dem Fall Seihan S. beschäftigt. Auf die Nachfrage des Ortsbeirates, seit wann denn, antwortete sie: seit gestern! Meine Damen und Herren, der Beirat hat am 25. Januar 2002 getagt. Das heißt also, die Jugendbehörde kümmerte sich erst seit dem 24. Januar 2002 intensiv um den Fall Seihan! Ein bisschen spät, finden Sie nicht auch?

Eine solch unverantwortliche Schlaperei wird die DVU niemals akzeptieren und hinnehmen. Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, vor solchen Subjekten geschützt zu werden. Darüber hinaus ist es für die DVU unerträglich und wird von uns auch niemals hingenommen werden, dass zum Beispiel jugendliche Schüler in Bremerhaven oder auch in Hagen Lehrkräfte brutal zusammenschlagen. Aber auf diese Thematik, das können Sie mir gern glauben, werde ich noch gesondert besonders eingehen. Darauf können Sie sich verlassen!

(C) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/1054 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Medienpolitische Entscheidungen für Radio Bremen und die Medienwirtschaft treffen – für ein Medienzentrum im Faulenquartier**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 12. Februar 2002  
(Drucksache 15/1061)

(D) Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich könnte man es ganz einfach auf den Punkt bringen: Es geht jetzt um einen Sachverhalt, den die SPD und die Grünen gern möchten, aber es scheitert an der Bremer CDU-Fraktion.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:  
An uns scheitert nichts!)

Herr Oppermann, darauf beziehe ich mich gleich gern noch einmal! Ich glaube, dass es Senator Hattig auch gern ein bisschen schneller hätte. An der Zögerlichkeit von Radio Bremen liegt es jedenfalls nicht, denn der Sender hat mehrfach laut auf verschiedenen Veranstaltungen gesagt: Ja, wir können uns einen citynahen Standort für Radio Bremen gut vorstellen.

Die grüne Bürgerschaftsfraktion hat eine klare Meinung. Das Faulenquartier ist ein guter Standort

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) für Radio Bremen und die Ansiedlung eines Medienzentrums. Wir fordern heute mit unserem Antrag den Senat auf, eine Standortentscheidung als Signal für ein Medienzentrum im Faulenquartier unter der Einbeziehung von Radio Bremen zu treffen. Außerdem fordern wir den Senat auf, die Grundstücksverhältnisse im Faulenquartier umgehend zu klären und eine bauliche Entwicklung an der Diepenau und auf dem Saturn-Hansa-Grundstück vorzubereiten, um mit Radio Bremen darüber in konkrete Verhandlungen zu treten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich jetzt auch, dass Senator Hattig uns mit einem halben Jahr Verspätung unterstützt und die Machbarkeitsstudie, die schon im September 2001 in der Wirtschaftsdeputation beschlossen worden ist, erneut hat beschließen lassen unter dem Motto: Doppelt hält besser. Wir freuen uns, aber schade eigentlich um das halbe Jahr, das wir jetzt verloren haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe gesagt, dass der Sender unmissverständlich sein Interesse an einem citynahen Standort angemeldet hat. Ich glaube, auch wir als Politiker, als Vertreter der Bremer CDU oder der SPD und der Grünen, sind aufgefordert, dieses Interesse politisch aufzunehmen und damit weiter zu arbeiten.

(B)

Noch einmal kurz zum Hintergrund! In den kommenden vier Jahren muss Radio Bremen seinen Haushalt um rund 50 Millionen DM, 25 Millionen Euro, etwa ein Viertel seines Gesamtetats reduziert haben. So erzwingt es die Neuordnung des ARD-Finanzausgleichs. Darüber haben wir uns hier ja auch schon mehrfach unterhalten. Der Sender sucht zügig bis zum Spätsommer einen neuen Standort, um im Jahr 2005 mit einem reduzierten Budget auskommen zu können, denn Radio Bremen wird aus wirtschaftlichen Gründen die beiden bisher getrennten Standorte für Hörfunk und Fernsehen zu einem Standort zusammenführen müssen und somit die Nettogeschossfläche von 32 000 Quadratmetern in einem Gebäude auf 16 000 Quadratmeter konzentrieren.

Die grüne Bürgerschaftsfraktion meint, Bremen bringt gute Voraussetzungen mit, um sich als Medienwirtschaftsstandort mit einer solchen Entscheidung für ein Medienzentrum über die Grenzen Bremens hinaus stärkeres Profil zu geben. Der Standort Bremen hat eine gut aufgestellte Palette an kleineren, mittleren und wenigen größeren Firmen in dieser Branche anzubieten. Die kleinen und mittleren Unternehmen, das kann ich an dieser Stelle noch einmal sagen, agieren meistens im regionalen Raum, sind aber durchaus recht erfolgreich, und die wenigen großen Firmen, die wir haben, ich glaube, das macht ungefähr drei Prozent an der Gesamtpalette aus, agieren bundesweit und gehören durchaus zu

den Unternehmen, die in der Oberliga oder in der ersten Bundesliga in der Bundesrepublik spielen.

(C)

Klar, wir sind nicht Hamburg, München oder Berlin, aber, ich denke, man kann nicht sagen, okay, dann geben wir gleich auf, sondern wir müssen sagen, es gibt Hamburg, Berlin und München, und deshalb müssen wir uns anstrengen. So formuliert es ja auch ein Papier, das derzeit in den Gremien beraten wird, das Papier Innovision 2010. Bremen muss sich anstrengen bis zum Jahr 2010, muss sich eine Vision geben, um unter die Top Ten der Technologiestandorte und Medienwirtschaftsstandorte in Deutschland zu kommen. Man kann ja nicht sagen, man schafft es nicht, sonst wäre Japan nie als Wirtschaftsland erfolgreich geworden, und auch Sonny Rollins, ich bringe einmal ein Beispiel aus der Kultur, wäre nie einer der weltbesten Saxophonisten geworden, wenn er sich gesagt hätte, ich bin mit 25 Jahren zu alt, um Berufsmusiker zu werden. Bremen, wir sprechen Hochdeutsch, und ich denke, wir können es schaffen, den Wachstumsmarkt Bewegtbild zu besetzen.

(Abg. Kleen [SPD]: Das ist schon mehr als die Baden-Württemberger!)

Ja, mehr als Baden-Württemberg! Also, die rund 300 Multimedia- und Onlinefirmen, die es in Bremen gibt, so sagt eine ganz neue Studie, die hier in Bremen erstellt worden ist, sind gut gerüstet und bringen das notwendige Know-how mit, das sich durchaus mit anderen Regionen und größeren Medienakteuren vergleichen lassen kann. Das sagt die Untersuchung von Lothar Dorn, der am Institut für Arbeit und Wirtschaft hier in Bremen arbeitet. Dort wurden Unternehmen befragt. Die Studie sagt auch aus, dass die Nachfrage nach Fachkräften hier in Bremen ungebrochen ist und die nachgefragten Dienstleistungen der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region komplexer werden. Die Nachfrage steigt also. Die Unternehmen lassen sich nicht nur Internetvisitenkarten machen, sondern der Bedarf nach komplexen E-Business- und E-Commerce-Lösungen steigt und muss auch weiter steigen, daran muss Bremen zweifelsohne noch arbeiten.

(D)

Sicher, es wird keinen Gründungsboom mehr geben, und wir werden auch nicht mehr die Arbeitsplätze erleben, die zackzack entstehen, aber die Medienwirtschaft gehört meines Erachtens und nach Meinung der Grünen zu den im Augenblick wirtschaftlich interessantesten Bereichen, die die Bundesrepublik zu bieten hat. Wir Grünen sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, das Bremer Faulenquartier, die Stadt am Fluss, konsequent weiter aufzuwerten und mit Firmen aus der wachsenden Medienbranche zu beleben. Wir sind davon überzeugt, dass sich um den Sender Radio Bremen andere Unternehmen ansiedeln werden und dass Synergieeffekte entstehen werden.

Wie könnte das funktionieren? Wir stellen uns vor, dass sich das Faulenquartier durchaus entwickeln

(A) kann, um eine Mischung von Arbeit, Ausbildung, Weiterbildung, Qualifizierung, Wohnen, Gastronomie und Tourismus zu beherbergen. Selbstverständlich muss dafür von der Stadtentwicklung ein Quartiersentwicklungskonzept angegangen und vorgelegt werden. Aber wie ich gehört habe, existiert dafür auch schon eine Vorlage. Das Quartier muss städtebaulich neu durchdacht, aufgewertet und umstrukturiert werden. Ältere schützenswerte Gebäude könnten Zuschüsse für Fassadensanierung erhalten, das Parkhaus Diepenau muss abgerissen werden. Das ist ohnehin nur zu 50 Prozent ausgelastet, und wenn Sie sich das einmal selbst anschauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das verschenkter Platz in Bremen. Da könnte ein klasse Gebäude für Radio Bremen stehen mit einem gläsernen Studio zum Wasser hin, Radio Bremen könnte sich dort an der besten Adresse in der ersten Reihe neu aufstellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Radio Bremen ist bereit, selbst Geld in die Hand zu nehmen. 80 Millionen Euro will der Sender für ein neues Gebäude ausgeben, den Umzug würde Radio Bremen selbstverständlich selbst bezahlen, und in diesen 80 Millionen Euro, die der Sender dann investiert, steckt auch eine gesamte neue Technik, auch auf eigenem Grundstück mit einer Ausschreibung in einem schönen Gebäude in gutem Design. Vielleicht kommen wir darauf ja noch einmal zurück.

(B) Gesetzt den Fall begrenzter inhaltlicher Kooperation, das ist ja der Knackpunkt an der ganzen Sache, Radio Bremen sagt, wir müssen auch outsourcen, dazu äußert sich die Medienwirtschaft in Bremen kritisch. Ich gehe jetzt einmal diesem Fall nach. Es gibt nur begrenzte Kooperation. Radio Bremen versucht, seine Arbeitsplätze zu halten, und die Medienwirtschaft auf der anderen Seite versucht ihrerseits auch, Arbeitsplätze und Aufträge abzusichern. Ich denke, es gibt aber durchaus die Chance, gemeinsam Infrastruktur zu nutzen. Es könnte gemeinsame Studios geben. Das Faulenquartier könnte technisch so gut verkabelt werden, dass man in einem Gründerzentrum im Bamberger-Kaufhaus beispielsweise jedem Gründer einen schnellen Internetzugang mit 155 Megabit liefern könnte. Das haben andere Medienstandorte auch gemacht, das hat man in Köln getan, und zwar mit gutem Erfolg.

Ich schlage auch vor, im Faulenquartier dann ein Locationbüro einzurichten. Was ist das? Das ist eine Anlaufstelle für Filmproduzenten, wohin Filmemacher gehen können, wenn sie einen Krimi oder Liebesfilm in Bremen drehen wollen, wo gesagt wird, wir brauchen eine Tiefgarage, eine Schifffahrt, ein Hotel, Übernachtung und technisches Equipment. Dort erhält man alles aus einer Hand. Alle anderen Bundesländer haben das, nur Bremen nicht. Wir finden und wissen, dass das eine lohnenswerte Sache

ist, denn gerade das Geld, das für Filmproduktionen ausgegeben wird, wird oft an dem Ort ausgegeben, an dem dann solche Filme gedreht werden. Davon kann Bremen nur profitieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe eben kurz ein Gründerzentrum im Bamberger-Kaufhaus umrissen. Das halten wir für eine ganz gute Idee. Ich denke, man müsste dann auch einen Manager oder eine Managerin für dieses Quartier engagieren, die nach möglichen Interessenten auf die Suche geht, die sich dort ansiedeln, die praktisch den runden Tisch Faulenquartier moderiert und die Entwicklung in diesem Quartier vorantreibt. Wir könnten uns ferner auch eine Kooperation von Radio Bremen mit dem Focke-Museum vorstellen, dass es ein Kino gibt, das für private Veranstaltungen vermietet werden kann, wo man sich aus dem Archiv von Radio Bremen Filme für Feiern und persönliche Veranstaltungen leihen kann. Man könnte ein Beat-Club-Museum machen, das wäre eine Sache.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:  
Was?)

So ein Beat-Club-Museum ist auch etwas für Ihre Generation!

(Heiterkeit)

Man könnte ein Studio einrichten, das man für private Musikaufnahmen mieten könnte. Also, Sie sehen, meine Damen und Herren, ich habe viele kreative Ideen, und meine Kollegen haben noch viel mehr kreative Ideen für dieses Faulenquartier. Wir glauben, das Ganze könnte Erfolg haben. Ich setze da auch ganz auf Herrn Bettermann, unseren ehemaligen Staatsrat de luxe, der jetzt ja Intendant der Deutschen Welle ist. Herr Bettermann hat Kontakt zu Herrn Glässgen aufgenommen und laut gesagt, das war auch eine Meldung bei „Buten un binnen“, er könne sich einen Ausbildungsgang in Bremen vorstellen.

(Glocke)

Ich komme zum Ende! Herr Bettermann kann sich vorstellen, nach Bremen zu kommen, einen Ausbildungsgang für ausländische Studenten im Faulenquartier zu installieren, angesichts der Qualifizierungsbedarfe, die Bremen in dieser Branche auch unweigerlich hat. Voran mit dem Faulenquartier! Herr Hattig, ich setze ganz auf Sie! Taten statt warten! Herr Sieling ist jetzt nicht da. Ich freue mich jetzt auf Ihren Debattenbeitrag. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, toll! Haben Sie eigentlich schon einmal zu Hause das Modell mit Ihrer Tochter gebastelt? Das kommt mir ja so vor. Das sollten Sie vielleicht einmal mitbringen unter dem Motto: I have a dream! Wenn das alles so einfach wäre!

Bevor ich auf den Antrag der Grünen speziell eingehe, möchte ich ein paar grundsätzliche Ausführungen zu diesem Thema machen. Wir hatten ja in den letzten Wochen eine reichhaltige Diskussion und Berichterstattung zum Thema Medienstandort Bremen und zum Medienzentrum oder Medienkompetenzzentrum im Speziellen. Es wurde hier der Eindruck vermittelt, wir bauen ein Medienzentrum mit Radio Bremen als Anker, nehmen also ein paar Millionen in die Hand, und alles wird gut. Wenn wir das alles dann auch noch im Faulenquartier machen, wird es noch viel besser, und wir haben blühende Landschaften.

(Abg. Frau **W a n g e n h e i m** [SPD]: Das hat aber jemand anders gesagt!

(B) Jetzt möchte ich das Märchenbuch aber wieder zuschlagen, denn so einfach, wie Sie sich das vorstellen, ist es leider nicht. Wenn diese Mechanismen so einfach wären, hätten wir, glaube ich, in dieser Stadt nicht so viele Probleme.

(Unruhe bei der SPD)

Das ist doch ein schöner Begriff, blühende Landschaften! Es ist aber auch ein Beweis, dass es auch bei blühenden Landschaften immer noch Probleme gibt.

Klar ist, Radio Bremen muss umstrukturieren. Dies ist die Sache von Radio Bremen und kann nicht mit Steuermitteln finanziert werden. Es sind sich auch alle darüber einig, dass ein Umzug nicht aus Steuermitteln bezahlt wird. Wir stehen nach wie vor hinter den Bemühungen unseres Senders, den veränderten Bedingungen im ARD-Finanzausgleich gerecht zu werden. Wie sagte doch der Intendant Dr. Glässgen, mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich zitieren: „Wir machen unser Ding.“

Um auch gleich einmal klarzustellen, dass der Vorwurf eines Aussitzens nicht richtig ist, möchte ich feststellen, dass eine Planung, wie auch immer, ohne Radio Bremen bisher eigentlich nicht so einfach war, denn Radio Bremen hat jetzt erst vor kurzem offiziell den Beschluss gefasst, sich auf einen Standort festzulegen mit zirka 16 500 Quadratmetern. Die Frage der Verkaufserlöse bei einem neuen Standort, wie

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) viel man für die alten Grundstücke und Immobilien bekommt, muss noch abschließend geklärt werden, dann kann Radio Bremen erst den restlichen Finanzbedarf darstellen.

Ein Medienzentrum mit Radio Bremen als Anker ist vom Grundsatz her keine schlechte Idee, und die CDU-Fraktion ist diesem Vorschlag auch nicht abgeneigt, obwohl Sie das ja immer so darstellen wollen, dass das der Fall wäre, wenn es dann auch mit Zahlen untermauert ist, und hier ist nämlich der Knackpunkt an der Sache! Wir können doch nicht alle Hurra schreien, und dann wird das ein Selbstläufer. Es gibt auch noch viele Fragen zu beantworten.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum haben Sie das Gutachten so lange blockiert?)

Wir wussten ja nicht, was Radio Bremen macht!

Jetzt zum Medienzentrum! Gibt es Firmen, die sich in so einem Zentrum einmieten wollen? Sind das neue Firmen?

(Zuruf der Abg. Frau **J a n s e n** [SPD])

(D) Ich meinte jetzt die, die wir noch nicht in Bremen haben! Ich glaube, ein internes Umziehen im großen Stil – ein oder zwei Fälle ist nicht die Frage – macht, glaube ich, für die Stadt als Medienstandort wenig Sinn. Wie entwickelt sich der Wettbewerb? Bei dem Hearing des Multimediaver eins letzte Woche wurden auch Stimmen laut, dass es der Branche im Moment nicht so gut geht und hier ein zusätzlicher Druck, der dann noch staatlich unterstützt ist, entstehen könnte. Hamburg mit seinen Pleiten, obwohl es noch eine ganz andere Marktstellung hat, sollte uns zu denken geben, jede Entscheidung einmal mehr zu überprüfen.

Dann weiter: Wie soll das Modell der Kooperation eigentlich aussehen? Hier muss auch Radio Bremen noch ein paar Fragen beantworten und Konzepte vorlegen, wie Kooperationen gestaltet werden sollen, denn auf ein Wort, wir machen das schon, wird sich keine Firma einlassen. Wir wissen alle genau, eine private Produktionsgesellschaft arbeitet etwas anders als eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt. Hier fällt mir spontan noch die Frage ein: Warum wurde dies eigentlich nicht schon früher gemacht, um zusätzliche Einnahmequellen zu öffnen und Kosten zu sparen?

Dann weiter: Warum gibt es eigentlich kein Investorenmodell? Wenn dies ein solcher Selbstläufer mit sicheren Mieteinnahmen ist, müssten doch eigentlich die Investoren Schlange stehen! Der größte Brocken – das wissen wir auch – ist ja eigentlich immer der Ankermieter. Der wäre ja da, aber er allein reicht eben nicht aus. Fragen über Fragen, aber kei-

(A) ne mit Zahlen unterlegten Antworten, jedenfalls bis jetzt noch nicht!

Somit glaube ich, dass der Beschluss des Wirtschaftssenators, ein Gutachten über die Machbarkeit und Möglichkeiten eines Medienzentrums einzuholen, die einzige Konsequenz sein kann. Somit können die wirtschaftlichen und strukturpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten eines Medienzentrums geprüft werden. Diese Untersuchung wird mit Radio Bremen abgestimmt, um nachher gegebenenfalls alles aus einem Guss zu haben. Es hat keinen Wert, auf Zuruf einiger Betroffener oder aus normalen Gesprächen bei Meetings oder Hearings solche Investitionen durchzuführen. Wir brauchen Marktanalysen, inhaltliche Konzepte und dann auch Standort- und Finanzierungsmöglichkeiten. Nur so kann der Weg sein.

Das ist der Stichpunkt zu Ihrem Antrag „Medienpolitische Entscheidung für Radio Bremen und die Medienwirtschaft treffen – für ein Medienzentrum Faulenquartier“. Ich bin schon sehr überrascht, sehr geehrte Frau Stahmann, ich stelle mir das gerade vor, Sie als Presslufthammer-Anja durch das Faulenquartier, wie Sie das Parkhaus hier einfach abreißen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Sie als Bedenkenträger! Das ist doch die Rollenverteilung!)

(B) Ja, nicht wahr? Das ist mir auch aufgefallen! Das stimmt!

Aber andersherum, Sie haben Visionen, das ist gut, und wenn man die umsetzen kann, warum nicht? Grundsätzlich ist dagegen ja nichts einzuwenden, und wenn man dafür eintritt, ist das in Ordnung. Man muss natürlich die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten leider auch in Betracht ziehen, aber dafür ist ja die CDU-Fraktion da!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Danke für die Zustimmung! Wir werden uns bemühen, solche Visionen wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen, denn so, wie Sie sich das vorstellen, geht es nun beim besten Willen nicht. Man kann sich doch nicht schon festlegen, wo, wie und dann erst, wie sich das Ganze finanzieren soll und welche Entwicklungsmöglichkeiten sich daraus ergeben. Deshalb sind Sie ja in der Opposition und wir in der Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen uns auch nicht nervös machen lassen unter dem Motto: Die Zeit drängt, wir müssen jetzt gleich hier und heute entscheiden! Solche Entscheidungen werden meistens teuer. Natürlich haben wir nicht alle Zeit der Welt, aber auch über die Finan-

zierung einer Umstrukturierung von Radio Bremen werden frühestens im September bei der ARD Entscheidungen fallen. Diese Zeit sollten wir nutzen, unsere Fragen zu beantworten. Zuerst muss aber geklärt werden: Macht solch ein Medienzentrum in unserer ganz speziellen Situation in Bremen Sinn? Es muss ein Mehr herauskommen, auch ein wirtschaftliches und ein arbeitspolitisches. Wir können keinen Blankoscheck ausstellen oder wie Sie über 50 Millionen Euro und dann sagen, wir machen das einmal, sondern wir müssen uns fragen, gibt es Bedarfe und Möglichkeiten, und wie könnte man gegebenenfalls dann Anlaufhilfen der Stadt und des Landes aus strukturpolitischen Gründen geben.

Wenn wir wissen, was wir wollen – denn das ist meistens das größere Problem, denn erreichen wollen wir viel, aber leider sind unsere Ressourcen begrenzt –, dann können wir auch sagen wo, und zwar mehrere Angebote, wo dies dann stattfinden kann. Diese Grundstücke gehören nicht der Stadt, sie müssen gekauft oder gepachtet werden, auch hier muss eine Kosten-Nutzen-Analyse gemacht werden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf einmal! Man lernt ja nicht aus!)

Ja, man lernt ja nie aus! Sie wissen aus eigenen Erfahrungen, dass die Preise immer schnell steigen, wenn die Stadt etwas machen will. Es ist natürlich richtig, dass im Faulenquartier etwas passieren muss, doch ich sehe nicht so recht, ob nun gerade Radio Bremen Quotenbringer sein wird, aber ich lasse mich gern belehren und bin immer für einen guten Vorschlag aufgeschlossen.

Alles in allem: Die Vision ist nicht schlecht, nur an der in Ihrem Antrag vorgebrachten Vorgehensweise hapert es noch. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab, denn aus Ihrer Initialzündung, wie Sie ja schreiben, soll nachher kein Rohrkrepiierer werden. Das wäre sehr tragisch für Radio Bremen und für unseren Medienstandort. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Strohmann, eines können Sie im Haus niemandem weismachen, dass nun gerade die CDU der Erfolgsbringer der jetzt beschlossenen Wirtschaftsförderungsausschussvorlage ist!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen ganz klar, dass Herr Senator Hattig die Bremse gelöst hat, auf der mindestens ein Kolle-

- (A) ge Ihrer Fraktion ziemlich maßgeblich und kräftig gestanden hat, nämlich Ihr Fraktionsvorsitzender.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Und gewichtig!)

Herr Senator Hattig, insoweit begrüßen wir als SPD-Fraktion ausdrücklich, dass Sie den Knoten innerhalb der CDU durchgeschlagen haben und eine Vorlage für die Wirtschaftsförderungsausschüsse eingereicht haben, die dann die Parlamentarier beschlossen haben. Herr Kollege Strohmänn, der Senator legt vor, und wir Parlamentarier beschließen das, weil Sie ja eben den Senator auch noch als beschließendes Organ gelobt haben.

Wir als SPD-Fraktion sind schon, seitdem das Gutachten im August 2001 vorgestellt wurde, ganz klar für Radio Bremen. Wenn ich Ihnen jetzt die Pressemitteilung Ihres Fraktionsvorsitzenden vorhalte, dann passt die leider nicht mehr zu dem, was Sie eben gesagt haben, wie toll Sie doch jetzt das Ganze finden würden. Die CDU hat von Anfang an ein riesiges Fragezeichen dahinter gesetzt, und wir haben uns immer gefragt, warum die CDU ein Fragezeichen macht.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Wohin ein Fragezeichen?)

- (B) Ein Fragezeichen dahinter gemacht, dass nach der Vorlage im August die Möglichkeit einer weiteren Begutachtung für ein Medienkompetenzzentrum in Frage gestellt wurde! Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat sich damals schon ganz klar dafür ausgesprochen: Es gibt keine Mark für Radio Bremen, aber wir lassen Radio Bremen nicht im Regen stehen. Wenn ich Ihre Rede richtig verstanden habe, habe ich nicht viel davon gehört, wie Sie dem Sender Radio Bremen eigentlich helfen wollen. Bisher ist in der öffentlichen Wahrnehmung nur Blockade zu hören gewesen seitens der Fraktion der CDU.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir haben eine unwahrscheinliche Chance hier in Bremen dadurch, dass Radio Bremen in einer schwierigen Lage ist. Warum die Anstalt in einer schwierigen Lage ist, haben wir letztes Mal in der Bürgerschaftssitzung diskutiert. Radio Bremen hat aber im Rahmen der ARD-Anstalten die Chance, als einziger Sender in der Bundesrepublik eine Umstrukturierung vorzunehmen, ohne dass Arbeitslose produziert werden. Wer dem Intendanten richtig zuhört, wenn er sagt, ich habe eine Verantwortung für das Gemeinwesen, nämlich Radio Bremen gehört uns ja allen ein Stück weit, für das, was da passiert, und er sagt, ich produziere keine Arbeitslosen, sondern versuche, durch vernünftige Strukturveränderungen

- dazu beizutragen, dass die Arbeitsplätze, die jetzt im Sender da sind, aber zukünftig nicht mehr zu bezahlen sind, der Stadtgemeinde, dem Lande Bremen nicht verloren gehen. (C)

Das ist doch eine positive Ansage, dass jemand für ein großes Unternehmen – und Radio Bremen ist ein öffentlich-rechtlich geführtes Unternehmen – die Verantwortung so auf sich nimmt und sagt, ich bemühe mich vom August letzten Jahres, meine Zahlen als Radio Bremen dafür beizutragen, dass es eine positive politische Entscheidung geben kann. Radio Bremen hat sich im Verwaltungsrat vor etwa drei Wochen ganz klar für einen Standort ausgesprochen, weil es in etwa acht Millionen DM pro Jahr bringen wird, wenn man an einem Standort zusammenkommt.

Zur Kompetenz, lieber Kollege von der CDU, da würde ich Ihrer Jungen Union noch einmal einen Tipp geben, die überhaupt keine Ahnung von Medienpolitik hat,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

die überhaupt nicht versteht, dass das Zusammenziehen von zwei Standorten doch immer einen Effekt hat. Das hat natürlich nichts damit zu tun, dass die Stadtgemeinde Bremen es für nötig erachtet, ein Medienzentrum zu fördern. Es war nie die Diskussion, weder in dem Gutachten noch in den Diskussionen danach, dass die öffentliche Hand Radio Bremen für den Teil selbst finanziert, der öffentlich-rechtlich zu finanzieren ist. Dafür ist die ARD zuständig, und ich kann Ihnen sagen – und dafür sollte man sich einsetzen –, dass ich in einem Gespräch in der letzten Woche auf der Medientagung der SPD in Mainz mit dem Ministerpräsidenten Beck darüber gesprochen habe, wie wir zukünftig sicherstellen können, dass das, was wir hier einvernehmlich beschlossen haben, das Leistungs- und Gegenleistungsverhältnis, eingehalten wird. (D)

Wir müssen darauf hinwirken, dass die ARD genug Geld für ihren Teil hat, und der Intendant hat gesagt, ja, wir leisten uns das, und wir schaffen es, 80 Millionen Euro für den Kernbereich von Radio Bremen zusammenzubekommen. Was er jetzt braucht, ist die Entscheidung zu sagen, was ist im Markt vorhanden, um das, was er im Kernbereich finanziert hat, ergänzen zu können. Das, was im Sender passiert, ist ja auch die Chance, dass sich endlich auch öffentlich-rechtliche Anstalten mit Privaten zusammensetzen, um darüber nachzudenken, wie man Studios, Kameralleute und Infrastruktur nutzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben so viele Chancen, dass Sie leider zu lange auf der Bremse standen und Herr Senator Hattig wiederum die Bremse gelöst hat. Also noch einmal

(A) ein Lob an den Senator und weder noch an die CDU-Fraktion!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Jetzt reicht es aber!)

Man muss ja oft genug loben, Frau Kollegin, damit sich das Verfahren weiter so positiv und schnell entwickelt, denn die Beschlüsse der Wirtschaftsdeputation sind positiv und gut, aber sie haben kein Zeitfenster. Deswegen sage ich für unsere Fraktion schon an dieser Stelle ganz klar – und das ist abgestimmt mit unserer wirtschaftspolitischen Sprecherin Eva-Maria Lemke-Schulte –, wir erwarten noch bis zum Sommer eine klare Entscheidung darüber, was die Studie ergeben hat und wo die marktwirtschaftlichen Effekte sind. Ich glaube, dass dann noch in diesem Jahr, nämlich noch vor September, die politischen Entscheidungen getroffen werden können.

(B) Ich wiederhole an dieser Stelle, dass es darauf ankommt, den ARD-Finanzausgleich intern zu sichern, das Gegenleistungs- und Leistungsverhältnis zu sichern, und wir müssen unsere Aufgabe machen. Ich kann Ihnen sagen, dass sich die Fraktion von Anfang an dafür ausgesprochen hat. Der Fraktionsvorsitzende der SPD geht ein Stück weiter als Visionär und sagt, wir können uns natürlich auch vorstellen, dass das Medienzentrum im Faulenquartier entstehen kann. Warum sagt er das? Weil er ganz genau zuhört, was die Kammer in Bremen sagt und was Multimedia und First Tuesday sagen. Sie haben sich bei der Veranstaltung des DGB im World Trade Center, bei dem Teile dieses Hauses anwesend waren, dafür ausgesprochen, dass es nur Sinn macht für kleinere und mittlere Unternehmen, sich dort anzusiedeln, wo etwas passiert, und passieren tut etwas in der Innenstadt. Wir sehen, wie sich die Innenstadt entwickelt, und wir können uns durchaus vorstellen, dass sich ein Faulenquartier medienkompetenzmäßig entwickeln kann.

Insoweit ist es wichtig zu wissen, wer von Anfang an hier die treibende politische Kraft war, und deswegen, liebe Kollegin Frau Stahmann von den Grünen, werden wir Ihren Antrag ablehnen. Allerdings nicht mit der Begründung der CDU wie leider oder Gott sei Dank, sondern weil wir keinen Antrag mehr brauchen. Die Wirtschaftsdeputation hat beschlossen, sie hat ein vernünftiges, klares Verfahren beschlossen, so dass es keines Antrags von Ihnen mehr bedarf, der uns auf Besonderes hinweist.

Ich will Ihnen noch einmal den Beschluss zu der Begutachtung im September 2001 vorlesen. Der wird hier von einigen immer falsch zitiert. Damals haben die Wirtschaftsdeputierten beschlossen, ich darf zitieren: „Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen nimmt Kenntnis von der Vorlage“ – August des Jahres – „des Ergebnisberichts zu den Zukunftsperspektiven für Radio Bremen, Entwicklungs- und

(C) vergleichende Standortanalyse.“ Zweitens: „Sie erwartet zu gegebener Zeit eine Unterrichtung über den weiteren Fortgang.“ Dass dieses „zu gegebener Zeit“ daran lag, dass wir jetzt leider ein halbes Jahr verloren haben, das hat daran gelegen, dass die SPD hier im Land Bremen nicht allein regiert. Wir haben bis zum Schluss auf die CDU eingewirkt, bis wir vorletzte Woche den Beschluss entsprechend bekommen haben.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Radio Bremen steht vor einer großen Herausforderung. Wir als Fraktion sprechen dem Intendanten für den Weg, den er noch vor sich hat, alle Unterstützung aus, die wir haben. Es ist ein schwieriger Weg, aber der Intendant wird es schaffen bis zum Jahr 2005, mit seinen Möglichkeiten nicht nur Personal abzubauen, sondern diese Personen, die nicht mehr für den Sender der öffentlichen Anstalt gebraucht werden, dem Arbeitsmarkt insoweit zur Verfügung zu stellen, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Wer hier behauptet, wir wollten Babelsberg werden oder was auch immer, der hat die Realität nicht mitbekommen. Wir wollen Arbeitsplätze halten, die es jetzt beim Sender Radio Bremen gibt durch Outsourcing, durch Beteiligung der privaten Sendeanstalten, aber auch durch direkte Private. Insoweit lehnen wir Ihren Antrag ab, und die SPD-Fraktion weiß sich in der Kontinuität ihrer Beschlüsse.

(Beifall bei der SPD)

(D) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Hattig.

**Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wochenlang ist dieses Thema diskutiert worden, der Intendant Radio Bremens und der Wirtschaftssenator haben eine gemeinsame Pressekonferenz gemacht, und die hat ganz sicher nicht den Eindruck erweckt, als seien wir gegeneinander, sondern sie hat, wenn ich denn meine Wirkung noch richtig einschätzen kann, ein Miteinander signalisiert. Außerdem habe ich mich gestern, Frau Stahmann, bemüht, Ihre Frage so zu beantworten, dass ich eigentlich geglaubt habe, das Thema sei nun, zumindest soweit es den Wirtschaftssenator angeht, deutlich.

Da die Informationslage so dicht ist, mache ich es kurz und versuche es noch einmal aus meiner Sicht auf den Punkt zu bringen. Wir untersuchen das Ob, das Wie, und dann untersuchen wir das Wo. So ist es logisch richtig, so ist es unternehmenslogisch richtig, und so ist es auch, nach meiner Einschätzung, strukturpolitisch logisch richtig.

Jetzt haben wir also das Ob von Radio Bremen, mit dem ich ja über längere Zeit in Kontakt gestanden habe. Ich denke nicht daran, mich zu früh zu Wort zu melden, weil ich auch darauf achten muss, dass dabei die eigene Kassenlage nicht unnötig in

(A) Anspruch genommen wird. Radio Bremen sagt jetzt, und das haben sie mir vor 14 Tagen gesagt: Wir wollen, können und werden dafür 160 Millionen DM investieren. Damit ist deren Ob klar. Nun können wir mit dieser Klarheit unser eigenes Ob beantworten: Macht es wirtschaftlichen Sinn, in Bremen von einem Medienzentrum zu sprechen und ein solches zu organisieren, das ja Geld kosten wird? Das untersuchen wir – und doppelt gemoppelt ist es nicht, Frau Stahmann – erst jetzt mit dieser Zielsetzung und dieser klaren unternehmerischen Statik.

Wenn dieses Ob, das ja in der Zeitfolge hier angesprochen wird, im Mai, spätestens also im Frühsommer vorliegt, werden wir uns mit dem Wie beschäftigen, das ja vornehmlich bedeutet: Können wir Radio Bremen und ein Medienzentrum, so es sich denn insgesamt überhaupt für Bremen rechnen lässt, zusammenschieben? Erlauben Sie mir, das etwas salopp auszudrücken: Wir wären doch mit dem Hammer geschlagen, wenn wir eine solche Chance nicht nutzen würden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dann, aber erst dann, beschäftigen wir uns mit der Frage des Wo. Das Faulenquartier wird mir aus allen Richtungen angedient. Da schreiben die Vorstände von Sparkassen, das sagt dieser und jener. Es sollte ja, wenn ich richtig zugehört habe, auch schon einmal am Bahnhofsvorplatz platziert werden.

(B) Die Frage, wo wir etwas tun, macht nur dann Sinn, wenn wir vorher wissen, was wir wollen.

In dieser Zeitfolge läuft es nun, und wenn dann fröhlich, heiter gesagt wird, na ja, eure Willensbildung, das ist ja alles nur die CDU, und wir hätten ja längst und so weiter! Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen das Bild zurückgebe, das mir ein Fernsehjournalist andiente: So, Sie nehmen jetzt also endlich den Fuß von der Bremse? Darauf habe ich ihm gesagt: Wir fahren erst los, wenn wir wissen, wo wir hinwollen! Darum bemühen wir uns jetzt. Wir werden eine vernünftige Antwort finden. Meine persönliche Absicht ist, dass diese Antwort mit Radio Bremen zusammen zu einer einheitlichen strukturpolitischen Maßnahme formuliert werden kann, aber ich mache meine Absicht nicht zur Vorgabe meiner Willensentscheidung. Warten wir ab! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1061 seine Zu-

stimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, es ist interfraktionell vereinbart worden, dass der Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, Konsequenz aus Pisa, Schulen ohne Sitzenbleiben, heute nicht aufgerufen wird.

#### **Neufassung Seeunfall-Untersuchungsgesetz untauglich – Seeämter müssen erhalten bleiben**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. Februar 2002  
(Drucksache 15/1076)

Hier ist interfraktionell vereinbart worden, dass es keine Aussprache gibt, sondern dass dieser Antrag zur Abstimmung gestellt werden soll. (D)

Meine Damen und Herren, wir kommen daher jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1076 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Antrag an.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für die konzentrierte Debatte am heutigen Tag. Ich wünsche Ihnen noch einen nicht zu terminreichen Abend.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 17.36 Uhr)